NEUE ZEIT

APRIL 1980

16

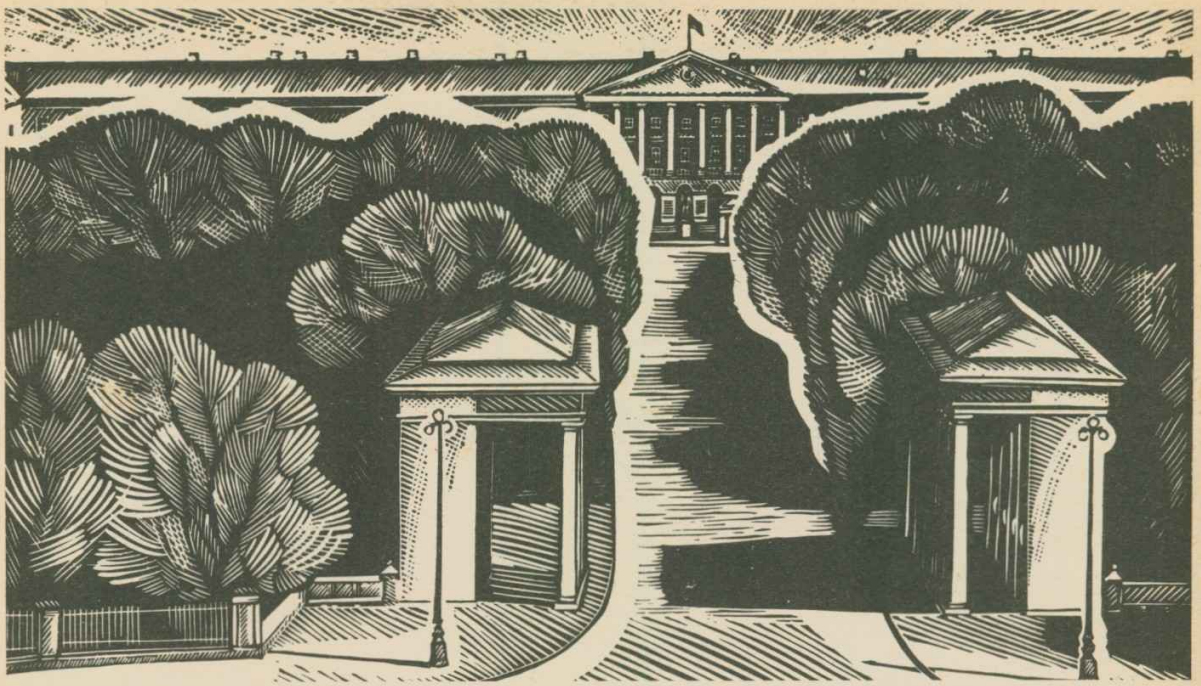
Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
– Hauptbibliothek –
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24305

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK



Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

Datum Unterschrift des Leiters



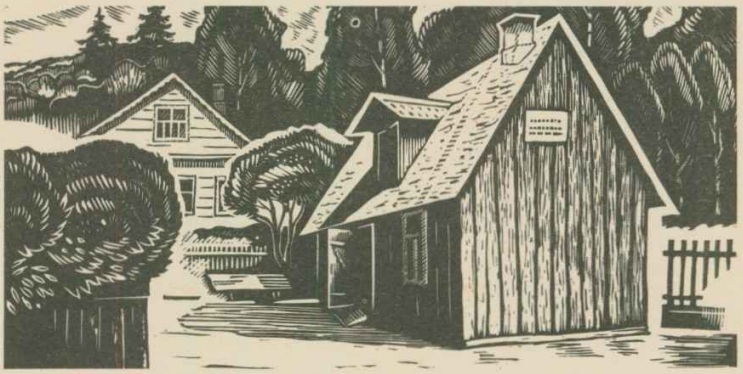
Die Worte Rasliw und Smolny sind untrennbar mit dem Namen Lenins verbunden.

Am Vorabend der Oktoberrevolution entwickelte die Partei der Bolschewiki große Aktivitäten unter den Arbeitern, den Soldaten, unter allen Werktätigen Rußlands, um sie für den entscheidenden Sturm auf den Winterpalast zu mobilisieren. Die Polizei hatte den Befehl, Lenin um jeden Preis zu verhaften. Im Juli 1917 verbarg das ZK Lenin vor den Verfolgungen unweit von Petrograd, in der kleinen Ortschaft Rasliw. Etwa einen Monat lebte Lenin anfangs im Haus des bolschewistischen Arbeiters N. Jemeljanow, dann in einer kleinen Laubhütte. Hier wurden sehr wichtige Artikel geschrieben, die ersten Seiten des Buches „Staat und Revolution". Von hier aus leitete Lenin die Arbeit des VI. Parteitages.

Vor den entscheidenden Schlachten begab sich Lenin nach Petrograd, wo er sich in der Wohnung der Revolutionärin M. Fofanowa verborgen hielt. Von dort ging er in den Smolny, wo sich das Petrograder Militärische Revolutionskomitee befand, um die Leitung über den Oktoberaufstand zu übernehmen. Hier, im Smolny, verfaßte Lenin den historischen Aufruf „An die Bürger Rußlands", hier, im Smolny, tagte der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten, auf dem die Sowjetmacht proklamiert wurde. Nach dem Sieg der Revolution wurde der Smolny die offizielle Residenz des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees und der Sowjetregierung. Lenin lebte und arbeitete im linken Flügel des Gebäudes in Zimmer 86 bis zum Umzug der Regierung nach Moskau im März 1918.

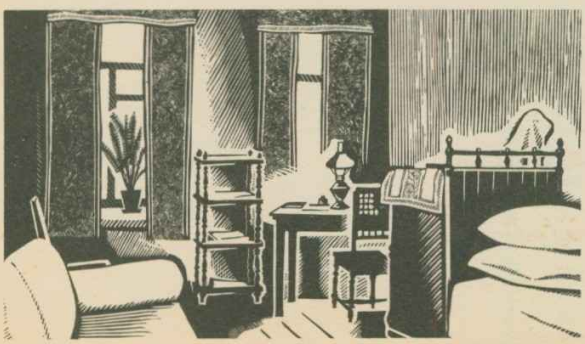


Smolny — der Stab der Revolution.



Lenins Arbeitszimmer im Smolny.

Rasliw, das Haus von N. Jemeljanow.



In der Wohnung von M. Fofanowa

Gravüren: W. Popow

Leninismus, Aufbau, Frieden

An der Wolga, dem großen russischen Strom, an dem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Lenin geboren wurde, im sibirischen Schuschenskoje, wohin er verbannt war, in der Stadt an der Newa, wo er den bewaffneten Oktoberaufstand leitete, in Moskau, wo er die letzten Jahre verbrachte, in allen Städten und Dörfern, ob sie damals schon existierten oder nach Lenins Tode entstanden sind, wird ein Volksfest begangen. Alle sowjetischen Menschen, Kommunisten und Parteilose, alt und jung, über 100 Nationen und Völkerschaften des unermeßlichen Landes von den Kurilen bis zur Ostsee, von den Inseln in der Arktis bis zum Tienschan gedenken am 22. April des 110. Geburtstages des Gründers der Kommunistischen Partei und des ersten sozialistischen Staates in der Welt.

Was hat er getan? Wer ist er und von wannen? Warum wird ihm solche Ehrung dargebracht, fragen wir mit dem Dichter. Die Antwort, die wir zu geben versuchen, hat die Prüfung durch die Zeit bestanden: durch die Jahrzehnte, in denen Lenin gegen die Selbstherrschaft kämpfte, dann am Ruder der jungen Sowjetrepublik stand und anerkannter Führer der weltweiten Befreiungsbewegung war, aber auch durch das halbe Jahrhundert, das nach dem erschütternden Januartag des Jahres 1924 kam.

Lenin lebte für die Menschen, inmitten der Menschen, er achtete und liebte sie. Wohin ihn das Schicksal auch verschlug und was er tat, immer ketteten ihn Tausende Fäden an das Volk, die Arbeiterklasse, die Werktätigen, die Unterdrückten. Sein scharfer Verstand, die Weite seines Gesichtskreises und sein kühner Gedankenflug ermöglichten es ihm, die Weisheit des Wissenschaftlers mit den Erfahrungen des Volkes, die glänzende Kenntnis der marxistischen Lehre mit der Einsicht in die dringenden Erfordernisse der Arbeiterbewegung und des Befreiungskampfes in sich zu vereinen. In seinen Ausführungen über Lenins Beitrag zur modernen Zivilisation verlachte der britische Philosoph Bertrand Russell die Versuche der Bourgeoisie, Lenin als Zerstörenden hinzustellen. „... nicht Zerstörung hat ihn bekanntgemacht", schrieb er. „Zerstören hätten auch andere können, aber ich bezweifle, daß sich auch nur ein einziger fände, der so gut aufbauen könnte."

Aufbauen, das ist es. Die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Sowjetunion ist eben deshalb entstanden, weil die sowjetischen Menschen immer und überall, in schweren Prüfungen und harten Schlachten, bei froh stimmenden Siegen und bitteren Fehlschlägen, Lenins Banner, seiner Partei, der Sache der Revolution die Treue hielten. Daß in die politische Weltkarte heute die mächtige sozialistische Staatengemeinschaft eingetragen ist und in Europa, Asien und Lateinamerika sozialistische Staaten bestehen, resultiert direkt daraus, daß Lenins Ideen die breitesten Massen ergriffen haben und so zu einer großen materiellen Gewalt geworden sind. Die Entstehung freier, unabhängiger Staaten in Asien, Afrika und Lateinamerika ist eng damit verknüpft, daß Lenin und der Leninismus dem Leben von Ländern, Klassen und Völkern Sinn und Ziel gegeben haben.

Lenin wurde in Rußland geboren, und dieses Land stand für ihn im Mittelpunkt. Aber über seine Heimat, ihr Wirken und ihre Probleme hinaus hatte er immer die ganze Welt, die sozialen Prozesse im Auge, die für die Epoche des Imperialismus und des Übergangs zum Sozialismus, für Länder und Kontinente typisch sind. Der proletarischen Tradition des Westens begegnete er jederzeit mit Achtung und Anerkennung. Dem Erwachen des Orients brachte er größtes Interesse und Sympathie entgegen. Für ihn knüpfte sich die Zukunft der Menschheit an die Befreiung der Millionen aus den Fesseln des Kolonialismus. Er formulierte die Grundlagen des proletarischen, sozialistischen Internationalismus, die Grundsätze der friedlichen Koexistenz und erleichterte damit der Menschheit die Suche nach einem friedlichen Ausweg aus der Sackgasse, in die sie der Imperialismus getrieben hatte.

Im Dekret über den Frieden, von Lenin unterzeichnet, im außenpolitischen Kurs des jungen Sowjetstaates, von Lenin zur Zeit der Konferenz von Genua im Jahre 1922 konzipiert, wurzelt das Friedensprogramm des XXIV. und des XXV. Parteitages der KPdSU. Darin äußert sich unsere Treue zu Lenins Kampf um neue Beziehungen, Gleichberechtigung zwischen den Völkern. Dieser Kampf wird aber in rauher Wirklichkeit ausgefochten. Bester Beweis dafür sind die derzeitigen Gebaren der USA-Administration, das dreiste Vorgehen des Imperialismus gegen Afghanistan und Iran, die araberfeindlichen Abmachungen im Nahen Osten und der militaristische Kurs Pekings.

Aber zum Glück für die Menschheit ist es den Feinden positiver Wandlungen nicht vergönnt, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten zu verändern. Die Menschen, die Staaten, die sozialen Systeme können in ihrem geschichtlichen Wirken keinen wesentlichen Schritt tun, ohne zu bedenken, daß es auf der Erde den Leninismus gibt und immer geben wird, das Banner des Kampfes, der Freiheit, des Aufbaus und des Friedens.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 16 APRIL 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**

Redaktionskollegium: **L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW** (Verantw. Sekretär), **V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTSCHIK** (Stellv. Chefredakteur), **I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. WOLSKI**

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. KRESTJANINOW**

IN DIESEM HEFT:

Leninismus, Aufbau, Frieden 1

W. Sagladin — **Denker und Revolutionär** 5

G. Rjabow — **Salut 6 wieder bewohnt** 7

K. Nikolajew — **UdSSR—Frankreich. Das Gespräch geht weiter** . . . 8

A. Uswatow — **USA—Iran. Sie greifen zum Knüppel** 8

M. Rostartschuk — **USA. Hunger als politische Waffe** 10

M. Tschernoussow — **Zweites Jahrzehnt der Abrüstung** 11

K. Karagesian — **BRD. In 6 Monaten Wahlen** 12

W. Pawlow — **Großbritannien. Mit vereinter Kraft** 12

W. Midzew — **Simbabwe. Aufbruch in die Unabhängigkeit** 14

S. Irodow — **Nahe Positionen** 15

Notizen ◆ Glossen 16

N. Jermoschkin, O. Iwanizki — **Expeditionskorps des Imperialismus** . . 18

A. Knjasew — **Der Kompaß von Bandung** 20

O. Laine — **Der Stahl fließt** 20

E. Roggi — **Italien. Nach der Krise** 22

A. Tschertanow — **RGW—EG. Was hemmt die Verhandlungen!** . . . 24

V. Sidenko — **Das Antlitz der Aprilrevolution** 25

J. Saweljew — **Kairo und die Palästinenser** 26

Diskussion mit dem Leser 31

PS 32



Am 22. April begeht die progressive Menschheit den 110. Geburtstag Lenins, des Gründers der KPdSU und des Sowjetstaates.

Titelbild: Porträt Lenins. Eine Arbeit des Malers Wassiljew

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud", Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

■

Am 11. April überreichte der ständige Vertreter der UdSSR bei der UNO einen Brief des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko zu den Aufgaben des zweiten Abrüstungsjahrzehnts an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim (siehe S. 11).

■

Am 13. April wurden in der sowjetischen Presse die Losungen des ZK der KPdSU zum 1. Mai 1980 veröffentlicht.

■

Vom 9. bis 11. April hielt sich Pjotr Demitschew, Kandidat des Politbüros des ZK der KPdSU und Kulturminister der UdSSR, zu einem offiziellen Besuch in Mexiko auf. Er wurde von Präsident José López Portillo empfangen und überbrachte ihm eine Grußbotschaft von Leonid Breshnew. Pjotr Demitschew führte Gespräche mit Außenminister Jorge Castañeda und mit anderen führenden Politikern Mexikos. Vom 12. bis 14. April weilte Pjotr Demitschew zu einem offiziellen Besuch auf Kuba. Er wurde vom Ersten Sekretär des ZK der KP Kubas, dem Vorsitzenden des Staatsrates und des Ministerrates der Republik Kuba, Fidel Castro, empfangen.

■

Am 12. April traf eine Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR unter dem Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU und Abgeordneten des Obersten Sowjets der UdSSR, Eduard Schewardnadse, in Brasilien ein.

■

Vom 8. bis 12. April tagte in Oslo die Interparlamentarische Union. An den Sitzungen nahmen an die 400 Parlamentarier aus 75 Ländern und Vertreter von 20 internationalen Organisationen teil. Die sowjetische Delegation wurde vom Vorsitzenden des Unionssowjets des Obersten Sowjets der UdSSR und Vorsitzenden der Interparlamentarischen Gruppe der UdSSR, Alexej Schitikow, geleitet.

■

Vom 9. bis 12. April fand in Ulan-Bator eine ordentliche Tagung des RGW-Komitees für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Planungstätigkeit statt. Die sowjetische Delegation unter dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR und Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees der UdSSR, Nikolai Baibakow, wurde vom Ersten Sekretär des ZK der Mongolischen Revolutionären Volkspartei, dem Vorsitzenden des Präsidiums des Großen Volks-Churals der MVR, Jumschagijn Zedenbal, empfangen.

■

Am 15. April beging die KP Spaniens ihren 60. Gründungstag. Das ZK der KPdSU richtete aus diesem Anlaß eine Grußbotschaft an das ZK der KP Spaniens.



Am 9. April wurde in der Sowjetunion das Raumschiff Sojus 35 gestartet. Besatzung: Oberstleutnant Leonid Popow als Kommandant des Raumschiffs und Waleri Rjumin, Held der Sowjetunion, Fliegerkosmonaut der UdSSR, als Bordingenieur. Unser Bild: Raumschiffkommandant Leonid Popow (rechts) und Bordingenieur Waleri Rjumin

Foto: TASS

■

Am 13. April wurde in Lamentin (Martinique) der VII. Parteitag der Kommunistischen Partei von Martinique abgeschlossen. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den Parteitag. Als Generalsekretär der KP wurde Armand Nicolas wiedergewählt.

■

Die ständige Vertretung der UdSSR bei der UNO wies in einer Note an die Vertretung der USA bei der UNO Behauptungen der amerikanischen Seite zurück, die Provokation vom 21. Februar sei ein „Zufall" gewesen. An diesem Tag war auf das Gebäude der sowjetischen Vertretung ein Schuß abgegeben worden. Die UdSSR-Vertretung besteht erneut darauf, daß die amerikanischen Behörden unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um beliebige Terroranschläge und Provokationen gegen die sowjetische Vertretung und deren Personal zu verhindern.

■

Am 7. April traf eine Regierungsdelegation Vietnams unter dem Premierminister der SRV-Regierung, Pham Van Dong, in Indien ein. Pham Van Dong stattete dem Präsidenten Indiens, Sanjiva Reddy, einen Besuch ab und führte Gespräche mit dem Premierminister, Frau Indira Gandhi. Pham Van Dong überbrachte Indira Gandhi die Einladung zu einem Besuch in Vietnam, die angenommen wurde (siehe S. 15).

■

Am 12. April führte Pham Van Dong bei einer Zwischenlandung in Rangun auf der Rückreise aus Indien Gespräche mit dem Sekretär des Staatsrates von Burma, U San Yu, und mit dem amtierenden Premierminister U Tun Tin.

■

Vom 8. bis 12. April stattete ČSSR-Außenminister Bohuslav Chňoupek Indien einen offiziellen Besuch ab. Am 10. April wurde er von Premierminister Frau Indira Gandhi empfangen. Bei einem Meinungsaustausch zur Lage in Asien sowie zu Fragen der bilateralen Beziehungen erklärte Indira Gandhi, daß alle interessierten Länder zusammenarbeiten müssen, um die Faktoren zu stärken, die zur Festigung des Friedens und zu einem Nachlassen der Spannung beitragen.

■

Die Regierung Afghanistans verbreitete am 10. April eine Erklärung mit neuen Angaben über den nichterklärten Krieg, den die imperialistischen Kreise der USA und Großbritanniens, die chinesischen Hegemonisten und deren Helfershelfer aus anderen Ländern gegen Afghanistan führen. In diesem Krieg, heißt es in der Erklärung, setzen sie barbarische chemische Waffen ein. Unter den Waffen, die bei einer in der Provinz Herat zerschlagenen Diversionsbande erbeutet wurden, waren in den USA hergestellte chemische Handgranaten.

■

In Helsinki wurden der Kongreß der Finnischen Friedensanhänger und die gleichzeitig tagende internationale Konferenz der Friedenskräfte der KSZE-Teilnehmerstaaten abgeschlossen. Die Teilnehmer beider Foren verurteilten einmütig die militaristische Politik der USA und den Beschluß der NATO für die Produktion und Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa.

■

In Nikosia (Zypern) tagte das ständige Sekretariat der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO). Auf der Tagung wurde die Lage in Südwestasien im Zusammenhang mit der Bedrohung für den Frieden in dieser Region und mit der anhaltenden Spannung in den Beziehungen Afghanistan—Pakistan behandelt. Die AAPSO, die entschieden für eine Normalisierung zwischen beiden Ländern eintritt, bekundete ihre volle Solidarität mit der Politik der afghanischen Führung zur Herstellung gutnachbarlicher Beziehungen zum pakistanischen Volk.

■

Der UNO-Sicherheitsrat befaßte sich am 10. und 11. April mit der Klage Sambias über die bewaffneten Provokationen der Republik Südafrika gegen dieses Land. In einer Resolution verurteilte der Rat das RSA-Rassistenregime wegen der Aggressionsakte gegen Sambia und verlangte den unverzüglichen Abzug aller südafrikanischen Streitkräfte aus diesem Land, die strikte Beachtung der Souveränität und der territorialen Integrität Sambias.

■

Am 13. April wurde in Tripolis die Gipfelkonferenz der Mitgliedstaaten der Panarabischen Front der Standhaftigkeit und des Widerstands eröffnet. An ihr nehmen der Präsident Algeriens, Chadli Bendjedid, der Präsident Syriens, Hafis al-Assad, der Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Volksrates der VDRJ, Abdel Fattah Ismail, der Führer der Libyschen Revolution, Muammar Gaddafi, und der PLO-Vorsitzende, Yasser Arafat, teil. Sie erörtern die Lage im Nahen Osten und die Koordinierung gemeinsamer Aktionen.

■

Die Lage in Südlibanon hat sich durch die Handlungen der israelischen Militaristen erneut stark zugespitzt. Am 8. April überschritten einige motorisierte Einheiten Israels mit 29 Panzern und Schützenpanzerwagen die libanesische Grenze und nahmen Positionen im Raum der

Siedlungen Kunin, At-Tiri, Beit-Yahun, Shakra u. a. ein. Durch eine von israelischen Pionieren gelegte Mine explodierte ein Wagen der UNO-Streitkräfte, wobei ein hoher Offizier schwer verletzt wurde. Am 14. April begann der UNO-Sicherheitsrat eine Debatte über die Lage in Südlibanon.

■

Am 14. April traf IKP-Generalsekretär Enrico Berlinguer in Peking ein.

■



Die von Washington unterstützte Regierungsjunta in El Salvador geht brutal gegen die Patrioten vor, die für Freiheit und Demokratie kämpfen. Seit Beginn des Jahres haben die Militärclique und die profaschistischen Banden bereits 900 Menschen ermordet. Derartige Bilder sind der Alltag in den Straßen von San Salvador, wie der französische „Figaro" schreibt, der dieses Foto veröffentlichte.

■

Am 12. April wurde die Regierung Liberias von Soldaten der Nationalgarde unter Feldwebel Samuel Doe gestürzt. Präsident Tolbert wurde ermordet. S. Doe erklärte sich zum Staatschef. Am 13. April wurde die Bildung eines neuen Kabinetts bekanntgegeben, dem Militärs und Zivilisten angehören. Außenminister wurde der Vorsitzende der Progressiven Volkspartei, Gabriel Matthews, der beim Umsturz aus dem Gefängnis befreit wurde.

■

Am 8. und 9. April führten US-Präsident Carter und der ägyptische Präsident Sadat in Washington Gespräche, um den Separatfrieden von Camp David aus der Sackgasse herauszuführen. Am 14. April traf der israelische Ministerpräsident Begin zu Gesprächen mit Carter in Washington ein (siehe S. 26).

■

Am 10. und 11. April fand in Kairo der I. Kongreß der Nationalen (linken) Fortschrittspartei (NPP) Ägyptens statt, die die Interessen der werktätigen Massen, der demokratischen Kräfte des Landes vertritt. Mehr als 500 Delegierte nahmen an dem Kongreß teil. Ein Programm und ein Statut der Partei wurden verabschiedet. Die NPP, heißt es in dem Programm, hat die historische Mission übernommen, die Errungenschaften der Revolution vom Juli 1952 wiederherzustellen, und sich das Endziel gesetzt, in Ägypten eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Als Generalsekretär der Partei wurde ihr Gründer, der namhafte progressive Politiker Khaled Mohie Ed-Din gewählt.

■

Am 14. April wurde in Delhi ein Attentat auf Ministerpräsidentin Indira Gandhi verübt. Der Attentäter warf ein Messer auf sie. Das Messer traf einen Leibwächter von Frau Gandhi. Der Verbrecher wurde verhaftet.

■

Am 11. April fanden im ganzen Iran Demonstrationen unter den Losungen der Einheit des Volkes im Kampf gegen den US-Imperialismus statt (siehe S. 8).

■

Nach kurzer Waffenruhe kam es in der Hauptstadt des Tschad erneut zu erbitterten Kämpfen zwischen rivalisierenden militärisch-politischen Gruppierungen. Tausende Einwohner haben N'Djamena verlassen und sind nach Kamerun geflüchtet.

■

Das Nationale Olympische Komitee der USA hat dem beispiellosen Druck und der Erpressung seitens des Weißen Hauses nachgegeben und den der Washingtoner Administration genehmen Beschluß gefaßt, die Forderung Präsident Carters nach einem Boykott der Olympiade 1980 zu unterstützen. Der Beschluß wurde mit 1604 gegen 797 Stimmen gefaßt — obgleich die weitaus meisten Sportler und weite Kreise der Öffentlichkeit entschieden dagegen sind, daß die Sportler in das politische Spiel des Präsidenten eingespannt werden.

NZ POST

Die jungen unabhängigen Staaten müssen sich immer vorsehen, der Propoganda der Fortschrittsgegner nicht auf den Leim zu gehen. Der Antisowjetismus ist der Boden, auf dem sich der amerikanische Imperialismus, die reaktionärsten Kräfte der Welt und die Pekinger Verräter zusammenfinden. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Afghanistan hetzen sie gemeinsam gegen die UdSSR. Was sie wollen, ist klar. Schwer zu begreifen aber ist es, wenn manche Demokraten und sogar Kommunisten dabei mitmachen. Was wollen sie? Daß die Feinde Afghanistans freie Hand bekommen und daß die Errungenschaften aus der Revolution, die das Feudalregime stürzte, zunichte gemacht werden? Daß die Ausbeuter wieder den Grund und Boden an sich reißen, der vom Blut und Arbeitsschweiß des afghanischen Volkes durchtränkt ist?

Joaquin RODRIGUEZ
Brüssel, Belgien

Jeder ehrliche Mensch wünscht dem Iran Wohlergehen und erkennt das Recht der Iraner an, sich ihre Gesellschaftsordnung selbst zu wählen. Besorgt verfolgen die sowjetischen Menschen, wie es mit der iranischen Revolution steht. Sonderbar, daß jemand im Iran die UdSSR und die USA über einen Kamm schert. Solche Leute möchte ich an manches erinnern. Wer half dem Schah, Volksvertreter zu morden und das Land auszuplündern? Die USA. Wer half dem Ex-Schah, das geraubte Kapital unterzubringen? Die USA. Wer bereicherte sich am iranischen Erdöl? Die US-Monopole. Wer lieferte dem Schah-Regime reichlich Waffen? Die Todesverschleißer aus den USA. Jetzt erpreßt Washington das iranische Volk und droht ihm mit Waffengewalt. Die UdSSR hat immer in friedlichen, gutnachbarlichen Beziehungen zum Iran gestanden. Ich finde, das muß man verstehen und schätzen.

W. SAWENKOW
Gebiet Belgorod, UdSSR

DENKER UND REVOLUTIONÄR

Wadim SAGLADIN

Wladimir Iljitsch Lenin wurde im Frühjahr geboren, wenn die Natur zu neuem Leben erwacht. Ein Zufall, gewiß, aber der Mensch neigt nun einmal dazu, in manchem Zusammentreffen von Umständen ein Symbol zu sehen. In diesem Fall ist das sogar berechtigt, denn die größte Wende in der Geschichte der Gesellschaft — der Anbruch des sozialistischen Frühlings der Menschheit — ist mit dem Namen Lenin verbunden.

Zu Beginn unseres Jahrhunderts wußten nur wenige Menschen etwas von Lenin, hauptsächlich seine nächsten Kampfgenossen. Nachdem er die Zeitung „Iskra" und die Partei der Bolschewiki gegründet hatte, erweiterte sich dieser Kreis bedeutend, war aber immer noch eng.

Trotzdem versuchte schon damals die Bourgeoisie und dann auch die opportunistische Sozialdemokratie, Lenin totzuschweigen und seine Werke den schaffenden Massen vorzuenthalten. Die ideologischen Gegner erkannten die Anziehungskraft von Lenins Ideen, begriffen, wie gefährlich die Verbreitung dieser Ideen in der Arbeiterklasse für die Macht des Kapitals war, und legten ihnen alle erdenklichen Hindernisse in den Weg.

Vergebens. In der Oktoberrevolution 1917 wurden Lenins Ideen von Millionen Proletariern und Bauern in die Tat umgesetzt. Der Wahrheit von der sozialistischen Umgestaltung des Lebens konnte nichts mehr im Wege stehen. Seit 1917 kennt die ganze Welt den Namen Lenin, und dieser Name klingt mobilisierend, siegesgewiß, wie ein Kampfruf.

Nach UNESCO-Angaben ist Lenin heute der meistgelesene Autor. Seine Werke wurden in 134 Sprachen und in 63 Ländern herausgegeben. Selbst die größten bürgerlichen Verlage geben ab und zu Lenins Werke heraus. Ein Paradox? Nein, denn die Nachfrage ist so groß, daß die Bourgeoisie auch noch davon zu profitieren sucht.

Selbstverständlich wird das Geschäft dann zu einem Beweis für den „demokratischen Charakter" der bürgerlichen Ordnung hochstilisiert: Seht, wir drucken und vertreiben die Werke selbst unseres größten ideologischen Gegners! Ein billiger Trick. Das ist ungefähr so, wie wenn die Monopole das Bestehen der Arbeiterklasse als Beweis für die eigene Demokratie hinstellen würden. Das Kapital wäre natürlich sehr gern ohne diese ewig unruhigen Proletarier ausgekommen, die ständig um etwas ringen und etwas fordern — kann es aber nicht. Ohne den Proletarier hätte es keinen Mehrwert und Profit, kurz, keinen Kapitalismus gegeben.

Solange der Proletarier da ist, geht auch der Klassenkampf weiter, besteht das Bedürfnis nach revolutionärem Denken und revolutionärer Theorie. Folglich besteht für die Bourgeoisie keine Möglichkeit, Marx und Lenin „loszuwerden". Es bleibt unserem ideologischen Klassengegner nichts übrig, als aus der Not eine Tugend zu machen und „ideologische Toleranz" hervorzukehren.

Der Bourgeois „duldet" den Proletarier und führt ständig einen hartnäckigen, unversöhnlichen Klassenkampf gegen ihn. Bürgerliche Verlage drucken Lenins Werke, aber selbstverständlich drucken sie hundert-, tausendfach mehr Werke gegen Lenin und den Leninismus. Man kann ohne Übertreibung sagen: Der Antileninismus, das Bestreben, Lenins Lehre zu widerlegen und die Sache, für die er sein Leben lang kämpfte, zu untergraben, ist der Angelpunkt der bürgerlichen Klassenpolitik und -ideologie, das Hauptziel der Bourgeoisie.

Es kann auch gar nicht anders sein. Im Beschluß des ZK der KPdSU „Über den 110. Geburtstag Wladimir Iljitsch Lenins" heißt es mit Recht: „Für die Millionen Unterdrückten und Ausgebeuteten, für alle Werktätigen ist der Leninismus heute der Inbegriff der sozialen Erneuerung der Welt, das revolutionäre Banner unserer Epoche. Mit Lenin und seiner Lehre sind alle hervorragenden revolutionären Ereignisse des 20. Jahrhunderts verbunden."

Zum Lenin-Jubiläum bringen die Zeitungen und Zeitschriften aller Länder Artikel und Beiträge über Lenin, seine Lehre und sein Werk. Hier ein paar Äußerungen aus der Presse der letzten Tage.

Jean François Brierre, Prosaiker, Lyriker und Dramatiker aus Haiti:

„...und wenn ich in Moskau bin, gehe ich, ohne Visitenkarte oder Parteibuch, ins Mausoleum, um **Lenin** aus tiefster Seele zu danken als nunmehr für immer freier Mensch, der nie unter ein Joch gebeugt oder in Fesseln geschlagen wird... Lenin handelte nicht gegen den Willen der Massen, als er die Einrichtungen des Zarismus und die Struktur der mittelalterlichen Gesellschaft umkrempelte. In seinen Gedanken antizipierte er die künftige Erschließung des Kosmos. Schon hegte dieser herausragende Wissenschaftler und Erbauer der neuen Welt die Idee der Atomspaltung. Ruhm und Ehre dem genialen Lenin!"

Peter Schütt, Dichter, Philologe und Historiker aus der BRD:

„Es ist Lenin und seinen Millionen Mitstreitern zu verdanken, daß die Hoffnung auf Frieden, auf Abrüstung und Entspannung zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit eine reale Grundlage erhalten hat. Ich kann mir darum keinen besseren Beitrag zu Ehren von Lenins hundertundzehnten Geburtstag denken, als in der Friedensbewegung meines Landes dafür zu kämpfen."

Und hier ein Auszug aus den Thesen des ZK der KP Vietnams zum 90. Jahrestag Ho chi Minhs, eines hervorragenden Leninisten: „Die Siege des vietnamesischen Volkes in den letzten 30 Jahren hängen eng mit der schöpferischen Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die konkreten Verhältnisse Vietnams zusammen... Deshalb gilt es, die Unterstützung und Hilfe seitens der Völker der Welt, besonders der UdSSR und der anderen sozialistischen Bruderländer, zu schätzen, seine internationale Pflicht bestens zu erfüllen, zur Festigung der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus beizutragen sowie für die Reinheit des Marxismus-Leninismus, gegen den Opportunismus in allen Formen, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus zu kämpfen."

Und schließlich noch ein Zitat. Luis Mas Martin, ein Veteran der kubanischen Revolution, sagte auf die Frage eines Korrespondenten, welche von Lenins Lebensregeln auch zu seiner Lebensmaxime geworden sei:

„Ich bin nicht bereit, auf diese Frage zu antworten. Darauf muß man mit seinem ganzen Leben antworten."

Wie gesagt, zitiere ich aufs Geratewohl. Die Äußerungen stammen von sehr unterschiedlichen Menschen aus Ländern, zwischen denen Ozeane und Kontinente liegen, haben jedoch einen gemeinsamen Nenner: Lenin. Unsere Zeitgenossen verstehen den Leninismus als die Haupttendenz der weltweiten Entwicklung, als Synonym für sozialen Fortschritt und wahre Freiheit. Kein Wunder deshalb, daß alle, die diese Tendenz und den sozialen Fortschritt zu

verhindern suchen, voller Haß gegen den Marxismus-Leninismus, die Ideen und Taten Lenins kämpfen.

Es wurde schon gesagt, daß Lenin und der Leninismus für das Monopolkapital und seine Ideologie heute der größte Feind ist. Zugleich mit dem Kapital und praktisch Hand in Hand mit ihm (ganz gleich, wie die subjektiven Bestrebungen auch aussehen) kämpfen viele kleinbürgerliche Demokraten gegen den Leninismus. Schon die Natur des kleinen Privateigentümers, der zu einem großen werden möchte, lehnt sich gegen die konsequente proletarische revolutionäre Lehre Lenins auf. Etwas an den Leninisten imponiert allerdings den kleinbürgerlichen Demokraten: vor allem, daß die Leninisten die entschiedensten Feinde der Monopolherrschaft, die mutigsten Kämpfer für den Frieden und gegen den Krieg sind. Nicht selten erklären Vertreter der kleinbürgerlichen Schichten, sie wären bereit, gemeinsam mit den Leninisten vorzugehen. Aber... Wie soll man diesen das Streben nach der klassenmäßig genauen Linie, nach Koordinierung, Disziplin und Organisiertheit „nachsehen"? Nein, damit sind die kleinbürgerlichen Demokraten, die anarchistische Eigenwilligkeit gewöhnt sind, nicht einverstanden. Und so greifen sie die Parteien der Leninisten, ihre organisatorischen Prinzipien und ihren Internationalismus immer wieder an.

Gegner Lenins und des Leninismus gab es in der Arbeiterklasse immer, es gibt sie auch heute, von den sozialdemokratischen Führern bis zu ihren Anhängern in den anderen Kolonnen der Arbeiterbewegung, von den Rechten bis zu den Linken.

Wer sich an seinen Sessel im Parlament und anderswo, an die „normalen" politischen Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus klammert und deshalb Angst vor allen Erschütterungen hat, wie sie unweigerlich mit einer Revolution verbunden sind, ist gegen Lenin und den Leninismus. Wer gewohnt ist, akute Fragen in einem bequemen Sessel auszudiskutieren und sie zu vertuschen, statt sie zu lösen, fürchtet sich vor dem „unbequemen" Aufschwung der Massenaktivität und des entschiedenen Massenkampfes. Für das höchste Prinzip der Demokratie halten solche Leute nicht die Revolution (Marx und Lenin nannten sie ein Fest für die Unterdrückten), sondern die Wahlurne. Natürlich sind sie alle ebenfalls gegen Lenin und den Leninismus.

Und die „linken" Revolutionäre, genauer, die Revoluzzer? Die die Gesetze der Geschichte ablehnen und die anfallenden Aufgaben über Nacht, gestützt auf die Bajonette oder auf ein Häuflein von Verschwörern, lösen möchten? Leute, die auf den Erfolg einer unvorbereiteten, spontanen Aktion hoffen, vor einer geduldigen, kleinlichen, für sie aber „langweiligen" Arbeit unter den Massen zurückschrecken? Sie alle sind ebenfalls gegen Lenin und die Leninisten.

Kurz, gegen Lenin und die Leninisten treten alle auf, die gegen die sozialistische Revolution sind, gegen eine grundlegende Erneuerung der Gesellschaft, gegen die Abschaffung des Privateigentums an den Hauptproduktionsmitteln und seine Ersetzung durch das gesellschaftliche Eigentum, gegen die Errichtung der Macht der Arbeiterklasse und ihrer Bundesgenossen. Denn Lenin war ein Revolutionär bis zur letzten Konsequenz; denn der Leninismus ist die Wissenschaft von der Revolution und vom Aufbau des Sozialismus als klassenmäßigem Gegensatz zum Kapitalismus. Wer diese Ideale negiert, will auch die historische Rolle Lenins und die Richtigkeit des Leninismus abstreiten.

Ein solches Negieren ist aber am Ende des 20. Jahrhunderts gar nicht einfach.

Die sozialistische Gemeinschaft ist zum weltgrößten Wirtschaftskomplex geworden, hat die militärische Gleichheit mit dem Imperialismus erreicht und hält die weltpolitische Initiative fest in ihrer Hand. Eine ganze Gruppe aktiver, dynamischer revolutionär-demokratischer Staaten ist aus siegreichen nationaldemokratischen Revolutionen hervorgegangen. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenheit zeigt schon durch ihre Existenz, daß die ehemaligen Kolonien den Kampf weiterführen, und zwar vor allem gegen den Imperialismus und alle Überreste des Kolonialismus. Die Arbeiterbewegung ist heute der Hegemon des Befreiungskampfes nicht nur in den kapitalistischen Industrieländern, sondern auch in Lateinamerika. Die kommunistischen Parteien haben sich zur bedeutendsten politischen und ideologischen Kraft der gegenwärtigen Gesellschaft entwickelt. So sieht die Welt von heute aus. Das ist der Leninismus in Aktion. Im Jubiläumsbeschluß des ZK der KPdSU heißt es: „Der Verlauf der Geschichte und die äußerst tiefen Umgestaltungen, die die Welt von heute von Grund auf verändert haben, bringen immer neue Beweise für die Richtigkeit und unüberwindliche Kraft der Leninschen Ideen."

Trotzdem suchen unsere ideologischen Gegner, den Leninismus zu widerlegen. Mögen sie. Wir wollen den „Widerlegern" nur folgendes in Erinnerung bringen. Allein nach der Oktoberrevolution kamen laut „New York Times" in der nichtsozialistischen Welt über 3000 diverse Theorien der gesellschaftlichen Entwicklung auf (und verschwanden wieder). Wer erinnert sich noch an all die Theorien und ihre Urheber! Die marxistisch-leninistische Lehre dagegen hat alle Prüfungen bestanden und bleibt heute ebenso das Banner des revolutionären Kampfes wie in der Oktoberrevolution 1917 oder in den Jahren, als die Revolution auf Kuba und in Vietnam siegte.

Die Kommunisten, diese bewährte Kampfavantgarde der Arbeiterklasse und aller revolutionären Kräfte, halten das Banner Lenins, die Fahne des Kampfes für den Sozialismus, hoch. Die Kommunisten waren und bleiben die Erben und Nachfolger der revolutionären Sache von Marx, Engels und Lenin. Sie wissen am besten, was der Leninismus der Menschheit gebracht hat, und sie begehen den Geburtstag Lenins voller Stolz auf den theoretischen und praktischen Fortschritt seiner Lehre.

Über Lenins Beitrag zur revolutionären Sache der Völker wird auch innerhalb der kommunistischen Bewegung diskutiert. Die Wahrheit wird im Streit geboren. Viele der heutigen Diskussionen sind interessant und nützlich. Doch ist es kaum von Nutzen, wenn der Leninismus als veraltet oder überflüssig bezeichnet wird, was noch immer vorkommt, wenn auch selten. Das Leben selbst bestätigt: Die Versuche, die Rolle Lenins und des Leninismus in Abrede zu stellen, schaden vor allem denjenigen, die solche Versuche unternehmen.

Mit Lenin ist das entscheidende Ereignis in der Geschichte unseres Volkes — die Große Sozialistische Oktoberrevolution — verbunden. Seitdem läßt sich die KPdSU von den Ideen Lenins, von seinem theoretischen Erbe leiten. Im Großen Vaterländischen Krieg traten sowjetische Soldaten der KPdSU bei, weil sie, wie sie schrieben, als Mitglieder der Partei Lenins kämpfen wollten. Auch jetzt, beim friedlichen Aufbau, nehmen sich die Werktätigen des ersten sozialistischen Landes ein Beispiel an Lenins Leben, an seiner selbstlosen Haltung zur Sache der Revolution.

Für uns Sowjetbürger ist das nicht nur ein Andenken an den großen Lenin, sondern auch Ausdruck unserer Treue zu den revolutionärsten und deshalb humansten Idealen: den Idealen des Kommunismus.

Den Gefühlen aller Sowjetbürger Audruck gebend, sagte Leonid Breshnew: „Jeder unserer Erfolge, jeder Sieg bringen die Stunde näher, da die ganze Menschheit die sozialen und moralischen Fesseln der Vergangenheit zerreißen und in eine neue Welt, die Welt des Kommunismus, treten wird.

Aber wie hohe Gipfel die Menschheit auch erklimmt, sie wird ständig daran denken, daß an den Ursprüngen der kommunistischen Zivilisation die gigantische Figur des Denkers und Revolutionärs Lenin stand."

■

SALUT 6 WIEDER BEWOHNT

Die Orbitalstation Salut 6 umkreist die Erde jetzt schon mehr als 30 Monate. An Bord der Station arbeiteten 7 Besatzungen: drei Stamm- und vier Besuchsmannschaften mit insgesamt 14 Kosmonauten. 19 Kopplungsmanöver mit Transport- und Lastraumschiffen wurden durchgeführt. Die Station flog über 400 Tage im gesteuerten Regime. In dieser Zeit haben die Besatzungen des Orbitalkomplexes erfolgreich ein großes Programm komplizierter wissenschaftlicher und technischer Experimente erfüllt.

Heute arbeitet an Bord der Station Salut 6 die achte Besatzung — Kommandant Oberstleutnant Leonid Popow und Bordingenieur Valeri Rjumin, Held der Sowjetunion und Fliegerkosmonaut der UdSSR. Am 9. April sind sie mit dem Raumschiff Sojus 35 gestartet.

Der Kommandant der Station, Leonid Popow, wurde 1945 in der ukrainischen Stadt Alexandria, Gebiet Kirowograd, geboren. Sein Vater war Kolchosvorsitzender, gern hätte er auch Leonid in seine Fußtapfen treten sehen. Doch der Junge wollte wie viele seiner Altersgefährten Flieger werden. Nach Abschluß der Schule begann er als Elektromontageschlosser in einer Fabrik zu arbeiten. Zwei Jahre vergingen, bis sein Traum Wirklichkeit wurde. Nachdem Leonid die Aufnahmekommission passiert hatte und die Examen bestanden hatte, wurde er 1964 Offiziersschüler an der höheren Militärfliegerschule von Tschernigow. Dann diente er in Aserbaidshan als Jagdflieger.

Popow war überglücklich, als er in den Trupp der Kosmonauten aufgenommen wurde. Die Zeit verging. Bereits zwei Kameraden aus seiner Gruppe — Juri Romanenko und Wladimir Dshanibekow — waren im Orbit gewesen, Popow aber stand immer noch im Training. Er absolvierte die Gagarin-Akademie der Luftstreitkräfte, wirkte bei der Leitung von Flügen kosmischer Sonden mit und war dublierender Kosmonaut — anfangs von Valeri Bykowski, dem Kommandanten von Sojus 22, dann von Wladimir Ljachow. Schließlich war auch Popows Stunde gekommen: Heute ist er Kommandant des Raumschiffes Sojus 35.

Der Bordingenieur der Station, Valeri Rjumin, braucht nicht vorgestellt zu werden. Die Welt kennt den Langzeitkosmonauten. 177 Tage, 1 Stunde 22 Minuten — das ist die Gesamtdauer seiner beiden Raumflüge. Sehr erfolgreich war sein 174-Tage-Flug im Orbitalkomplex Salut 6—Sojus zusammen mit Ljachow. Rjumin hat seinen Arbeitseifer und seine hervorragenden technischen Kenntnisse unter Beweis gestellt. Erinnert sei hier nur an die großen umfangreichen Reparatur- und Entkonservierungsarbeiten oder an den Ausstieg aus der Station gegen Ende seiner Raumexpedition, um die festgeklemmte Antenne des Radioteleskops freizubekommen. Und jetzt, nach nur 7 Monaten, ist Rjumin erneut im All.

Nach seinem Langzeitflug hatte Rjumin nicht gedacht, daß er so bald in Salut 6 zurückkehren würde. Mit Popow sollte programmgemäß Valentin Lebedew, Fliegerkosmonaut der UdSSR, arbeiten, der zusammen mit Pjotr Klimuk in Sojus 13 geflogen war. Doch einen Monat vor dem Start zog er sich eine ernste Beinverletzung zu. Die Ärzte verboten ihm das weitere Training. Die Führung hatte zu entscheiden, ob man den dublierenden Kosmonauten in die Station schicken oder aber den Bordingenieur auswechseln sollte. Die Staatskommission entschied sich für letzteres und betraute Rjumin mit der verantwortungsvollen Mission. Popow und Lebedew waren bei dem vorhergehenden Flug die „Ersatzleute" von Ljachow und Rjumin. Sie haben gemeinsam trainiert, und deshalb kennen sie einander gut. Zudem war Rjumin Konsultant der Besatzungen für die technische Wartung der Station.

Auf die Frage von Journalisten, ob es nach einer relativ kurzen Unterbrechung schwer sei, erneut in den Weltraum zu fliegen, antwortete Rjumin: „Ich sehe darin im Grunde nichts Besonderes. Der Beruf des Kosmonauten ist für mich richtige Männerarbeit, schwer, aber interessant. Für mich war die Erprobung der Technik im Weltraum die natürliche Fortsetzung dessen, was ich auf der Erde tat. Deshalb befriedigt mich die Arbeit im Orbit".

Die Experten haben zuverlässige Methoden und einen ganzen Komplex von prophylaktischen Schutzmaßnahmen entwickelt, die es ermöglichen, Langzeitraumflüge auszuführen, dabei hohe Arbeitsfähigkeit zu bewahren, sich dann schnell wieder an die irdischen Bedingungen anzupassen und erneut ins All zu starten. Doch der Erfolg dieser Methoden hängt weitgehend von den Kosmonauten selbst ab. Insbesondere waren viele verwundert darüber, daß Rjumin nach 175 Tagen Arbeit in der Schwerelosigkeit bereits am Tag nach seiner Rückkehr mit Spaziergängen begann. Das tat er nicht aus falschem Schneid. Nur stellte er in der Wiederanpassungsperiode so große Forderungen an sich wie während des Fluges.

Ljachow und Rjumin hinterließen die Station in ausgezeichnetem Zustand. Doch Salut 6 befindet sich bereits zweieinhalb Jahre im Orbit — und mehr als 7 Monate ohne Besatzung. In dieser Zeit konnten sich einige Systeme und Aggregate abnutzen. Und natürlich kennt Rjumin ausgezeichnet den Zustand der Bordsysteme der Station!

In der ersten Arbeitswoche richteten sich Popow und Rjumin, die Besatzung des wissenschaftlichen Orbitalkomplexes Salut 6—Sojus 35—Progress 8, in ihrem kosmischen Heim ein. Sie gewöhnten sich an die Schwerelosigkeit, bereiteten die Technik vor. Anfangs entkonservierten sie vor allem die Bordsysteme und die Anlagen der Station. An Bord des Orbitalkomplexes befinden sich ca. 1500 Geräte und Aggregate. Für den Flug von Salut 6 im automatischen Regime wurden viele seiner Geräte und Anlagen konserviert. Sie sind jetzt arbeitsfähig zu machen, einige Systeme des Transportraumschiffes Sojus 35 hingegen sind zu konservieren.

Die Erfahrungen und Fertigkeiten, die Rjumin bei dem vorhergehenden Flug erworben hat, sind wirklich beachtlich. Mit einigen Aufgaben kommen die Kosmonauten schneller klar als ihr Arbeitsplan vorsieht.

Popow und Rjumin haben auch schon das wissenschaftliche Flugprogramm in Angriff genommen. Insbesondere sieht das Programm eine Fortsetzung der Experimente vorhergehender Raumexpeditionen vor, Untersuchungen der Erdoberfläche und der Atmosphäre, technologische und medizinisch-biologische Experimente sowie die Prüfung der Bordsysteme und der Apparaturen der Station.

G. RJABOW

Das Gespräch geht weiter

Die sowjetisch-französischen Beziehungen haben schon immer eine wichtige Rolle in der Politik Europas und der Welt gespielt. In den letzten 15 Jahren sind sie stets auf den Ausbau der Entspannung und der für beide Seiten nützlichen Zusammenarbeit orientiert. Auch unter den heutigen komplizierten internationalen Bedingungen bleibt dieses Verhältnis stabil und entwickelt sich weiter. Die politischen Kontakte zwischen beiden Ländern beruhen auf wichtigen bilateralen Dokumenten. Das jüngste und vielleicht wesentlichste davon ist das Programm für die Weiterentwicklung ihrer Zusammenarbeit zum Nutzen der Entspannung und des Friedens. Am 28. April 1979 wurde dieses Dokument von Leonid Breshnew und Valéry Giscard d'Estaing unterzeichnet.

Die Rolle des Dialogs nimmt unablässig zu. Zwecks Realisierung der gestellten Aufgaben werden ständig zweiseitige politische Konsultationen abgehalten, auch in Zeiten einer Zuspitzung der internationalen Spannungen, wie dies u. a. im Sowjetisch-Französischen Protokoll von 1970 vorgesehen ist. Schon in diesem Jahr wurden zweimal (Januar und März) Konsultationen auf der Ebene der Außenministerien abgehalten.

Die gegenwärtigen herausfordernden Schritte der USA-Administration gegen die Entspannung gehen mit einem beispiellosen Druck einher, den Washington auf die westeuropäischen Länder, darunter auf Frankreich, ausübt. Das Weiße Haus, das den Geist von Helsinki durch den Geist des kalten Krieges verdrängen will, verlangt, daß diese Länder die USA unterstützen, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Ländern abbauen und an den von Washington angestrebten „Wirtschaftssanktionen" teilnehmen. Die Position von Paris zu mehreren bedeutenden Weltfragen wird von den USA apostrophiert. In Paris hat man seine eigene Meinung über die Politik des Weißen Hauses und den Kompetenzgrad der USA-Führer. Vor kurzem bemerkte ein französischer Politiker nicht ohne Ironie, in den USA gebe es Menschen großen Formats in allen Bereichen, in Bildung, Wissenschaft und Unternehmertum, nur nicht in der Politik.

Es wäre falsch, sich darüber hinwegzusetzen, daß Frankreich an die Hauptprobleme der weltweiten Entwicklung auf gleiche Weise herangeht wie die anderen westlichen Länder. Das ergibt sich aus seiner Zugehörigkeit zum selben sozialökonomischen System, aus seiner Teilnahme am selben politischen Bündnis. Aber der außenpolitische Kurs Frankreichs in der konkreten internationalen Situation gestaltet sich unter dem Einfluß mehrerer anderer Faktoren und der nationalen Interessen. Hierbei spielt die sowjetisch-französische Zusammenarbeit eine große Rolle. Frankreich weigert sich, den Weisungen aus Übersee blind zu gehorchen, denn man geht dort davon aus, daß jedes Land in seiner eigenen Weise auf die Entwicklung in der Welt reagieren müsse. So vertritt man in Paris die Auffassung, daß man, wie unterschiedlich die Urteile über die afghanischen Ereignisse auch sind, unbedingt in Betracht ziehen muß: Sie sind nur ein Fragment der Weltpolitik und in Zeit und Raum begrenzt.

Die fortschrittlichen Kräfte Frankreichs verfolgen besorgt, wie die USA ihr Land unter immer stärkeren Druck setzen. Sie verweisen warnend auf die Gefahren, welche das Abgleiten der französischen Außenpolitik zum Atlantismus heraufbeschwören würde.

Die amtlichen französischen Sprecher betonen: Angesichts der internationalen Komplikationen kommt es darauf an, daß alle Staaten ruhig und gründlich ihre Entscheidungen überlegen und ihre Handlungen an den Erfordernissen der Entspannung messen, wie die UdSSR und Frankreich es in der gemeinsamen Erklärung vom 22. Juni 1977 hervorgehoben haben. Deshalb findet die Absicht Washingtons, die Errungenschaften der politischen Entspannung aufzugeben, an der Seine eine recht kühle Aufnahme. Paris stand negativ zu dem Plan, im Februar eine Außenministerkonferenz westlicher Länder nach Bonn einzuberufen, worauf die USA bestanden. Nach Ansicht der französischen Regierung würde eine solche Konferenz die internationalen Spannungen nicht mindern. Auch die Aufrufe der USA-Administration, die Moskauer Olympiade zu boykottieren, finden in Frankreich keinen Anklang.

Der Realismus, der die französische Politik auszeichnet, zeigte sich erneut während der jüngsten Reise des Präsidenten der Republik durch die Länder des Persischen Golfes. Frankreich hat dort bedeutende Interessen: Seine Erdölversorgung wickelt sich zu 70% über den Persi-

SIE GREIFEN ZUM KNÜPPEL

Präsident Carter hat sich vorgenommen, die Islamische Republik Iran zu bestrafen. Er brach die diplomatischen Beziehungen zu ihr ab, belegte den Verkauf von Waren, darunter von Nahrungsmitteln und Medikamenten, mit einem Embargo und verfügte, die schon früher in den USA eingefrorenen iranischen Aktiva zu beschlagnahmen.

Er ging noch weiter und sagte vor Chefredakteuren von Provinzzeitungen, daß die USA sich das Recht vorbehalten, beliebige Mittel gegenüber Iran anzuwenden, bis hin zur militärischen Gewalt. Wie die AP schreibt, habe der Präsident zum erstenmal ohne Umschweife erklärt, daß die USA ihre Streitkräfte gegen Iran vorschicken könnten. Eine Art Illustration zu seinen Worten sind die Mitteilungen der USA-Presse, auf dem Militärstützpunkt in Fort Bragg (Nordkarolina) würden schon „realistische Librettos" für Operationen der Eingreiftruppe unter den Verhältnissen des Nahen Ostens durchgespielt.

All das wird als eine Maßnahme zur Freilassung der USA-Diplomaten hingestellt, die in Teheran als der Spionage verdächtig festgehalten werden.

Dabei erklärte sich die iranische Führung wiederholt bereit, die Frage der USA-Geiseln zu lösen, sobald die USA an die bekannten legitimen Forderungen Teherans konstruktiv herangehen.

In Washington zieht man es jedoch vor, nach dem Knüppel zu greifen. Der USA-Präsident hat seine eigenen Worte vergessen, die er erst im Februar sprach: über die „tiefste Achtung und Ehrfurcht gegenüber dem Islam und allen Menschen, die sich zum Islam bekennen", über den „Geist der Freundschaft" zu den mosleminischen Ländern.

Die von Carter verfügten Sanktionen würden, so die „Financial Times" (London), „das Problem der Geiseln nicht lösen helfen, vielmehr Iran erbittern und die Verhandlungen mit den USA ablehnen lassen".

Gewiß versteht man das auch in den amtlichen USA-Kreisen. Jetzt liegt schon auf der Hand, daß das Weiße Haus die Geiselnfrage nur als einen Vorwand betrachtet, um die amerikanischen Kräfte im Nahen und Mittleren Osten, am Persischen Golf auszubauen. Ein Schiff nach dem anderen kreuzt

schen Golf ab. Das Land strebt auch nach Erweiterung seines politischen Einflusses. Während des Besuches wurde gesagt, daß das palästinensische Volk das Recht auf Selbstbestimmung und die PLO auf die Teilnahme an der friedlichen Nahostregelung hat. Das fand große Billigung in den arabischen Ländern und stieß auf ernste Unzufriedenheit in Washington und Tel Aviv.

Viele Beobachter schreiben, daß die offiziellen französischen Kreise über die Entspannung besorgt sind und die guten Beziehungen zur UdSSR aufrechterhalten wollen. Es geht ihnen um die Erhaltung jener Grundlagen der unabhängigen nationalen Politik, die General de Gaulle geschaffen hat und die von seinen Nachfolgern Pompidou und Giscard d'Estaing bestätigt wurden. Dieser erklärte vor kurzem im französischen Fernsehen, daß die Entspannungspolitik gegenseitigen Nutzen bringen muß und daß das Verhältnis UdSSR—Frankreich in den letzten Jahren positiven Charakter getragen hat.

Die UdSSR und Frankreich haben viel getan, um die Sicherheit auf dem Kontinent und die Entwicklung der für alle nützlichen Beziehungen zu untermauern. Die europäischen Fragen nehmen großen Raum im sowjetisch-französischen Dialog ein, besonders im Zusammenhang mit dem baldigen Treffen von Vertretern der 35 KSZE-Staaten in Madrid.

Gegenwärtig rücken Fragen der militärischen Entspannung, der Festigung des zwischenstaatlichen Vertrauens und der Verminderung der militärischen Konfrontation in Europa immer mehr in den Vordergrund. Die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder schlugen wohlbekannte Maßnahmen, darunter eine Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa, vor. Einige Vorschläge dazu hat auch Frankreich eingebracht.

Leonid Breshnew bezeichnete die sowjetisch-französischen Kontakte in Handel, Wirtschaft, Wissenschaft und Technik als „materielles Fundament" der Beziehungen zwischen den beiden Ländern. In den Geschäftskreisen Frankreichs steht man skeptisch, ja entrüstet zu den USA-Versuchen, die von der Entspannung begünstigte Zusammenarbeit zu unterbinden. Diese Kontakte sind für Frankreich von großem praktischem Wert. Etwa 400 Gesellschaften tätigen Geschäfte mit der UdSSR. Sowjetische Aufträge sichern fast 250 000 Franzosen Beschäftigung, was angesichts der im Lande zunehmenden Arbeitslosigkeit sehr wichtig ist. Der Warenumsatz zwischen der UdSSR und Frankreich stieg in den vergangenen fünf Jahren gegenüber dem vorigen Jahrfünft auf das 3fache und beträgt gegenwärtig über 9 Md. Rubel.

Frankreich gehört heute zu den größten kapitalistischen Handelspartnern der UdSSR. In den ersten Monaten d. J. wurden Verträge unterzeichnet, die 1980 einen Handelsumsatz von über 3 Md. Rubel sichern.

Gewiß gibt es in der bilateralen Zusammenarbeit Probleme und Schwierigkeiten. Es wirken sich die Schwankungen der Weltkonjunktur, die Rückfälle der EG in ihre diskriminierende Politik, der Widerstand der Gegner der guten sowjetisch-französischen Beziehungen aus. Entscheidend ist jedoch, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden dank der konstruktiven Politik beider Seiten und ihrem Wunsch, für die Zukunft mit Rücksicht auf die grundlegenden Interessen beider Völker zu sorgen.

K. NIKOLAJEW

---

dort auf, Landungstruppen werden herangeschafft, die vorhandenen Militärstützpunkte erweitert und modernisiert, neue gesucht. In Washington betont man den Langzeitcharakter all dieser militärischen Vorbereitungen: Es gehe ja um die Lebensinteressen der USA, welche die gegenwärtige Regierung bald an dem einen, bald an einem anderen Ende der Welt entdeckt.

Zugleich ist Washington bemüht, seine Partner aus der NATO und anderen Militärabkommen für seine abenteuerliche Politik einzuspannen. Es setzt die westeuropäischen Länder und Japan unter Druck, um sie zu Maßnahmen gegenüber Iran zu zwingen, die den amerikanischen ähnlich wären. Es geht so weit, daß direkte Erpressung angewandt wird.

Wie die Zeitung „Les Echos" (Paris) schreibt, haben „die Länder Westeuropas, die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu Iran unterhalten, gewichtige Gründe, nicht dem USA-Beispiel zu folgen". Das ist begreiflich. Das iranische Erdöl deckt in hohem Maße den Bedarf der westeuropäischen Staaten und besonders Japans. (Der iranische Erdölminister Moinfar warnte, daß die iranischen Öllieferungen an jedes Land, das an Wirtschaftssanktionen gegen Iran teilnehmen werde, sofort abgebrochen werden.)

Washington kümmert sich wenig darum. Mehr noch, es droht schon seinen Bündnispartnern Sanktionen an, sollten sie nicht parieren. Die Rede ist z. B. von einem Verbot der Einfuhr japanischer Wagen in die USA. Der bekannte Beobachter James Reston von der „New York Times" meint, die USA-Partner unterstützen zwar Carters Prinzipien, „doch unterstützen sie nicht seine Politik". Richtiger wäre zu sagen, daß die Politik des Weißen Hauses sie einfach erschreckt. In den westeuropäischen Hauptstädten und in Tokio verfolgt man die Eskalation der USA-Streitkräfte am Persischen Golf mit Besorgnis. Diese Länder wissen: Das Pentagon braucht in seiner Wut auf Iran nur die Straße von Hormus abzusperren (von solchen Absichten schrieb die Presse), und schon werden sie nicht nur die ca. 10% des von ihnen verbrauchten iranischen Erdöls, sondern das ganze Erdöl aus den Ländern am Persischen Golf entbehren müssen.

In ganz Iran fanden in den letzten Tagen Massendemonstrationen unter der Losung der Einheit des Volkes im Kampf gegen den USA-Imperialismus statt. Der iranische Präsident Banisadr sagte im Teheraner Rundfunk: „Diese Drohungen werden unser Leben überhaupt nicht beeinflussen, es sei denn, daß wir sie als Möglichkeit zur Erreichung der Unabhängigkeit nutzen."

A. USWATOW

Demonstration in Teheran. Das Transparent zeigt die Bilder von Opfern des Schah-Regimes.

Foto: UPI/TASS



HUNGER ALS POLITISCHE WAFFE

Michail ROSTARTSCHUK

Noch als Präsidentschaftsanwärter versprach Carter feierlich, Nahrungsmittel „unter keinen Umständen" als politische Waffe zu benutzen. Aber ebenso wie seine anderen 227 Wahlversprechungen erweist sich auch das als Betrug.

Anfang April verhängte Washington ein Embargo über die Nahrungsmittellieferungen an Iran. Im Januar 1980 verbot das Weiße Haus in einem hysterischen Anfall wegen der Entwicklung in Afghanistan den Export von Futtergetreide in die UdSSR. Die beiden jüngsten Beispiele dafür, wie Lebensmittel als politische Waffe benutzt werden, sind keineswegs eine Erfindung der gegenwärtigen Administration, vielmehr eine Fortsetzung der traditionellen Außenpolitik der USA.

Legalisierte Erpressung

Präsident Wilson erklärte 1918: „Der Bolschewismus ist nicht mit Stärke, aber sehr wohl mit Hunger aufzuhalten." In der einen oder anderen Form, in bezug auf dieses oder jenes Land gehörte diese These zu den Leitsätzen der USA-Regierungen der letzten Jahre. Ende 1974 verkündete USA-Landwirtschaftsminister E. Butz ohne Umschweife, die Lebensmittel seien „eine der wichtigsten Waffen in unserem Verhandlungsarsenal". Ihm sekundierte Präsident Ford: Die Politik im Bereich des Exports von Agrarerzeugnissen sei „ein lebenswichtiger Bestandteil unserer Diplomatie". Im Jahre 1975 nannte Senator Humphrey in einem Senatsausschuß die Agrarüberschüsse der USA „die Chance des Jahrhunderts" in bezug auf die Weltführung. Ein Jahr später erklärte Mitglied des Repräsentantenhauses Weaver seinen Kollegen: „Nahrungsmittel sind jetzt eine mächtigere Waffe als ein lenkbares Geschoß oder ein Sprengkopf."

In seinen Beziehungen zu den Entwicklungsstaaten greift Washington besonders gern zur Politik von Zuckerbrot und Peitsche. Das entsprechende Instrument ist das vom Kongreß 1954 beschlossene Gesetz 480 über die Lieferungen von Nahrungsmittelüberschüssen an die Entwicklungsstaaten. In dem Vierteljahrhundert, seit dieses Gesetz in Kraft ist, hat Washington Nahrungsmittel für Milliarden Dollars verteilt. Die Zeitschrift „The Progressive" bemerkt, die meisten Amerikaner hätten den Eindruck, das wäre sehr human von den USA; doch wüßten nur wenige, daß diese in den vergangenen 25 Jahren „ihre Lebensmittelüberschüsse als wirtschaftliche und politische Waffe handhaben".

Dem Gesetz 480 ging die Erpressung Indiens mit Lebensmitteln voraus. Anfang der 50er Jahre führte die indische Regierung ein Embargo über den Export des Monazitsandes ein. Dieser enthält Thorium, das die USA-Atomindustrie braucht. Indien hatte damals eine Dürre erlebt, sah sich von Hunger bedroht und bat die USA um Getreide. Der Kongreß der USA stimmte für eine solche Hilfe, knüpfte sie jedoch an die Bedingung, daß Indien sein Monazit-Embargo aufhebe.

Dieses Experiment glückte, und darauf wurde das Gesetz 480 beschlossen. Einer seiner Urheber schrieb, daß er darin die Möglichkeit für die USA-Regierung sah, „zwei Dutzend Länder zu kontrollieren". Den Wirkungsmechanismus dieses Gesetzes verstand er wie folgt: „Man kann ein Land, in dem eine Erhebung heranreift, kontrollieren, indem man in der Nähe eines Hafens ein mit Weizen beladenes Schiff wie ein Eis am Stiel hält. Ein Führer, den wir für gefährlich halten, würde die Unterstützung der Massen verlieren, denn jedermann wüßte, daß wir den Weizen nicht löschen, wenn er an die Macht kommt." Etwas vorausgreifend wollen wir sagen, daß Washington das Gesetz 480 auf genau die Weise handhabt.

Schon in seinem Wortlaut wurden alle altruistischen Motive verworfen. Die Regierung erklärte, das Gesetz solle die Beziehungen der USA zu den anderen Ländern „verbessern" und zugleich „zur wirtschaftlichen Stabilität der amerikanischen Landwirtschaft und des nationalen Wohlstandes beitragen". Begreiflicherweise war und bleibt das zweite Ziel am wichtigsten. Nur fügte der Kongreß 1961 dem Gesetz verschämt den Satz hinzu, daß es bestimmt sei, „im Kampf gegen den weltweiten Hunger" zu helfen.

Welche Früchte hat nun der 25 Jahre lange „Kampf" Washingtons gegen den weltweiten Hunger gebracht? Als Jubiläumsthesen könnte man einen Auszug aus dem Buch des USA-Publizisten Nelson „Hunger für Gerechtigkeit" zitieren. Er nennt die drei Hauptziele, die die USA dank dem Gesetz 480 erreichen: erstens die „Überschüsse" an Nahrungsmitteln profitabel loszuwerden (obwohl in den USA selbst allein nach amtlichen Angaben über 20 Millionen Personen unterernährt sind); zweitens die militärischen Anstrengungen der „befreundeten" Regierungen zu bezahlen; und drittens Absatzmärkte und Ressourcen billiger Arbeitskräfte zu schaffen durch Untergrabung der Nahrungsmittelproduktion in anderen Ländern, vor allem in Entwicklungsstaaten.

Die Hilfe laut Programm „Nahrung für den Frieden" wurde hauptsächlich den politischen und militärischen USA-Verbündeten in Afrika, Asien und Lateinamerika gewährt, nicht aber den Völkern, die sie wirklich am dringlichsten brauchten. Am häufigsten spielte sich das folgendermaßen ab: Die USA lieferten die Nahrungsmittel, die örtlichen Behörden verkauften sie der Bevölkerung, und der Gewinn aus dem Verkauf ging sehr oft für den Ankauf ebenfalls der amerikanischen Munition und Rüstung drauf. Das Programm „Nahrung für den Frieden" hat es in sich.

Kein Wunder, daß die vornehmlichsten Hilfeempfänger in diesem Vierteljahrhundert die Marionettenregimes in Südvietnam, Kambodscha, Südkorea, ferner die Militärjunten in Asien, Afrika und Lateinamerika waren, die die Bürgerrechte offen mit Füßen traten. Die Saigoner Clique Thieu-Ky erhielt 1969/70 laut Programm „Nahrung für den Frieden" 229 Mio Dollar für militärische Zwecke. Wie Senator Fulbright bezeugt, wurde das Programm benutzt, um für 0,7 Md. Dollar Waffen für die Marionettenregimes zu kaufen!

Trojanisches Pferd

Die Nahrungsmittelhilfe der USA ist eine Art Trojanisches Pferd für die Entwicklungsländer, untergräbt sie doch deren Landwirtschaft. In der Regel werden die amerikanischen

„Überschüsse" dort zu Schleuderpreisen verkauft. Der indische Wissenschaftler B. R. Shenoy betont, daß die Lieferungen laut Gesetz 480 die landwirtschaftliche Entwicklung Indiens wesentlich verlangsamt haben: Die Getreidepreise auf den einheimischen Märkten wurden dadurch unterboten, die Bauern gingen daran, die Saatflächen einzuschränken. In der Türkei drosselten diese Lieferungen die Viehhaltung, in Venezuela den Anbau von Mais und Gemüse, in Liberia den Reisanbau. Selbst das Haushaltsamt des USA-Kongresses mußte zugeben: „Die Nahrungsmittelhilfe ... hemmt die einheimische Nahrungsmittelproduktion", was die Entwicklung der Landwirtschaft verlangsame.

Aber gerade das paßte den Politikern und Geschäftsleuten der USA in den Kram. Die Bauern der Entwicklungsstaaten wurden von den Monopolen ruiniert, sie verkauften ihre Scholle und stießen zu den anderen billigen Arbeitskräften für die Betriebe der transnationalen Konzerne.

Ein typisches Beispiel ist Südkorea. Der ehemalige Diktator Park Chung Hee öffnete den westlichen, vor allem den US-amerikanischen Monopolen Tür und Tor. Rasch aufkommende Industriebetriebe mit überseeischem Kapital brauchten billige Arbeitskräfte. Der Diktator ruinierte die Bauern mit Hilfe des Gesetzes 480, viele Landbewohner mußten in die Städte abwandern. Im Bericht der Internationalen Entwicklungsagentur für 1978 wurde festgestellt, daß jeder vierte südkoreanische Bauer arbeitslos sei und daß diejenigen, die einen Arbeitsplatz fanden, für nur 28 Cent in der Stunde (!) in den Betrieben von USA-Konzernen untergekommen seien.

Nicht selten benutzten USA-Gesellschaften die Lieferungen im Rahmen des Hilfsprogramms zu Machinationen. So wurden 1963 Afghanistan 3000 t ungenießbarer Weizen geliefert, der sich weder als Nahrungs- noch als Futtermittel eignete. Verdorbener Weizen wurde auch nach Indien geliefert. Dessen Regierung sah sich genötigt, in 12 Jahren gegen fünf Firmen auf Schadenersatz in Höhe von 215 Mio Dollar zu klagen.

Die wirklichen Ziele der Kampagne „Nahrung für den Frieden" sieht man am Beispiel Bangladesh. Die Zeitschrift „Foreign Affairs" verwies u. a. darauf, daß die USA-Regierung mit den fortschrittlichen Maßnahmen der Regierung Rahman unzufrieden war und einen „Druck mit Nahrungsmitteln" ausübte. Als nach den katastrophalen Überschwemmungen und der Dürre von 1974 in einem großen Teil von Bangladesh Hunger grassierte, hörten die USA auf, ihre „Hilfe" laut Gesetz 480 zu erweisen. Die Lage im Lande wurde labiler. Als aber nach dem Militärputsch vom August 1975 in Dacca prowestliche Kreise an die Macht kamen, wurde Bangladesh mit Nahrungsmitteln aus den USA buchstäblich überschwemmt.

Um die Regierung Indira Gandhis zu beeinflussen, lehnten die USA 1975 ein Gesuch Indiens ab, ihm nach einem Mißjahr 100 000 t Reis zu liefern. Seinerzeit wurden auch die Regierung Nasser in Ägypten und die Regierung Allende in Chile mit der Nahrungsmittelpolitik erpreßt. Die Nahrungsmittellieferungen nach Sri Lanka wurden verboten, nachdem seine Regierung das Vermögen der USA-Erdölkonzerne nationalisiert hatte.

Auch die jüngste Zeit zeugt davon, daß die „humane Lebensmittelhilfe der USA" ein Lügenmärchen ist. Als es sich um Vietnam, Kampuchea und Laos handelte, die unter der langjährigen USA-Aggression gelitten hatten, sah sich Washington nicht im geringsten veranlaßt, laut Gesetz 480 zu handeln. Dafür riß sich das Weiße Haus darum, den übriggebliebenen Pol Pot-Banden zu „helfen", und zog eine antisowjetische und antivietnamesische Kampagne auf, um sich in diesem ganzen Rummel in die inneren Angelegenheiten Kampucheas einzumischen.

Laut Angaben der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO) waren in der Welt vor fünf Jahren 460 Millionen Personen unterernährt. Ende v. J. konstatierte die FAO: Auf unserem Planeten sind noch immer etwa eine halbe Milliarde Menschen unterernährt, davon sind die Hälfte Kinder.

Selbstverständlich würde niemand etwas dagegen einwenden, wenn die USA uneigennützig (dieses Wort sei betont) helfen, darunter mit Nahrungsmitteln, auch den Entwicklungsstaaten, die eine solche Hilfe bitter nötig haben. Aber noch wertvoller wäre der Beitrag der USA und anderer kapitalistischer Länder zu einer wirklichen Entwicklung der Landwirtschaft in den jungen Staaten, damit sie sich selbst versorgen und so die wahre wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangen können.

Leider besagen Tatsachen das Gegenteil. Die USA-Zeitschrift „Foreign Policy" schreibt: „Nahrungsmittelhilfe und Waffenlieferungen dienen den gleichen politischen und strategischen Zielen der USA." ■

NZ KOMMENTAR

ZWEITES JAHRZEHNT DER ABRÜSTUNG

Die UNO hatte die 70er Jahre zum ersten Jahrzehnt der Abrüstung erklärt. Damals wurden bedeutende internationale Abkommen geschlossen und vertrauenbildende Maßnahmen in Europa verwirklicht, fand die Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung statt. Diese Jahre zeigten, daß es ein durchaus reales Ziel ist, einen Damm gegen das Wettrüsten zu errichten. Doch da die USA und ihre Verbündeten weiterhin ihre Rüstungsausgaben anhoben, immer neue Waffen einführten und das Wettrüsten forcierten, wurde dieses Ziel nicht erreicht.

Bedeutet das, die Verhandlungen müßten aufhören, das Erreichte müßte rückgängig gemacht werden! Wie ist die Reaktion der Sowjetunion auf das militaristische Treiben im Westen, wie wird ihre Position in den 80er Jahren sein, die die 34. UNO-Vollversammlung zum zweiten Jahrzehnt der Abrüstung proklamiert hat!

Eine präzise Antwort auf diese Fragen gibt der Brief des sowjetischen Außenministers Andrej Gromyko an UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim zu den Aufgaben der zweiten Abrüstungsdekade. „Nach Meinung der Sowjetunion", heißt es in dem am 11. April überreichten Brief, „ist es in der heutigen verschärften internationalen Lage von größter Bedeutung, daß alle friedliebenden Staaten in ihren Anstrengungen nicht nachlassen, sondern sie im Gegenteil verstärken, um den Frieden zu festigen, die Gefahr eines Krieges abzuwenden und konkrete Maßnahmen zur Zügelung des Wettrüstens und zur Abrüstung zu erreichen." Die UdSSR tritt für Verhandlungen über einen weitesten Kreis von Fragen ein. In dem Brief wird auf das realistische Programm von Maßnahmen hingewiesen, die die Sowjetunion und die anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft vorgeschlagen haben. Es erfaßt alle Aspekte der Abrüstung und weist konkret auf die Hauptrichtungen für Abrüstungsbemühungen hin. Die prinzipielle Haltung der UdSSR bleibt unverändert: Sie ist bereit zu Begrenzungen bei jeder Waffenart, dazu, sie auf der Grundlage der Gegenseitigkeit nach Vereinbarung mit anderen Staaten zu verbieten, natürlich bei ungeschmälerter Sicherheit der Seiten.

Eine Verwirklichung dieser Vorschläge würde die zweite Dekade der Abrüstung, die nicht ein Jahrzehnt der Fortführung und Verstärkung des Wettrüstens werden darf, mit realem Inhalt erfüllen.

M. TSCHERNOUSSOW

BRD

IN 6 MONATEN WAHLEN

Von unserem ständigen Berichterstatter Karen KARAGESIAN

Alle vier Jahre entdecken die großen Bonner Parteien ihre „großen Sympathien" für die junge Generation des Landes — natürlich geschieht das vor den Bundestagswahlen. Am 5. Oktober d. J. werden zusammen mit der mittleren und der älteren Generation 5 385 000 Bundesbürger zwischen 18 und 24 Jahren wahlberechtigt sein.

Können da die Parteibosse etwa ein solches Wählerpotential vernachlässigen?! Man interessiert sich auf einmal für die Probleme der Jugend.

Einer Umfrage zufolge weiß jeder fünfte Jungwähler nicht, ob er überhaupt wählen wird. Viele meinen, in einem „Wohlfahrtsstaat", den es die BRD sein will, müsse „vieles geändert" werden.

Und das antworteten unzufriedene Jugendliche:

Wir können nicht den Beruf ergreifen, den wir möchten (73%);
Wir haben keine Arbeit (70%);
Das Leben ist oft sinnlos (40%);
Man kann nicht so leben, wie man gern möchte (40%);
Oft wird von einem mehr erwartet, als man leisten kann (39%)...

Eine Lösung dieser elementarsten Fragen ist in absehbarer Zeit nicht erkennbar. Alle Gruppen der Unzufriedenen — derjenigen, die sich artikulieren, wie der schweigenden Mehrheit —, werden auf 2,7 Millionen geschätzt — d. h. jeder zweite Jungwähler, 7 Prozent aller Wähler.

Beeindruckende Zahlen! Nicht von ungefähr wollen alle Bundestagsparteien die Jugend für sich einnehmen. Doch Erfolge werden ihnen schwerlich beschieden sein. Darin liegt eine der vielen Besonderheiten des Wahlkampfes in diesem Jahr.

In der BRD-Wirtschaftspolitik hat es in den letzten zehn Jahren keine grundlegenden Änderungen gegeben. Die sozialliberale Koalition hat mit Treu und Glauben dem System des „freien Unternehmertums" gedient, wodurch sie sich das Wohlwollen führender Industrieller und Finanziers errang. Doch in der Außenpolitik, besonders in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, hat sich eine Wende auf einen realistischen Kurs hin vollzogen, der auf der Anerkennung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und der Nachkriegsentwicklung basiert.

Dieser Kurs, der zweifelsohne von der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung und von einem Großteil der Geschäftswelt getragen wird, hat nach wie vor sehr einflußreiche Gegner. Der Kampf zwischen diesen beiden Tendenzen bestimmte in den letzten Jahren die politischen Fronten in der Bundesrepublik.

Zweimal — 1972 und 1976 — versuchte die Opposition ohne Erfolg, die Regierung bei Bundestagswahlen zu Fall zu bringen. Daß die CDU/CSU im Ruf steht, Verfechter des kalten Krieges zu sein, hat ihren Chancen immer wieder Abbruch getan. Doch der Kampf war nicht leicht. Bei den Bundestagswahlen 1976 erhielt die SPD-FDP-Koalition 253 und der Oppositionsblock CDU/CSU 243 Mandate (von insgesamt 496 Sitzen). Die Christdemokraten bräuchten also ihrem politischen Gegner nur sechs Mandate fortzunehmen, dann würden sie bei einer Sitzverteilung von 249 zu 247 auf der Regierungsbank Platz nehmen können.

Manche meinen, ein solches Ergebnis lasse die rechtsbürgerlichen Parteien zu Recht auf einen Sieg hoffen. Doch nach Meinung anderer könnten die Christdemokraten einer weiteren Niederlage nur durch eine Umformierung ihrer Reihen entgehen, vor allem dadurch, daß sie an die Spitze der Opposition eine „starke Persönlichkeit" setzen. Eine solche Meinung vertrat auch der CSU-Vorsitzende Strauß, wobei er mit

GROSSBRITANNIEN

MIT VEREINTER KRAFT

Am 12. April fand in London die nationale Konferenz der „Kampagne für weltweite Abrüstung" statt. In der Central Hall waren mehr als 2500 Delegierte von Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendorganisationen, Religionsgemeinschaften u. a. zusammengekommen. In ihren Reden verwiesen die Delegierten besorgt auf die verschärften internationalen Spannungen und die Versuche reaktionärer Kräfte, die Welt in die Zeiten des kalten Krieges zurückzuwerfen.

Der Sprecher der Christlichen Sozialistischen Bewegung Großbritanniens, S. H. Lodge, sprach empört davon, daß sich der Westen hartnäckig weigert, positive Antworten auf die Friedensinitiativen der Sowjetunion zu geben. Zum Kurs der Tory-Regierung betonte er, daß England allmählich ein US-Protektorat wird.

A. MacMasters, Mitglied des Generalrates des schottischen Trade-Unions-Kongresses, erklärte, daß die Gewerkschaften gegen die Pläne für eine Stationierung von Cruise Missiles auf den Britischen Inseln auftreten, gegen die Absicht der Thatcher-Regierung, die Entwicklung neuer Systeme von Atomwaffen in Angriff zu nehmen.

Die Delegierten entlarvten die von der bürgerlichen Propaganda aufgebauten Legenden von einer „militärischen Bedrohung" seitens der Sowjetunion. Prof. M. Pentz von der Universität Surrey betonte, US-Präsident Carter und der britische Premier, Frau Thatcher, wollten mit der „afghanischen Frage" die Kriegspsychose schüren und das Wettrüsten forcieren.

An der Konferenz nahmen auch einige Vertreter der regierenden Konservativen Partei teil. Der Parlamentsabgeordnete R. Body wies z. B. auf die gefährlichen Folgen hin, zu denen der Versuch der westlichen Länder führen kann, aus der Wirtschaftskrise durch verstärktes Wettrüsten herauszukommen. Der Kampf für weltweite Abrüstung, sagte er, wird geführt, um die Zivilisation zu retten.

Einer der Mitbegründer der „Kampagne für weltweite Abrüstung", Lord Brockway, sagte, ihr Ziel sei es, die Bemühungen der Organisationen, die für Frieden und Abrüstung eintreten, zu koordinieren und zu vereinen — und das nicht nur in Großbritannien. Der Kampf für die Verwirklichung des Aktionsprogramms der Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung muß die Hauptaufgabe der Friedensanhänger sein. Hierfür soll weltweit eine Unterschriftensammlung für dieses Programm durchgeführt werden.

Die derzeitigen Kriegsvorbereitungen Großbritanniens werden nicht nur von der demokratischen Öffentlichkeit, sondern auch von realistisch denkenden Vertretern offizieller Kreise verurteilt. Der ehemalige Stabschef der britischen Streitkräfte, Lord Carver, betonte kürzlich im Parlament, daß die Mittel für die weitere Forcierung der britischen Atomstreitmacht eine gefährliche und unnütze Ausgabe sind.

W. PAWLOW
Eigenbericht

London, 14. April

einer „starken Persönlichkeit" sich selbst meinte. Und so war es ja auch — zumindest in der CDU/CSU. Ohne Präzedenzfall ist, daß Strauß als Vorsitzender nur einer bayrischen Partei im vergangenen Sommer erreichte, daß der CDU/CSU-Block ihn zu seinem „Kanzlerkandidaten" bestimmte.

Doch bei den Christdemokraten sind bis heute weitaus nicht alle davon überzeugt, daß gerade Strauß derjenige ist, der sie in den Wahlkampf führen sollte.

Der sozialdemokratische Grafiker Klaus Staeck bildete die Bürgerinitiative „Freiheit statt Strauß" — als Antwort auf die Wahlkampfparole „Freiheit statt Sozialismus", die der Bajuware seinerzeit propagiert hatte. Die Bürgerinitiative wollte den Wählern die antidemokratischen Provokationen von F. J. S. vor Augen führen.

Die Wahlkampfleitung der CDU/CSU tut alles, um für Strauß das Image eines zurückhaltenden, ausgeglichenen und soliden Politikers aufzubauen. Die CDU-Agitatoren werden regelmäßig zusammengetrommelt, um ihnen klarzumachen, wie Strauß am besten zu verkaufen ist. Die CDU/CSU-Führung hat den Abschluß eines Wahlkampfabkommens zwischen allen im Bundestag vertretenen Parteien erreicht, das u. a. einen Verzicht auf „persönliche Angriffe" gegen die Kandidaten vorsieht. Nach Abschluß des Abkommens verlangte die Opposition von den Sozialdemokraten, sie sollten ihren Mitgliedern die Mitwirkung in Staecks Antistrauß-Initiative untersagen.

Trotz allem vermag die Opposition weder die antidemokratischen Positionen von Strauß noch seine Verbindungen zu reaktionären und profaschistischen Kreisen in verschiedenen Ländern (z. B. Chile, Türkei) zu tarnen. Angesichts der Wählerstimmung hat sich F. J. S. in seinen letzten Reden wiederholt für die Entspannung ausgesprochen. Doch die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Bei seinem kürzlichen Washingtonbesuch unterstützte Strauß vorbehaltlos alle gegen Frieden und Zusammenarbeit gerichteten „Initiativen" von US-Präsident Carter — von den Aufrufen zu einer Verstärkung des Wettrüstens bis hin zu einer Unterstützung des Olympiadeboykotts.

All das ist dem „Ansehen" von Strauß bei den Wählern nicht gerade förderlich. Meinungsumfragen zufolge liegt er deutlich hinter seinem Hauptrivalen, Bundeskanzler Helmut Schmidt. Doch in der heutigen Lage bedeutet das noch nicht, der Bajuware hätte keine Siegeschancen. Wie gesagt, war ja bei den letzten Bundestagswahlen im Jahre 1976 der Abstand zwischen den rivalisierenden Gruppierungen nur sehr gering. Zudem sucht sich Strauß Schwachstellen der Regierungskoalition zunutze zu machen.

Dazu gehört die mangelnde Basis des Juniorpartners der Sozialdemokraten, der FDP. In den letzten Jahren wurden wiederholt Befürchtungen geäußert, die Freien Demokraten könnten nicht die 5-Prozent-Hürde in den Bundestag nehmen.

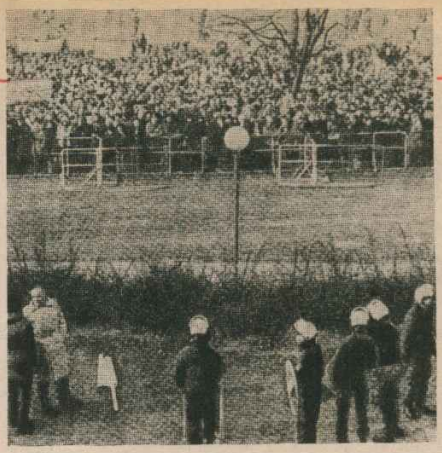
Diese Gefahr wird jetzt noch stärker durch das Erscheinen der „Grünen". Anfangs war diese Gruppierung aus der Volksbewegung für den Umweltschutz entstanden, dagegen, daß die Konzerne Atomkraftwerke in eng besiedelten Gebieten der Bundesrepublik errichteten. Das politische Profil der „Grünen" ist schwer auszumachen. An der Spitze der „Grünen" stand anfangs der ehemalige CDU-Bundestagsabgeordnete Gruhl, Autor des Buches „Ein Planet wird geplündert". Den „Grünen" gehören allerlei Radikalinskis, darunter Maoisten an. Bevor sich die „Grünen" organisatorisch festigen konnten, hat ihr Zerfallsprozeß schon begonnen. Doch nichtsdestoweniger haben sie zweimal Erfolge verbuchen können: Bei den Landeswahlen in Bremen und in Baden-Württemberg haben die „Grünen" die 5-Prozent-Klausel übersprungen und sind jetzt in beiden Landesparlamenten vertreten.

Wie erklärt sich dieser Erfolg? Dadurch, daß diese Partei für viele Wähler den Protest gegen die traditionellen Bonner Parteien, gegen das politische System der Bundesrepublik insgesamt artikuliert.

Das Gewicht der „Grünen" nimmt zudem wegen des raffinierten Wahlsystems zu. Wahlkampfexperten spielen mögliche Varianten durch. Wenn die „Grünen" bei den Bundestagswahlen mehr als 5% erhalten und ins Parlament gelangen sollten, wären sie offenbar zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten bereit. Doch wenn sie — was wahrscheinlicher ist — nur drei bis vier Prozent der Stimmen erhalten werden, dann gehen diese Stimmen verloren. Und da die „Grünen" vor allem den Sozialdemokraten Stimmen abnehmen, würden sie so Strauß an die Macht verhelfen, der dann mit erheblich weniger Stimmen als der CDU/CSU-Kandidat Kohl im Jahre 1976 die Regierung bilden dürfte.

Ebendeshalb wollten die CDU/CSU-Bosse in letzter Zeit sogar mit den „Grünen" anbändeln. Übrigens hat Strauß zur allgemeinen Verwunderung diverse Komplimente auch der FDP gemacht, obgleich er noch vor kurzem die Freien Demokraten nicht mehr im Bundestag hatte sehen wollen.

Ein harter, schwerer Kampf steht bevor. Die meisten Bundesbürger meinen nach wie vor, daß der Kurs der friedlichen Zusammenarbeit im nationalen wie in ihrem persönlichen Interesse liegt. Davon haben sie sich überzeugen können. ■



WIE IM KRIEG

In der Kleinstadt Dorsten (Nordrhein-Westfalen) herrschte Belagerungszustand. Auf dem Konrad-Adenauer-Platz patrouillierten verstärkte Polizeistreifen. Die Polizei errichtete Gitter und Stacheldrahtabsperrungen. Wenig später trafen Autos mit aufmontierten Wasserwerfern ein. Auf der Lippe kursierten Boote der Wasserschutzpolizei. Das Flußbad wurde geschlossen und ein Schild mit der Aufschrift „Zutritt nur Polizei" aufgehängt. Über Dorsten kreiste ein Hubschrauber, und bei der Stadteinfahrt wurden Autofahrer und Passanten kontrolliert. Insgesamt waren mehr als 1000 Ordnungshüter in Uniform und Zivil im Einsatz. „Ganz wie im Kreg", murrte ein Einwohner von Dorsten.

Was war in Nordrhein-Westfalen geschehen? Nichts Besonderes. Am 11. Mai wird es dort Landtagswahlen geben — und auf einer CDU-Wahlkundgebung in Dorsten sollte Franz Josef Strauß sprechen. Alle diese Maßnahmen hatten die Behörden ergriffen, damit Strauß um Gottes Willen nicht ein faules Ei oder eine Tomate abbekommt. Sogar die Absperrungen waren 100 Meter vor der Tribüne errichtet worden.

W. ROSEN

Foto aus der „Frankfurter Rundschau"

Aufbruch in die Unabhängigkeit

Wenjamin MIDZEW

In Salisbury ist die britische Fahne eingeholt und die Nationalflagge des neuen, des fünfzigsten unabhängigen Staates Afrikas — der Republik Simbabwe — gehißt worden. Die patriotischen Streitkräfte und das tapfere Volk sind aus dem langjährigen und sehr schweren Kampf gegen das rassistische Regime siegreich hervorgegangen.

Die Eroberung der politischen Unabhängigkeit ist aber nur der erste Abschnitt des Wegs zur vollständigen nationalen und sozialen Befreiung, ein Abschnitt, der aber sehr wichtig ist. Er gibt den Auftakt zur selbständigen Entwicklung von Staaten, die, wie eine Reihe von Ländern Afrikas zeigt, verschiedene Wege gehen. Das Volk Simbabwes hat vor vielen Völkern Afrikas voraus, daß die Landesführung von den patriotischen Fortschrittskräften angetreten worden ist, die bei einer absoluten Bevölkerungsmehrheit Vertrauen genießen. Das haben u. a. die Parlamentswahlen gezeigt, bei denen die Kandidaten der patriotischen Kräfte 77 von den 80 Parlamentssitzen für Afrikaner bekommen haben.

In der von Robert Mugabe gebildeten Regierung haben Mitglieder der ZANU (der Afrikanischen Nationalunion von Simbabwe) 18 und Vertreter der ZAPU (der Afrikanischen Volksunion von Simbabwe) 4 Ministerportefeuilles bekommen. Deren Führer, Joshua Nkomo, ist Innenminister geworden. Das Kabinett hat auch zwei weiße Mitglieder: Zum Minister für Handel und Industrie ist ein Vertreter der Rhodesischen Front und zum Landwirtschaftsminister ein Unabhängiger ernannt worden.

Aber natürlich ist die politische Lage in und um Simbabwe noch immer schwierig. Die Kräfte, die für die rassistischen Zustände sind, haben zwar eine empfindliche Niederlage erlitten, sind aber noch nicht aufgerieben. In Staat, Armee, Polizei und Sicherheitsdienst haben weiße Siedler, unter denen nicht wenige Rassisten sind, die Schlüsselstellungen inne. Alle jetzigen Staats- und Verwaltungsstrukturen wurden ja von den Rassisten geschaffen und standen 15 Jahre lang in ihrem Dienst.

Auch die Wirtschaft blieb in Händen einer weißen Minderheit. Ziemlich stark entwickelt ist in Simbabwe die extraktive und die verarbeitende Industrie, darunter das Hüttenwesen, die chemische Industrie, der Maschinenbau und die Automontage. Dort werden Eisen- und Nickelerz, Chrom, Kupfer, Kobalt, Gold, Asbest und andere Bodenschätze gewonnen. In den wichtigsten Wirtschaftsbranchen dominiert englisches, amerikanisches und südafrikanisches Kapital.

So vertritt der Multi Lonrho in Rhodesien 62 englische und 7 andere westeuropäische Firmen. Er ist der größte Bergbaukonzern in Afrika. Ein anderer mächtiger Konzern, British Steel Constructions Ltd., ist Partner von vier amerikanischen, einem kanadischen und einem französischen Monopol. Die British Leyland Motor Co. faßt 11 westeuropäische und amerikanische Firmen zusammen. Sie hat in Simbabwe 6 Zweigstellen.

Die Anglo-American Corp. Harry Oppenheimers ist in Simbabwe durch ihre Zweigstelle Amrho vertreten. Sie kontrolliert rund 40 rhodesische Firmen vieler Branchen, vor allem aber solche der extraktiven Industrie. Die meisten in der RSA engagierten amerikanischen Firmen haben auch in Simbabwe Wurzel geschlagen.

Der UNO zufolge haben 593 westliche Firmen größtenteils über ihre südafrikanischen Filialen mit Rhodesien Handel getrieben, selbst als das auf Beschluß des UNO-Sicherheitsrates verboten war.

Die Übermacht der Weißen ist auch in der Landwirtschaft stark fühlbar, die die Grundlage der Volkswirtschaft darstellt — in ihr sind 80% der Bevölkerung beschäftigt. Der Grund und Boden ist aber ungerecht unter die europäischen Kolonisten und die afrikanischen Bauern verteilt, u. zw. zur Hälfte. In den Händen der 6000 weißen Familien befindet sich ebensoviel wie in denen der 600 000 afrikanischen Familien. Zudem besitzen die Europäer die fruchtbarsten Ländereien. Auf diesen, die bis zu 1200 ha messen, wenden die weißen Farmer moderne Ackerbaumethoden an und produzieren viel für den Export (Tabak, Baumwolle, Tee). Die afrikanischen Bauern dagegen betreiben auf ihren Handtuchparzellen größtenteils ganz oder teilweise Naturalwirtschaft. Viele Afrikaner haben überhaupt keinen Grund und Boden und müssen sich bei weißen Farmern verdingen.



Die Führung des unabhängigen Simbabwes (v.l.n.r.): Innenminister Joshua Nkomo, Ministerpräsident und Verteidigungsminister Robert Mugabe sowie stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister Simon Muzenda.

Foto: AP/TASS

Simbabwe ist ein Land der Afrikaner. Von den 6,7 Millionen Einwohnern sind höchstens 220 000 Weiße. Doch die Naturschätze des Landes gehören nicht den Afrikanern, und daraus entstehen für die eben erst gebildete Republik äußerst schwierige Probleme. Eins besteht darin, wie die sozialen Forderungen

der verelendeten Bauernmassen und Arbeiter befriedigt werden sollen.

Über den Wahlsieg der patriotischen Kräfte herrscht in gewissen Kreisen der weißen Bevölkerung Unruhe, obwohl das Programm der von Mugabe geführten ZANU keinen Anlaß dazu gibt. Als Ministerpräsident hat Mugabe u. a. erklärt, seine Regierung werde sich mit sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen nicht beeilen. Sie habe nicht die Absicht, die ausländischen Unternehmen zu verstaatlichen und erst recht nicht das Privatunternehmertum aufzuheben oder den weißen Grundbesitzern den Boden ohne Ablösung fortzunehmen. Unter die landlosen Bauern sollen nur von den Besitzern im Stich gelassene Ländereien verteilt werden. An kargem oder völlig unfruchtbarem Boden sind rund 4 Mio ha vorhanden.

Eine Reorganisierung des Staatsapparats steht bevor. Unter dem rassistischen Regime bestanden in Rhodesien nebeneinander zwei Verwaltungssysteme, eins für die Weißen, das andere für die Afrikaner. Jetzt soll ein einziges System geschaffen werden, was natürlich nicht ganz einfach ist. Neben rein technischen Schwierigkeiten können auch andere, z. B. psychologische entstehen, denn in denselben Ämtern werden Leute zusammenarbeiten müssen, die sich gestern noch spinnefeind waren.

Eine Reorganisation der Armee ist angelaufen. Die Dienstpflicht ist abgeschafft, die Truppen werden aus Freiwilligen gebildet, die früher zur Armee oder zu Partisanenverbänden gehörten. Ein Umbau der Polizei und der Sicherheitskräfte steht bevor. Alle diese Maßnahmen passen natürlich gewissen Kreisen nicht.

Mit unverhohlenem Ärger ist die Nachricht vom Ergebnis der rhodesischen Wahlen in Pretoria aufgenommen worden. Dort wurden Drohungen und Warnungen gegen die patriotischen Kräfte ausgestoßen, die im unabhängigen Simbabwe ans Staatsruder getreten sind. Da hieß es, die RSA werde nicht dulden, daß den „Terroristen" von auswärts geholfen wird, usw. Wie zur Antwort darauf erklärte Mugabe eindeutig, seine Regierung, die die Apartheid verurteile, werde sich an politischen Aktionen der OAU und der UNO gegen den Rassismus beteiligen und den südafrikanischen Patrioten moralische und politische Unterstützung leisten. Sie werde aber nicht gestatten, daß ihr Land für militärische Operationen gegen die RSA benutzt wird, und sei bereit, ihre Beziehungen zu ihrem südlichen Nachbarn in Form einer für beide vorteilhaften Zusammenarbeit auszudehnen.

Die Geschichte kennt keinen Fall eines friedlichen Übergangs von einem rassistischen Regime zu einem demokratischen in einem Land, das von mehreren Rassen bewohnt ist. In seinem ersten Stadium wurde der Befreiungskampf in Rhodesien mit Waffen geführt. Jetzt hat das aufgehört. Eine demokratische Regierung ist gebildet, und die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung sind geschaffen. Geführt von den nationalpatriotischen Kräften schlägt das Volk Simbabwes einen vielversprechenden demokratischen Weg ein. Um den jetzigen Waffenstillstand zu einem festen Frieden zu machen, wird die neue Macht viel Ausdauer aufbringen und sich sehr anstrengen müssen.

Ein zügiges Vorwärtskommen des Volks von Simbabwe bei der Gestaltung seines neuen Lebens wird in erster Linie von der Einheit und Geschlossenheit der patriotischen Kräfte, von ihrer Fähigkeit abhängen, sich gegen die Ränke der Imperialisten und der Rassisten zu behaupten.

Die weltpolitische Lage Simbabwes wird nicht nur dadurch bestimmt, daß es die RSA zum Nachbarn hat. Entscheidend ist der einmütige Beistand der afrikanischen „Frontstaaten" und der anderen Länder Afrikas sowie der sozialistischen Staaten und vieler nichtsozialistischer Länder der Welt. Zweifellos wird die junge unabhängige Republik in die OAU, in die Bewegung der Nichtpaktgebundenen und in die UNO aufgenommen werden.

Das Sowjetvolk freut sich aufrichtig darüber, daß sich das Volk Simbabwes vom rassistischen Regime befreit hat. Es wünscht ihm Erfolg bei der Konsolidierung seines souveränen Staates. In einem Glückwunschschreiben an die Führung der Patriotischen Front zu ihrem Wahlsieg hob Leonid Breshnew folgendes hervor: „Sie können überzeugt sein, daß sich die Sowjetunion ebenso wie in den schweren Jahren des Unabhängigkeitskampfes auch jetzt für die gerechte Sache des Volks von Simbabwe einsetzt und einsetzen wird."

Das Entstehen des unabhängigen Simbabwes mit einer patriotischen Führung bewirkt eine spürbare Veränderung im politischen Kräfteverhältnis im Süden des afrikanischen Kontinents. Es trägt dazu bei, die Positionen der RSA zu schwächen, und bringt den Tag näher, an dem Namibia befreit und das rassistische Regime in der RSA selbst gestürzt werden wird. Darin liegt seine weltpolitische Bedeutung und sein historischer Sinn. ■

NZ KOMMENTAR

NAHE POSITIONEN

Die Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen Vietnam—Indien zeigt beispielhaft, wie Beziehungen von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung im Geist der internationalen Entspannung gestaltet werden müssen. Gerade dieser Schluß wird in politischen Kreisen und in der Öffentlichkeit Indiens gezogen, wenn man Rückschau hält auf den offiziellen, Mitte April beendeten Freundschaftsbesuch der SRV-Regierungsdelegation unter Pham Van Dong, Mitglied des Politbüros des ZK der KPV und Premierminister der SRV-Regierung.

Die vietnamesischen Gäste wurden in Indien herzlich aufgenommen. Ebenfalls als herzlich bezeichnete die Presse die Atmosphäre, in der die Gespräche der führenden Politiker der beiden großen asiatischen Staaten verliefen, die aktiv in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen mitwirken.

Das beiderseitige Streben nach einer Vertiefung der Beziehungen fand seinen Niederschlag in den signierten Kooperationsabkommen für Wissenschaft, Technik und Kultur. Außer Delhi besuchten die Gäste Srinagar, die Hauptstadt des Bundesstaates Jammu und Kashmir, sowie Allahabad, die Heimat Nehrus.

Doch die Bedeutung des Besuchs der SRV-Regierungsdelegation geht über den Rahmen der bilateralen Beziehungen hinaus. Beide Länder genießen verdientes internationales Ansehen, auch und gerade in asiatischen Angelegenheiten. Sowohl Indien als auch Vietnam haben ihre bitteren Erfahrungen mit dem Großmachthegemonismus sammeln müssen.

Während des Indienbesuchs der vietnamesischen Delegation fand eine „Woche Asiens" statt. In ihrem Verlauf protestierte die indische Öffentlichkeit gegen die Verstärkung der US-Militärmacht im Indischen Ozean und gegen die Expansionsansprüche Pekings. Besorgnis über die Verschärfung der Lage auf dem Kontinent wurde auch bei den indisch-vietnamesischen Gesprächen bekundet. In der gemeinsamen Erklärung heißt es, daß es Indien und die SRV für notwendig erachten, die Festigung von Frieden und Stabilität in Asien zu fördern.

Die Gespräche haben gezeigt, daß beide Länder gemeinsame oder ähnliche Positionen zu vielen internationalen Fragen vertreten, darunter auch zu Afghanistan. Ein großer Beitrag zur Festigung der Freundschaft zwischen beiden Ländern wurde geleistet.

S. IRODOW
Eigenbericht

Delhi

IN KIEL WIE IN KÖLN

Die bundesdeutsche Justiz hat einen Prozeß eröffnet, der 18 Jahre (!) vorbereitet wurde. Die Staatsanwaltschaft von Kiel brauchte nicht lange zu suchen: Der Angeklagte war ständig vor ihren Augen, unmittelbar im Gerichtssaal.

SS-Obersturmbannführer Ernst Ehlers — seinerzeit Bevollmächtigter des Chefs der Schutzpolizei und des SD im besetzten Belgien und in Nordfrankreich und Offizier der „Einsatzgruppe B" in Belorußland — war in den Nachkriegsjahren Berater am Kieler Verwaltungsgericht. Ehlers ist verantwortlich für den Tod von Tausenden. An Ehlers ergingen Eichmanns Anweisungen, „den zu evakuierenden Juden vor dem Abtransport in keiner Weise irgendwelche beruhigenden Eröffnungen über den Ort und die Art ihrer bevorstehenden Verwendung zu machen".

Als disziplinierter SS-Mann verschwieg er seinen Opfern, was sie in Auschwitz erwartet. Jetzt aber hat das Gericht den Nachweis zu führen, daß Ehlers selbst gewußt hat, wohin die Transporte gingen und was man mit den Deportierten vorhatte. Sonst kann er freigesprochen werden.

Richterliche Objektivität? Wohl kaum. Kürzlich stritt bei einem Prozeß in Köln ein SS-Scherge seine Schuld ab, wobei er den „unwiderleglichen Beweis" erbrachte, daß in einem ihn schwer belastenden Dokument sein Nachname ja das erforderliche „h" nicht aufweist. Und so wurde dieses Dokument eben gerichtlich nicht gewürdigt und das Strafmaß herabgesetzt.

NS-Schergen und „wohlwollende" Richter stecken unter einer Decke. Jedesmal, wenn Naziverbrecher ihrer verdienten Strafe zuzuführen sind, wird Justitia von Blindheit geschlagen.

A. KOSSENKO

HOCH, HÖHER...

Das Schaubild aus dem US-Nachrichtenmagazin „Time" verdeutlicht die Inflationsraten in der Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien im Zeitraum 1979/80.

Die USA sind hier nicht erwähnt, obgleich die Einzelhandelspreise dort im Jahresschnitt jetzt um mehr als 18% steigen. Die „Time" konstatiert, Präsident Carter habe sein Antiinflationsprogramm mit dem Hinweis eing daß „die USA nic einzige Land sind, w gegen allen Erwar die Inflation stark gen ist". Für die Am ner aber ist das ein cher Trost.

Selbst offiziellen gaben zufolge ha die Inflation die Re künfte der städtische völkerung um 7% g dert.

P. ANDR

„Harte Männer"

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger gibt häufig und gern Interviews. Einer der letzten Korrespondenten, den Old Henry seiner Aufmerksamkeit für würdig fand, war der Ex-Premier Israels Yitzhak Rabin. Diesmal agierte Rabin als Korrespondent von „Yediot Achronot" (Tel Aviv), wo Kissingers Überlegungen Niederschlag fanden.

Kissinger ist „ernstlich beunruhigt". Worüber? Über den „Alptraum", zu dem sich das internationale Geschehen in den 80er Jahren entwickeln könne. Diesen „Alptraum" können „Kommunisten und Radikale aus der dritten Welt" heraufbeschwören, die, wie Kissinger sagte, „den Westen demütigen" wollten.

Und der Ausweg? „Wir Amerikaner müssen entschlossener, beharrlicher sein", meint der Ex-Außenminister.

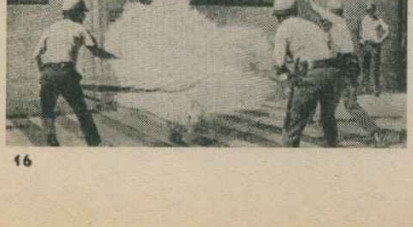
Dieses Rezept hat bereits die derzeitige Administration übernommen, die offenbar Kissingers Ratschläge sehr schätzt. Wozu das führt, zeigt ja die Lage am Persischen Golf. Ist ja wohlbekannt, daß gerade Old Henry als „alter Freund des Schahs" das seine getan hat, den amerikanisch-iranischen Konflikt zu schüren.

W. KSENIN

AUF MENSCHENJAGD







Die Menschheit ist seit den Zeiten, da man noch den Knüppel zur Jagd benutzte, weit vorangekommen. Doch die amerikanischen „Ordnungshüter" haben seit der Erfindung des Polizeiknüppels noch „größere Fortschritte" gemacht. Schon seit langem finden Waffen verschiedenen Kalibers, chromblitzende Handschellen und Tränengas Verwendung. Reihenaufnahmen aus der italienischen Zeitung „Giorno" zeigen als neueste Erfindung ein Netz. Das Opfer wird an die Wand gedrängt, mit „nicht tödlichem" Gas betäubt, dann wirft man ihm ein Netz über und schleppt es aufs Revier — derartige Menschenjagd ist einfacher als Fischfang.

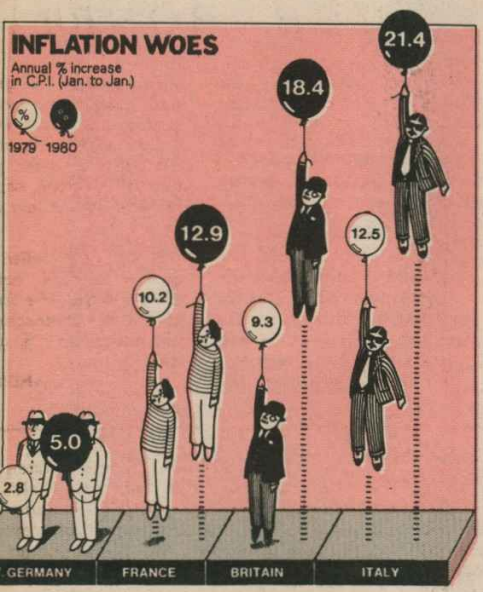
Doch vielleicht wird diese Neuheit der amerikanischen Polizei nicht gefallen. Ist es doch recht mühsam: Die Ordnungshüter ballern bislang lieber mit ihren Pistolen. In New York wurde ein schwarzer Schüler erschossen, weil ein „Ordnungshüter" glaubte, der Junge trage eine Pistole. Er war nicht gleich auf Anruf des Polizisten stehengeblieben, und jener schoß sein ganzes Magazin auf den Jungen ab.

Immer mehr Leute, die der Polizei irgendwie verdächtig erscheinen, werden



auf der Stelle „erledigt". Viele Bunde staaten stellen da traurige Rekorde auf - so auch Kalifornien. Das Foto aus „People World" (USA) zeigt eine Beerdigung. E Afroamerikaner aus dem kalifornische Los Angeles, den ein Polizist für eine Gangster gehalten hatte, wird zu Grab getragen. Netz und Gas werden gleichfal in Los Angeles für alle Fälle „erprobt" - wenn die Pistole einmal Ladehemmung ha

V. GRIBATSCHÓV



GEGEN GEWALTVERZICHT

Die US-Administration hat bereits wiederholt re Mitarbeit in verschiedenen internationalen rganisationen eingestellt mit dem Hinweis, daß ese Washington nicht genehme Beschlüsse fas-n.

1976 hatte die von der UNO-Vollversammlung erabschiedete Resolution „Für den Abschluß nes weltumspannenden Gewaltverzichtsvertra-es" die Unzufriedenheit des Weißen Hauses er-gt. Diese Resolution sollte zu einer konkreten ereinbarung in dieser Menschheitsfrage führen. ie Initiative war von der Sowjetunion ausge-angen, die von den meisten UNO-Mitgliedern abei unterstützt wurde.

Bei der Abstimmung über die Resolution ent-elten sich die USA der Stimme, weil sie mein-n, daß ihr Nein von der Weltgemeinschaft ent-hieden verurteilt worden wäre. Jetzt erklärte r US-Vertreter bei der UNO, die USA würden cht an der bevorstehenden Tagung des Sonder-usschusses zur Verstärkung der Wirksamkeit es Prinzips des Gewaltverzichts teilnehmen. eine Weigerung begründet Washington mit Hin-eis auf die UNO-Charta, die ja sowieso die An-rohung von Gewalt und deren Anwendung ächt. Doch in der Charta ist auch von der Mögchkeit die Rede, in Ausführung ihrer Artikel onkrete internationale Verträge und Abkommen schließen. Die Initiative für den Abschluß nes weltumspannenden Gewaltverzichtsvertra-es wird dem Geist der Charta voll gerecht.

Die jüngste Aktion Washingtons hat ihre Grün-. In seiner Außenpolitik setzt das Weiße Haus tzt auf Gewalt. Deshalb kann man die Weige-ung Washingtons, sich vertraglich zur Nichtan-endung von Gewalt zu verpflichten, nur als ersuch sehen, die „Politik der Stärke" ungestört verfolgen.

V. NATALJIN

BANANEN-STRATEGIE

Die Militärjunta von Honduras meint, es sei höchste Zeit, daß diese Bananenrepublik Herrscherin der Meere wird. Doch Flugzeugträger hat man noch nicht bestellt. Für den Anfang kaufte die Junta der Zeitung „La Prensa" (Honduras) zufolge fünf Torpedoboote von Israel. Nun verlangt das Oberkommando der Kriegsmarine neue Anschaffungen. Die Strategen aus Tegucigalpa haben errechnet, daß Honduras 64 Torpedoboote benötige!

Woher soll ein Land, das nach seinem Nationaleinkommen an vorletzter Stelle in Lateinamerika (nur noch vor Haiti) liegt, das Geld für so teure Rüstungsgüter nehmen? Werden nicht sogar die erwähnten fünf Torpedoboote letztlich mit Bananen schießen müssen?

Washington hat der Junta einige Millionen Dollar versprochen, der Restbetrag aber muß dem mageren Nationalhaushalt abgeknapst werden.

Wozu braucht Honduras, das von niemandem bedroht wird, derartige Waffen? Die Regierung von Tegucigalpa dürfte da keine Antwort wissen. Wer fragt sie auch schon?! Washington hat eben befohlen. Pentagon-General Schweizer, der kürzlich Honduras in geheimer Mission besuchte, verlangte von der Junta, eine „regionale Rolle" zu übernehmen und den verjagten nikaraguanischen Diktator Somoza als Gendarm in Mittelamerika zu ersetzen. Befehl ist Befehl, da muß man zur Not auch mit Bananen schießen!

W. TSCHIRKOW

Was Jean vom Krieg weiß

Den Geschichtsbüchern für die Oberklassen der französischen Mittelschule zufolge fast nichts.

So ist in dem 600-Seiten-Wälzer „Die Welt von heute" (Verfasser — J. Bouillon, P. Sorlin, J. Rudel) der Résistance nur eine Seite gewidmet. Ebensowenig findet sich auch in anderen Lehrbüchern über den französischen Widerstand. Von den Untaten der Hitlerfaschisten, von Auschwitz, Buchenwald und Oradour, vom Völkermord, von den Folterungen der Gestapo und der Vichy-Polizei, von den Todesfabriken erfährt man wenig oder nichts.

Kein Wort über die Heldentat von Oberst Fabien, der in der Pariser Metro einen Hitleroffizier erschoß, kein Wort über die Hinrichtung von de Gaulles Mitstreiter d'Orves, über die Erschießung der Häftlinge im Lager Châteaubriant oder über den heroischen Kampf der französischen Kommunisten gegen die Besatzer.

Die meisten Schulbücher sprechen vom Mut der sowjetischen Soldaten, doch nirgends findet sich ein Hinweis auf die entscheidende Rolle der UdSSR bei der Zerschlagung des Faschismus, nirgends wird gesagt, welchen Preis das Sowjetvolk für den Sieg, für ein Leben in Frieden zahlen mußte.

Mehr als 20 Millionen sowjetische Menschen sind gefallen, kamen bei Bombenangriffen um, wurden von den Besatzern erschossen oder in den KZs zu Tode gequält. 1710 Städte und Ortschaften, mehr als 70 000 Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. 32 000 Industriebetriebe wurden vernichtet, an die 100 000 Kolchosen und Sowchosen ausgeplündert... Selbst die USA, Großbritannien und Frankreich zusammengenommen hat der Sieg nicht so viel gekostet wie die UdSSR. Doch aus seinen Schulbüchern erfährt Jean nichts davon.

Offenbar wollen die Schulbuchautoren nicht, daß sich die junge Generation ein objektives Bild von den sowjetischen Menschen, von ihrer unerschütterlichen Friedensliebe machen kann. Das stünde ja im Widerspruch zu den Legenden vom kalten Krieg, die die „große Presse" tagtäglich verbreitet.

L. NIKOLAJEW

EXPEDITIONSKORPS DES IMPERIALISMUS

Nikolai JERMOSCHKIN, Oleg IWANIZKI

Vom 22. bis zum 25. April tagt in Belgrad eine Weltgewerkschaftskonferenz für Entwicklung. Die Anregung dazu ging vom Bund der Algerischen Werktätigen, von der französischen CGT, von der Französischen Demokratischen Arbeitskonföderation, von den drei zum Einheitsverband der Gewerkschaften Italiens gehörenden Gewerkschaftsbünden und von der Gewerkschaftsliga Jugoslawiens aus.

In Diskussionen über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der frei gewordenen Länder konstatieren die Gewerkschaften immer nachdrücklicher, daß der Kampf gegen die Politik der multinationalen Konzerne, der Multis, die wichtigste Voraussetzung dafür ist. Wir schrieben bereits über die unheilvolle Rolle der Multis in der Welt von heute (z. B. in Heft 14/80 in dem Beitrag von G. Baschirowa „Die Reichen reicher, die Armen ärmer"). Hier weiteres zu dem aktuellen Thema.

Immer eingehender beschäftigt sich die Weltöffentlichkeit damit, wie die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit mancher Länder überwunden werden kann und daß in den Weltwirtschaftsbeziehungen für Gleichberechtigung gesorgt werden muß. Und das ist kein Zufall. Das vergangene Jahrzehnt hat eindeutig gezeigt, daß die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ohne eine wirtschaftliche Selbständigkeit nicht wirklich unabhängig sein können. Der Imperialismus tut alles, um die Privilegien zu behalten, die er bei dem ganz anderen Kräfteverhältnis in der Welt von gestern besaß. Wo man auch immer auf die Probleme der Entwicklungsländer zu sprechen kommt — ob in der UNO, auf Weltwirtschaftskonferenzen, in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen oder in den nichtstaatlichen Landes- und Weltorganisationen —, ein Hauptthema ist immer der Widerstand gegen die Multis.

Im Blickpunkt: die Multis

Besonderes Interesse für das Gebaren der Multis zeigen die größten Organisationen der Werktätigen, die Gewerkschaften. Im Kampf gegen die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit junger Staaten nimmt der Weltgewerkschaftsbund, der WGB, einen grundsätzlichen und konsequenten Klassenstandpunkt ein. Er verficht radikale soziale und wirtschaftliche Umgestaltungen in den Entwicklungsländern, an denen sich die Werktätigen und ihre Organisationen tatkräftig beteiligen sollen.

Der Internationalen Arbeitskommission für die Bekämpfung der Multis steht beim WGB der angesehene französische Gewerkschafter Pierre Baghi, der Generalsekretär des Internationalen Metallurgenverbandes, vor. Seit 15 Jahren wurden auf Initiative des WGB mehrere repräsentative Treffen veranstaltet und wurde dort der Standpunkt der Gewerkschaften zu Aspekten der wirtschaftlichen Entwicklung formuliert wie dem Welthandel, den internationalen Wirtschaftsverbindungen, dem verbrecherischen Vorgehen der Monopole, der Rolle des staatlichen Sektors in der Wirtschaft der Entwicklungsländer, der Ausbildung von Arbeitskräften usw. In einem Dokument des 9. Weltgewerkschaftskongresses (1978) heißt es z. B.: „Der Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung ist im Grunde genommen ein Kampf für eine internationale demokratische Alternative zu der auf Ungleichheit beruhenden internationalen Arbeitsteilung, die die Multis entgegen den Interessen der Werktätigen und der Völker in den Entwicklungsländern zur bleibenden Erscheinung machen wollen." Als demokratische Alternative zur Oberherrschaft des Weltkapitals hat der Kongreß den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungs- und den sozialistischen Ländern bezeichnet.

Multinational werden die mächtigsten und raffigierigsten Monopole genannt. Es sind verhältnismäßig wenige, rund 250, sie haben aber enormen Einfluß. Ihre mehr als 50 000 Zweigstellen haben die ganze kapitalistische Weltwirtschaft umstrickt. In ihren Auslandsbetrieben sind 13—14 Millionen Personen beschäftigt, mehr als ein Land wie die BRD Arbeiter hat. Besonders aber ist die Wirtschaft von Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von ihnen abhängig. Größer als das Nationaleinkommen der meisten Entwicklungsländer sind die Jahresumsätze von General Motors, Dunlop Pirelli, Chrysler, Exxon, Royal Dutch Shell, ITT, IBM, British Petroleum, Philips, Mitsubishi, Volkswagen u. a.

Das von den Multis aufgezogene System zur Plünderung der Naturschätze Asiens, Afrikas und Lateinamerikas funktioniert so, daß den Entwicklungsländern nur ein Zehntel des Marktwerts der Waren zufällt, die aus diesen Ländern auf den Weltmarkt kommen. Kein Wunder, daß dieses „Expeditionskorps" des Imperialismus bei den jungen Staaten verrufen ist. Selbst die US-Zeitschrift „Time" mußte einmal folgendes zugeben: „Vielleicht mit Ausnahme der CIA hat keine einzige amerikanische Schöpfung in der Welt soviel Unmut, Argwohn und Kritik ausgelöst wie der multinationale Konzern."

In der Gewerkschaftspresse hieß es wiederholt, daß die Multis ihre Plünderung frei gewordener Länder mit humanen Beweggründen beschönigen. Sie behaupten, ihre Investitionen sollen die jungen Staaten industrialisieren helfen. In Wirklichkeit investieren sie aber nur in Branchen, in denen das Kapital schnell umläuft. Außerdem „beehren" sie nur Entwicklungsländer, in denen eine besonders hohe Profitrate erzielt werden kann.

Teile und herrsche

Außer mit der Gewinnung und Verarbeitung sowie mit dem Export von Rohstoffen befassen sich die Multis in Asien, Afrika und Lateinamerika auch ausgiebig damit, eine sogenannte importersetzende Produktion für den Binnenmarkt aufzuziehen, aber so, daß sie nirgends einen abgeschlossenen Zyklus bildet. In jedem Land wird eigentlich eine einzelne, von Zulieferungen abhängige Betriebsabteilung gebaut. Das verringert die Gefahr einer Verstaatlichung. Sollte ein derartiger Betrieb mit unfertigem Produktionszyklus dennoch verstaatlicht werden, so bliebe er trotzdem von seinen früheren Besitzern abhängig. Außerdem bindet diese „multinationale" Organisierung der Produktion die einheimische Bourgeoisie an das Auslandskapital und versetzt sie in Abhängigkeit zum Auf und Ab des kapitalistischen Weltmarktes. Zugleich sichern sich die Multis gegen eine soziale Gefahr ab: Dadurch, daß sie die Produktion über mehrere Länder verteilen, beuten sie deren Arbeiter aus und erschweren es ihnen, geschlossen gegen die ausländische Ausbeutung vorzugehen.

Sämtliche von Gewerkschaftsbünden angestellte Untersuchungen ergeben, daß das Auslandskapital seine hohen Profite aus der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte bezieht. Bei der enormen Arbeitslosigkeit und dem niedrigen Lebensstandard in den Entwicklungsländern setzen die Multis minimale Löhne fest. Die Leitung des Volkswagen-Konzerns z. B. hat offen

zugegeben, daß in Brasilien in ihren Betrieben auf jeden freien Arbeitsplatz 120 Bewerber kommen. Dem Allindischen Gewerkschaftskongreß zufolge verdient ein Arbeiter in einem Betrieb der Multis höchstens 10% vom Lohn des amerikanischen Arbeiters, und das bei einem längeren Arbeitstag. Seine Erzeugnisse aber werden auf dem Binnenmarkt oder im Westen zu denselben Preisen wie in den USA verkauft. Im Januar schrieb die Wochenschrift „France Nouvelle", daß der Stundenlohn, den französische Monopole für den Zusammenbau elektronischer Geräte in Malaysia und Südkorea zahlen, 60 Centimes, auf Taiwan 1 Franc und in Singapur 3,70 Franc beträgt, dagegen 30 oder sogar 40 Franc in Frankreich, Spanien und der BRD.

Mit ihrer wirtschaftlichen Macht und ihrer geographischen Ausdehnung wächst auch der politische Einfluß der Konzerne. Das „Expeditionskorps" des Monopolkapitals dient eifrig den außenpolitischen Zielen des Westens. Aus Geheimfonds finanzieren die Multis konservative Gruppierungen in den Entwicklungsländern, bestechen manchmal namhafte Politiker und lassen auch den Massenmedien etwas zukommen. Wenn das alles nicht zieht, scheuen sie auch vor Komplotten, Militärputschen, vor einer Destabilisierung und Untergrabung der Wirtschaft nicht zurück.

Angriff auf die Souveränität

Die Gewerkschaftspresse stellt fest, daß das westliche Großkapital immer wieder lokale Gesetze übertritt. Keine Seltenheit sind Konflikte zwischen souveränen Regierungen und den Multis, weil diese Exterritorialität beanspruchen, Kapital und Gewinne ausführen und Steuern hinterziehen. Ein Kontrollieren der Multis ist dadurch erschwert, daß sie außerhalb der Länder, in denen sich ihre Leitungen befinden, Waren produzieren, deren Wert doppelt so groß wie der des Warenverkehrs zwischen den Industrieländern ist. Der kapitalistische Welthandel besteht jetzt zum großen Teil aus gegenseitigen Lieferungen der Zweigstellen von Multis. Um die Konkurrenten zu erdrücken, verhindern sie, daß ein Staat im Ausland die zum Ausbau der einheimischen Produktion benötigten Kredite und Darlehen bekommt. Oder Multis vereinbaren mit anderen Multis, einem solchen Staat die Lieferungen zu sperren.

In einem Kommentar zu der vor kurzem in Delhi abgehaltenen 3. UNIDO-Generalkonferenz stellte der WGB fest, sie sei gescheitert, weil es die imperialistischen Staaten „kategorisch ablehnten, auch nur die bescheidensten Forderungen der Entwicklungsländer zu erörtern". Und weiter: „Die Regierungen der imperialistischen Länder behaupten, zum Schaffen von Arbeitsplätzen für Millionen Arbeitslose in den Entwicklungsländern kein Geld zu haben, während sie Geld genug haben, um die Wirtschaft dieser Länder zu untergraben."

Die größten Monopole besitzen einen mächtigen Gewaltapparat, eine eigene Polizei und einen eigenen Spionagedienst. Sie benutzen sie ausgiebig zum Unterdrücken von Aktionen der Werktätigen und zur Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer. Der Spionagedienst der General Motors allein hat einen ebenso großen Etat wie der Sicherheitsdienst Frankreichs. Deshalb wird über die politische Betätigung der Multis seit einigen Jahren in der Internationalen Arbeitsorganisation, im Wirtschafts- und Sozialrat und in anderen Organen der UNO debattiert. In einem Bericht der UNO wurden ausdrücklich politische Einmischungen der Multis verurteilt, mit denen diese einen Sturz der Regierungen in Ländern provozieren wollten, in denen sie sich eingenistet haben, um andere einzusetzen oder dafür günstige innere und äußere Situationen herbeizuführen.

Die internationale Arbeiterklasse erkennt die Gefahr, die die militärischen Abenteuer des Imperialismus für den Frieden und für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt darstellen. Immer aktiver treten die Gewerkschaften verschiedener Regionen der Welt gegen den Kurs auf, der darauf ausgerichtet ist, die internationalen Spannungen zu erhöhen und das Wettrüsten zu forcieren.

Die Ideologen und Politiker der Bourgeoisie von heute tun ihr Möglichstes, um das Gebaren des Auslandskapitals in Asien, Afrika und Lateinamerika zu beschönigen. Sie preisen „die Beisteuer der Monopole" zur Entwicklung der jungen Staaten. Auch die Obermacher der Multis stellen ihr Licht nicht unter den Scheffel. So äußerte der Manager Liotard-Vogt vom Nestlé-Konzern, nur große multinationale Konzerne könnten bei der Industrialisierung der Entwicklungsländer bahnbrechend sein, und sein Kollege Marchandise von dem französischen Konzern Péchiney-Ugine-Kuhlmann sieht in den Multis nicht weniger als „den ausschlaggebenden Faktor des Fortschritts".

Anpassungsstrategie

In der bürgerlichen Presse würde man Worte wie Ausbeutung oder Neokolonialismus vergebens suchen, sie schreibt nur über die Probleme von Nord und Süd, von reichen und armen Ländern. Mit dieser Vertauschung der Begriffe will sie den Zusammenhang zwischen dem modernen staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Imperialismus aus der Kolonialzeit vertuschen, der das Fundament für die jetzige Ungleichheit des industriellen Westens und der Entwicklungsländer legte. Der Imperialismus sucht sich der Verantwortung für die Zurückgebliebenheit der jungen Staaten zu entziehen und sich vor Maßnahmen gegen deren vom Kolonialismus verschuldete wirtschaftliche und soziale Zurückgebliebenheit zu drükken.

Die Ideologen des Neokolonialismus benötigen die Begriffspaare „Nord und Süd" oder „Reich und Arm" zu einem Versuch, für die Zurückgebliebenheit der Entwicklungsländer auch die sozialistischen Staaten verantwortlich zu machen und zwischen die in antiimperialistischer Solidarität verbundenen sozialistischen Staaten und Entwicklungsländer einen Keil zu treiben. Aber immer mehr Völker erkennen, daß die sozialistische Ländergemeinschaft ein treuer Verbündeter der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas in ihrem Kampf für die restlose Befreiung von der Unterdrückung und Ausbeutung war, ist und bleibt. Sie verficht das Programm für eine Abänderung der Weltwirtschaftsbeziehungen, denn seine auch nur teilweise Ausführung wäre ein Erfolg der Völker, ein starker Ansporn im Kampf gegen den Imperialismus.

Die Weltgewerkschaftsbewegung, die sich immer energischer dafür einsetzt, daß die wirtschaftliche Zurückgebliebenheit der Entwicklungsländer überwunden wird, ist sich darüber klar, daß die Wirksamkeit dieser Aktionen vor allem von der Aktionseinheit und von der richtigen Wahl der Hauptkampfrichtung abhängt. In den letzten Jahren legt die Gewerkschaftsbewegung klar und deutlich diese Richtung fest. Sie besteht darin, dem unkontrollierten Schalten und Walten der Multis Einhalt zu gebieten.

Ein gemeinsames Programm der Gewerkschaften verschiedener Länder für den Kampf gegen die Multis liegt im Lebensinteresse der Werktätigen der frei gewordenen Länder. Es wird ein gewichtiger Beitrag zum Gelingen des von der UNO angesagten dritten Entwicklungsjahrzehnts sein. ■

Der Kompaß von Bandung

Andrej KNJASEW

„Ich drehte mich um und erblickte einen schrecklichen Brand auf dem Wasser. Vor mir war ein riesiger Feuerring. Zum dunkelwerdenden Abendhimmel züngelten rote Flammen."

Diese Worte stammen von einem der drei wie durch ein Wunder überlebenden Mitglieder der Besatzung des indischen Flugzeugs „Prinzessin von Kashmir". An Bord der Maschine befand sich eine Gruppe asiatischer Diplomaten, die zur ersten Gipfelkonferenz der vom Kolonialismus befreiten afro-asiatischen Länder im April 1955 nach Indonesien fliegen wollten. Wie sich später erwies, geschah die Flugzeugkatastrophe durch die Explosion einer Bombe, die imperialistische Agenten gelegt hatten. Diese Diversion war nur eine von den zahlreichen tückischen Aktionen, die der internationale Imperialismus unternahm, um das Treffen der Führer der jungen Staaten Asiens und Afrikas zu vereiteln. Vergeblich! Die Konferenz fand vom 18. bis 24. April 1955 in Bandung statt.

Womit ist der Widerstand der internationalen Reaktion gegen die Konferenz von Bandung zu erklären? Vor allem mit dem Bestreben, die Konsolidierung der Völker auf antiimperialistischer, antikolonialistischer Grundlage zu verhindern. Die Imperialisten sahen nicht ohne Grund in dem Treffen von Bandung die erste große Äußerung der afro-asiatischen Solidarität. Dieses Forum bestätigte die Voraussage Lenins aus dem Jahre 1919: „Auf die Periode des Erwachens des Ostens folgt in der gegenwärtigen Revolution die Periode, in der alle Völker des Ostens die Geschicke der ganzen Welt mitentscheiden, in der sie aufhören, nur ein Objekt der Bereicherung zu sein. Die Völker des Ostens erwachen, um praktisch zu handeln und damit jedes Volk das Schiksal der ganzen Menschheit mitbestimmt."

29 Länder Asiens und Afrikas, von denen die meisten nach langem beharrlichem Kampf mit den Kolonialherren ihre nationale Freiheit erlangt hatten, sandten vor einem Vierteljahrhundert ihre Führer nach Bandung, um ihre Anstrengungen zur Gewährleistung des Friedens und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit zu vereinigen.

Erinnert sei an die schwierige Weltlage damals. Obwohl die Kolonialmächte ihre Positionen in vielen Gebieten Asiens verloren hatten, besaßen sie immer noch weite Gebiete, vor allem in Afrika. Die imperialistischen Mächte mit den USA an der Spitze versuchten, das politische Schicksal der jungen Staaten zu beeinflussen und wollten sie in ein System aggressiver Militärblöcke einbeziehen. Sie unternahmen auch direkte militärische Interventionen, u. a. in Indochina. Der Westen wollte die wirtschaftliche Rückständigkeit der unlängt frei gewordenen Länder und die zwischen ihnen bestehenden Streitfragen, die ein Erbe des Kolonialismus waren, ausnutzen. Schließlich wandte man Mittel an, wie die Bombe im Flugzeug „Prinzessin von Kashmir".

Allein das Treffen der Führer der Staaten Asiens und Afrikas ist nach den Worten Jawaharlal Nehrus, ein Organisator und Initiator der Konferenz, ein „großer Erfolg, die Geburtsstunde eines neuen Asiens und eines neuen Afrikas... In Bandung betraten die Länder den politischen Weltschauplatz, deren Bevölkerung mehr als die Hälfte der Menschheit ausmacht."

Als es dem Westen nicht gelang, die Konferenz zu vereiteln, versuchte er, deren antiimperialistische Tendenz abzuschwächen. Über Verbündete aus den militärpolitischen Blöcken, die an dem Treffen teilnahmen, strengten sich die westlichen Mächte an, die Idee einer friedlichen Koexistenz auszuhöhlen und die Konferenz von der Erörterung aktueller Probleme des Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialherrschaft abzubringen. Sie versuchten auch die Frage eines „sowjetischen Kolonialismus" in die Tagesordnung zu schmuggeln.

Die übergroße Mehrheit der Konferenzteilnehmer bewies jedoch politische Reife und Weitsicht. Sie erteilten allen Diversionen, die unternommen wurden, um das Treffen in eine falsche Richtung zu lenken und die Konsolidierung der antikolonialistischen Kräften zu stören, eine entschiedene Abfuhr.

In dem einmütig gebilligten Schlußkommuniqué wurde das Bestreben verankert, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Handel und Kultur zu erweitern und einander womöglich Hilfe zu leisten. In Bandung wurde das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen gutgeheißen und Rassismus sowie „Kolonialismus in all seinen Formen als Übel verurteilt, das schnell unterbunden werden muß". Die Konferenz sprach

Der Stahl fließt

Das bürgerliche Vorkriegspolen erzeugte jährlich 1,5 Mio t Stahl.

In den ersten Nachkriegsjahren war die Pro-Kopf-Produktion so groß wie 1881 in England. Der junge Volksstaat ging daran, sich eine große Metallurgiebasis aufzubauen. Die Hilfe, die Polen dabei von der Sowjetunion erwiesen wurde, gehört zur Erfüllung des sowjetisch-polnischen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, dessen 35. Jahrestag die Völker unserer Länder am 21. April begehen.

Vor 25 Jahren wurde in dem alten Hüttenwerk „Bobrek" in Bytom eine große Blockstraße in Betrieb genommen. Die Ausrüstungen dafür bestellte die polnische Regierung in den USA und zahlte bei der Firma an. Als es aber ans Liefern gehen sollte, lösten die Amerikaner von sich aus den Vertrag (keine Seltenheit im kalten Krieg). Daraufhin wurden die Anlagen für „Bobrek" in beispiellos kurzer Zeit in der Maschinenfabrik Nowokramatorski gebaut.

Vor gut 30 Jahren wurde in Polen beschlossen, ein Werk mit einer Jahresleistung von 700 000 t Stahl zu errichten. Vielen schien das Phantasterei zu sein, denn man hatte weder Erfahrungen mit dem Bau so großer Betriebe noch Fachleute, noch die wissenschaftliche Basis. Das Projektierungsinstitut Gipromes in Moskau wurde um Rat gebeten.

„700 000 t sind zu wenig", sagten die sowjetischen Fachleute. „Wenn der Betrieb eine Zukunft haben soll, muß man gleich auf 1,5 Mio t Stahl im Jahr gehen."

1949 wurde am Stadtrand von Kraków mit dem Bau des Kombinats begonnen. Heute werden in Nowa Huta (so heißt die Stadt der Metallurgen) im Lenin-Hüttenkombinat 6,5 Mio t Stahl im Jahr

sich für eine allgemeine Abrüstung, für ein Kernwaffenverbot und für die Auflassung fremder Basen auf dem Territorium souveräner Staaten aus. Obwohl seitdem 25 Jahre vergangen sind, läßt sich mit vollem Recht sagen, daß alle diese Beschlüsse bis heute nichts an Aktualität verloren haben.

Das wichtigste Ergebnis war die „Deklaration zur Förderung des allgemeinen Friedens und der Zusammenarbeit", worin die 10 Prinzipien für friedliche Beziehungen zwischen den Staaten verankert sind:

— Achtung der Grundrechte des Menschen und der UNO-Charta;

— Achtung der Souveränität und territorialen Integrität aller Nationen;

— Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und Nationen, ob groß oder klein;

— Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder;

— Achtung des Rechts jeder Nation auf individuelle und kollektive Verteidigung in Übereinstimmung mit der UNO-Charta;

— Verzicht auf die Ausnutzung dieses Rechts im Sonderinteresse von Großmächten und Verzicht eines jeden Landes auf die Ausübung von Druck auf andere Länder;

— Verzicht auf Aggressionsakte oder -drohungen oder den Gebrauch von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder die Unabhängigkeit irgendeines Landes;

— Lösung aller internationalen Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln entsprechend der UNO-Charta;

— Förderung der gegenseitigen Interessen und der Zusammenarbeit;

— Achtung der internationalen Verpflichtungen.

„Asien und Afrika zu einem Kontinent des Friedens und der Zusammenarbeit zu machen, das war der Sinn der 10 Prinzipien der historischen Konferenz von Bandung", sagte Leonid Breshnew in einer Rede vom November 1974 in Ulan-Bator.

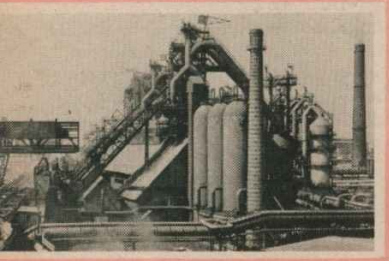
Das Forum von Bandung war ein wichtiger Markstein bei der Entwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, zu der heute über 90 Staaten gehören und die einen wichtigen positiven Faktor im System der internationalen Beziehungen darstellt. Die Konferenz sprach sich eindeutig gegen die Pläne der Imperialisten aus, die ehemaligen Kolonien in ihre militärisch-politischen Reserven umzuwandeln.

Auch nach Bandung ist die Reaktion darauf aus, den jungen Staaten ihren Willen aufzuzwingen; sie greift zu Terror und Verschwörungen, zu Demonstrationen militärischer Macht und bewaffneter Einmischung.

In den letzten Jahren unterstützten die Pekinger Hegemonisten die Anstrengungen des Imperialismus, die Solidarität der afro-asiatischen Staaten zu untergraben, in nicht geringem Maße. Sie verrieten nicht nur die Prinzipien von Bandung, sondern starteten auch Aggressionen gegen Anrainerstaaten, von denen viele, ebenso wie China, auch an der Konferenz teilgenommen hatten. Erinnert sei an die Aggression gegen Indien im Himalaja im Jahre 1962 und an den räuberischen Überfall auf Vietnam 1979. China organisiert und unterstützt finanziell die seperatistischen Bewegungen in einigen Anrainerstaaten, bildet konterrevolutionäre Banden aus und bewaffnet sie für den Kampf gegen die Demokratische Republik Afghanistan. Peking hat sich faktisch mit dem amerikanischen Imperialismus im Kampf gegen die Befreiungsbewegungen zusammengetan.

Die UdSSR und alle Staaten der sozialistischen Gemeinschaft helfen den jungen Staaten, den aggressiven Plänen des Westens und Chinas Widerstand zu leisten.

Das Vierteljahrhundert, das seit April 1955 vergangen ist, hat die Aktualität der Prinzipien von Bandung bestätigt. Sie sind auch heute von Bedeutung für die Festigung des Weltfriedens, für die Gewährleistung der unabhängigen Entwicklung und der Sicherheit der Völker. Im Kampf der friedliebenden Kräfte in den Entwicklungsländern sind die Ideen von Bandung richtungweisend. ■



erschmolzen, und man denkt schon an mehr.

Mit dem Stahl aus Nowa Huta konnte Polen im Schiffbau unter die führenden Staaten der Welt aufrücken, Turbinen mit 200—500 MW Leistung bauen, in vielen Ländern Zucker- und Schwefelfabriken sowie Kraftwerke errichten. Dennoch brachten Modernisierung der Industrie, Entwicklung der Landwirtschaft und stürmischer Wohnungsbau, kurz alles, was zum beschleunigten sozialökonomischen Fortschritt gehört, in den 70er Jahren einen akuten Metallmangel. Damals importierte Polen jährlich an die 3 Mio t Erzeugnisse der Fe-Metallurgie, Metallmangel hätte die weitere Entwicklung der Wirtschaft hemmen können. Deshalb mußte in aller Eile ein weiteres Hüttenwerk gebaut werden.

In Katowice wurde ein Kombinat mit 4,5 Mio t Jahresleistung in Angriff genommen. Das Projekt war so angelegt, daß die Leistung des Betriebes später auf 9 Mio t gebracht werden konnte. Seit man Nowa Huta hatte, wunderte sich niemand mehr über diese Zahl.

Viele Polen, die vor 30 Jahren ihren Berufsweg in Nowa Huta begannen und von sowjetischen Fachleuten lernten, entwarfen und bauten den Riesen in Katowice und bildeten nun selbst Arbeiter und Studenten aus. Die sowjetischen Fachleute berieten nur noch und wiesen an den Anlagen aus sowjetischen Betrieben ein. Zulieferer gab es an die 200, unter ihnen das berühmte „Uralmasch", „Elektrosila" in Leningrad und der Schwermaschinenbaubetrieb in Shdanow.

Beim Einbau des Konverters empfahl Ingenieur Nikolai Rakow von „Asowstal" ein neues, sehr zeitsparendes Montageverfahren. Als der Konverter stand, konnte Rakow daran in Riesenlettern, von polnischen Freunden geschrieben, seinen Namen lesen.

Auf der Kundgebung anläßlich der Inbetriebnahme der ersten Baustufe des Kombinats sprach der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, von der gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Polen und nannte das Wohlwollen, die Sicherung für beide Seiten günstiger Termine und Baubedingungen sowie die kameradschaftliche Hilfe besonders wertvoll.

Die Sowjetunion hat in Bulgarien, Ungarn, der DDR, Rumänien und der ČSSR beim Bau großer Hüttenwerke geholfen. Sie selbst erhielt aus den Bruderländern Walzwerkausrüstungen. Dadurch erzeugen die RGW-Länder heute rd. ein Drittel allen Stahls in der Welt, 60% mehr als die Länder des Gemeinsamen Marktes.

O. LAINE

NACH DER KRISE

Enzo ROGGI (Rom)

Die 39. Regierung der Italienischen Republik, die Koalitionsregierung Cossiga (Christdemokraten, Sozialisten und Republikaner), wurde nach einer kurzen und nicht sehr dramatischen Krise gebildet. Anders als das vorige Kabinett hat sie im Parlament eine (nicht sehr große) Mehrheit.

Das könnte den Eindruck erwekken, Italien habe endlich — nach der Formel Linke—Zentrum — zur politischen Stabilität gefunden. Nichts falscher als das. Die Hauptprobleme in der Führung des Landes sind noch immer ungelöst. Noch immer steckt die Democrazia Cristiana (DC) in einer tiefen Krise, und der alte Block der gemäßigten und der konservativen Kräfte ist am Zerfallen. Nicht von ungefähr stehen die Sozialdemokratische und die Liberale Partei außerhalb der Regierung, ja in Opposition zu ihr.

Das Problem einer Teilnahme aller linken Kräfte Italiens an der Regierung bleibt offen. Das neue Kabinett betrachtet sich nicht als provisorisch, gibt jedoch seine Absicht bekannt, zu einer breiteren Allianz der politischen Kräfte und zur Schaffung festerer Regierungskoalitionen beizutragen. Schon jetzt beginnt hinter den Kulissen ein Kampf der Regierungsparteien darum, wie eine solche Koalition zu festigen sei, von rechts oder von links.

Um die Ursachen der Unsicherheit zu verstehen, die schon zur Zeit der Bildung der Regierung Cossiga aufkam, muß man in aller Kürze an die letzten fünfzehn Monate erinnern.

Im Januar 1979 beschloß die Italienische KP, aus der Parlamentsmehrheit, die sich für die Regierung Andreotti einsetzte, auszutreten. Die IKP begründete das damit, daß das Neue am Regierungsprogramm nicht realisiert wurde. Immer offener wurde versucht, die Verantwortung für die Mißerfolge auf die Kommunisten abzuschieben, obwohl der wirkliche Grund die Sabotage der konservativen Kräfte war.

Nach zahlreichen ergebnislosen Versuchen, eine neue Parlamentsmehrheit sowie eine Regierung ohne die IKP zu bilden, wurde das Parlament aufgelöst. Das Ergebnis der vorfristigen Wahlen war für die Linken eher negativ. Trotzdem konnten die Rechte-Zentrum-Parteien nicht siegen. Die Presse schrieb von „Wahlen ohne Sieger".

Von Juni bis August 1979 gingen die Versuche weiter, eine Regierungskoalition zusammenzuzimmern. Schließlich entstand eine Regierung der Christdemokraten, Liberalen und Sozialdemokraten, die es zu einem Vertrauensvotum bringen konnte, und zwar infolge der neutralen Haltung der Sozialisten und Republikaner im Parlament. Auf diese Weise kam das erste Kabinett Francesco Cossigas, eines Vertreters der linken katholischen Kreise, zustande. Es nannte sich eine „Waffenstillstandsregierung", erklärt es zu seiner wichtigsten Aufgabe, zur Wiederherstellung der Politik der nationalen Solidarität beizutragen.

In den sieben Monaten dieser Regierung kam der Dialog zwischen den Parteien jedoch keinen Schritt weiter. Gewisse verantwortungslose Entscheidungen des Kabinetts (vor allem die Annahme des USA-Plans, in Italien und anderen westeuropäischen Ländern neue nukleare Mittelstreckenraketen unterzubringen), die skandalösen Bestechungsaffären, in die Politiker der DC und anderer Parteien verwickelt waren, verminderten noch die Aussichten der Regierung auf breite Unterstützung.

Im Mittelpunkt der politischen Diskussionen blieb die Weigerung der Christdemokraten, die Kommunisten in die Regierung aufzunehmen. Zwar versuchte die DC, die Kommunisten zur Ausarbeitung des Programms und zur Bildung der Parlamentsmehrheit heranzuziehen, aber weiter reichte die DC-Liebe auch nicht. Für die IKP als Partei, die bei den Wahlen über ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigt, war das absolut unannehmbar. Der Dünkel und die Unnachgiebigkeit der DC stießen bei den Sozialisten nicht auf energische Einwände, wenn sie sich im Prinzip auch nicht gegen eine Mitwirkung der Kommunisten an der Regierung aussprachen.

Trotz des „Waffenstillstands" zwischen den Parteien spitzte sich die Lage im Lande weiterhin zu. Im Februar d. J. kam es zu zwei Ereignissen, die die Regierungskrise einleiteten. Das waren der XIV. DC-Kongreß und der Beschluß der Sozialistischen Partei, ihre Einwilligung in eine Regierungskoalition mit den Christdemokraten bekanntzugeben.

Wir wollen ausführlicher darauf eingehen.

Der DC-Kongreß schloß damit, daß die Gruppe der Moro-Anhänger aus der Leitung verdrängt wurde. Dem DC-Landesrat stehen erneut Vertreter der konservativen Strömungen vor: zweifellos ein Schritt rückwärts.

Die DC ist keine typische bürgerliche Partei. Ihre soziale Zusammensetzung ist sehr bunt: Neben der herrschenden Klasse sind in ihr auch die Volksschichten und die Kleinbourgeois vertreten, die nicht immer und nicht mit allen kapitalistischen Zuständen einverstanden sind. Das schafft Voraussetzungen für einen politischen Dialog und für Kontakte der Arbeiterbewegung mit jenem DC-Teil, der von den volkschristlichen Ideen inspiriert wird. Seit 1976 besteht unter diesen Demochristen der Plan einer Zusammenarbeit mit der IKP, die jedoch eine Teilnahme der Kommunisten an der Regierung für eine Zeitlang ausschloß. Diese Strategie wurde von Aldo Moro ausgearbeitet, er nannte sie die „dritte Phase", die dritte nach den zentristischen Kabinetten der 50er Jahre und den Linke-Zentrum-Regierungen der 60er Jahre.

Fortschrittlichere Gruppen in der DC waren in den letzten Jahren führend in der Partei, wenn sie auch keine Mehrheit hatten. Sie vermochten es, sich die Zersplitterung der konservativen Gruppen und deren Unfähigkeit zu konstruktiven Vorschlägen zunutze zu machen. Aber auf dem Kongreß im Februar schlossen sich die Rechten zusammen, gingen zur Gegenoffensive über und brachten die Führung an sich.

Ihre Koalition stützt sich auf die übereinstimmenden Ansichten in drei Punkten: erstens keine Teilnahme der Kommunisten an der Regierung und keine Verhandlungen mit ihnen über eine parlamentarische Mehrheit zulassen; zweitens eine Linke-Zentrum-Regierung bilden, gestützt auf Sonderbeziehungen zwischen den Rechtskräften in der DC und denen in der ISP. Drittens will man, obwohl das öffentlich meist nicht zugegeben wird, in Italien sozialpolitische Verhältnisse herbeiführen, unter denen eine gemäßigte Regierung das Land verwalten und zugleich das tun könnte, was in den vorangegangenen zehn Jahren nicht gelang, nämlich die IKP isolieren.

Die politische Konstellation ist aber jetzt völlig anders, vor allem in der DC selbst. In ihr besteht nunmehr ein starker Block (42% der Kongreßdelegierten), der das Abkommen über die Teilung der Macht mit den konservativen Strömungen ablehnt und die Fortsetzung des Dialogs und der Kontakte mit der Arbeiterbewegung befürwortet.

Der Block vereinigt auch diejenigen, die nicht zu den traditionellen

linkskatholischen Kreisen gehörten, sich in den letzten Jahren jedoch, ausgehend von den nationalen Interessen des Landes, den Kommunisten angenähert haben. Ein maßgeblicher Vertreter dieser Kräfte ist Giuliò Andreotti, Exministerpräsident, heute Vorsitzender des Parlamentsausschusses für auswärtige Angelegenheiten. In Italien gehörte er zu den Initiatoren einer realistischen Außenpolitik, die auf die internationale Entspannung abzielte. Seines Erachtens trägt die IKP Wertvolles zu einer solchen Politik bei.

Gleichzeitig mit den Veränderungen in der DC sind Wandlungen in der Sozialistischen Partei festzustellen, wenn sie auch widerspruchsvoll sind. Seit fast drei Jahren wird sie von einer Koalition aus den sogenannten Autonomisten und aus Linken geleitet. Dieser Vorstand wollte Neues in die Politik der Partei eintragen, und zwar Antimarxistisches, merklich vom liberalen Demokratismus Gefärbtes. Nichtsdestoweniger zog er die Idee der Zusammenarbeit der Linken in Gewerkschaften, in Regierung und örtlichen Machtorganen nicht in Zweifel.

Freilich wies die Politik der Sozialisten in dieser Zeit merkliche Schwankungen auf. In den Jahren 1976—1978 unterbreiteten die ISP-Führer die Idee einer linken Alternative zur DC-Führung. Aber diese Strategie war von Anfang an widersprüchlich, den sie sah keine politische Allianz mit den Kommunisten vor. Dabei stimmen für die IKP drei Viertel aller linken Wähler.

Dann erklärte die Sozialistische Partei ihren Übergang zur Politik der „demokratischen Einheit", d. h. der Teilnahme aller großen Parteien, auch der IKP, an der Regierung. Das war jedoch nur ein Lippenbekenntnis, denn die Sozialisten taten nichts, um eine Regierung mit Kommunisten möglich zu machen. Indirekt trugen sie somit zum Erfolg der konservativen Kräfte bei.

Die Inkonsequenz des ISP-Sekretariats unter Bettino Craxi verschärfte stark die innerparteilichen Beziehungen. Im Januar fand eine dramatische ZK-Sitzung statt. Dort erklärten die linken Gruppen zum erstenmal seit Jahren, daß sie sich entschieden gegen den Kurs auf „Sonderbeziehungen" zu den rechten DC-Kreisen wenden. Trotz dieser kalten Dusche konnte Craxi eine Resolution über die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung gemeinsam mit der DC durchbringen (die ISP hatte sich mehr als 6 Jahre nicht an einer DC-geführten Regierung beteiligt).

Das paßte den neuen DC-Führern ausgezeichnet, denn sie waren auf die Wiederherstellung des Regierungsbündnisses mit den Sozialisten aus. Prompt entfernten sie ihre früheren Bündnispartner — die Sozialdemokraten und die Liberalen — aus der Regierung. Im Ergebnis wiesen die Sozialisten stolz auf einen Linksruck in Italien hin. Die DC-Führer schließen sogar eine Regierung nicht aus, der nicht ein Christdemokrat vorsteht.

Worauf beruht die neue Regierungsallianz DC/ISP? Vom politischen Standpunkt auf dem Antikommunismus der DC, auf der Hoffnung, daß es später gelingt, das Verhältnis ISP/IKP noch mehr zu komplizieren.

Das Programm sieht Maßnahmen für eine baldige Lösung der akutesten Probleme vor, als da sind: Inflation, Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen, Terrorismus, Unwirksamkeit der Verwaltungsorgane. Doch berührt das Programm den eigentlichen Mechanismus des Systems überhaupt nicht und enthält kein Wort über Strukturreformen, die ein fortschrittliches Entwicklungsmodell der italienischen Gesellschaft schaffen helfen würden.

Die Kommunisten sind der Ansicht, daß die heutige Regierung, nicht gerade die schlimmste in der Nachkriegsgeschichte Italiens, trotzdem ungeeignet ist, tiefe politische und soziale Umgestaltungen durchzuführen, ja auch nur die dringlichsten laufenden Probleme zu bewältigen. Die KP weigert sich, über ihre Teilnahme an der Parlamentsmehrheit und über das Regierungsprogramm zu verhandeln. Sie erhärtete noch einmal ihre Position: Entweder sie tritt der Regierung bei, oder sie bleibt in der Opposition.

Gewiß, die Präsenz der linken ISP in der Regierung schafft für die Kommunisten einige Probleme. Nach Ansicht der KP darf die unterschiedliche Stellung von Sozialisten und Kommunisten im Parlament nicht in einen heftigen Kampf zwischen ihnen ausarten, denn das würde nur den Rechten nutzen. Doch hänge alles von konkreten Handlungen der Regierung ab, davon, inwiefern die Sozialisten in Betracht ziehen, daß sie nicht nur eine Regierungspartei, sondern auch ein Bestandteil der italienischen Arbeiterbewegung sind.

Wird sich die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung zu einem organischen Bündnis mit der DC entwickeln, so könnte das negative Folgen haben, z. B. in den Gewerkschaften und den zahlreichen linken örtlichen Machtorganen, zu denen auch Sozialisten gehören. Viel schwieriger ist das Problem des Zusammenschlusses der Fortschrittskräfte, der die einzige mögliche Alternative zur DC-Hegemonie ist.

All das besagt nicht, daß die Kommunisten eine Isolierung befürchten. Eine solche Gefahr besteht nicht, denn erstens ist die IKP eng mit den Massen verbunden, und zweitens gibt es in den Regierungsparteien genügend einflußreiche Kräfte, die einen Bruch mit den Kommunisten nicht wünschen.

Die Einstellung der IKP zur Regierung ergibt sich aus ihrer Besorgnis über die Tiefe der Krise im Lande. Sie ist dermaßen tief, daß die Gefahr nicht nur eines politischen und sozialen Rückzuges, sondern auch eines wirklichen Zusammenbruchs der demokratischen Einrichtungen besteht.

Die Krise in Italien erschöpft sich nicht in den Schwierigkeiten der kapitalistischen Produktion, es gibt sie, auch wenn 1979 ein gewisses Produktionswachstum zu verzeichnen war, die Arbeitslosigkeit nur wenig stieg und im Außenhandel ein Aktivsaldo erzielt wurde. Zugleich bleibt die Inflationsrate noch immer bei 20% im Jahr, und die Probleme im Handel mit den Ländern, die Erdöl und Rohstoffe liefern, vertiefen sich. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch das Produktionstempo in nächster Zeit sinkt. Man könnte die Liste der Widersprüche fortsetzen.

Die zunehmende Kriminalität ist ein weiteres ernstes Problem, auch ein politisches. Immer häufiger fallen dem Terror demokratische Politiker, Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft und Betriebsdirektoren zum Opfer. Die von den Terroristen praktizierte Erpressung führt zu politischer Labilität und engt die demokratischen Freiheiten ein.

Die Arbeiterbewegung tut alles, um die Terroristen zu isolieren. Die Linken verstehen: Wird dem Terror nicht eine Abfuhr erteilt, profitiert nur die Reaktion davon.

Somit bildet die italienische Krise einen Bestandteil der Krise des kapitalistischen Systems, bei der alles zusammenhängt: wirtschaftliche Wirren und soziale Spannungen, Unwirksamkeit des Staatsapparates und Offensive der Wühlkräfte. Ebendeshalb meinen die Kommunisten, daß es eine kurzsichtige Politik ist, Vertreter der Arbeiterbewegung nicht zur Regierung heranzuziehen.

Die Teilnahme der Kommunisten an der Verwaltung Italiens setzt nicht nur die Bildung einer breiteren Parlamentsmehrheit voraus, sondern auch eine völlig neue Politik, die mit dem früheren Machtsystem und dem dahinter stehenden sozialen Block Schluß machen würde. Aber gerade das erschreckt die konservativen Schichten. Die neue Regierung selbst wird die Krise im Lande kaum bewältigen. Deshalb bleibt die „italienische Frage" offen.

Im April

WAS HEMMT DIE VERHANDLUNGEN?

Die seit einigen Jahren laufenden Verhandlungen über den Abschluß eines Abkommens zwischen dem RGW und der EG sind in eine neue Phase getreten. Im November 1979 hatten RGW-Sekretär Nikolai Faddejew und Vizepräsident der EG-Kommission Wilhelm Haferkamp bei ihrer Zusammenkunft in Moskau eine redaktionelle Expertengruppe gebildet, deren erste Tagung in Genf (März d. J.) die Arbeit am Entwurf des künftigen Abkommens einleitete. Es wurden bereits einige Formulierungen vereinbart. Die Seiten finden, die gewählte Arbeitsmethode sei nützlich und effektiv, obwohl die Gruppe die Differenzen in grundlegenden Fragen noch nicht überwinden konnte.

Es war auch kaum zu erwarten, daß die Experten in den zwei Sitzungstagen zu einer Übereinkunft kommen würden, die mehrere Delegationen von Vertretern höheren Ranges in den vergangenen Jahren nicht erreicht hatten. Haferkamp hatte ja Pressevertretern in Moskau nach dem erwähnten Treffen erklärt, die Expertengruppe sei beauftragt, mit jenen Fragen zu beginnen, in denen die Seiten bereits genügend nahe Standpunkte haben.

Aber der RGW-Sekretär erhielt Ende März von Haferkamp ein Telegramm, daß die Verhandlungen zu langsam verliefen, weil die RGW-Vertreter angeblich keine Bereitschaft zeigten, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen zu suchen. Aus diesem Grunde sprach sich die EG-Kommission gegen das fällige Treffen ihres Vizepräsidenten mit dem RGW-Sekretär aus, das für April d. J. anberaumt war. Darüber hinaus wird die Fortsetzung der Verhandlungen an die kategorische Forderung geknüpft, von seinen prinzipiellen Einstellungen zu grundlegenden Problemen des künftigen Abkommens abzugehen.

Diese Position entbehrt jeder Logik und wirkt deshalb befremdend. Die EG konnte sich öfter davon überzeugen, daß der RGW wirklich eine möglichst baldige und für alle Partner annehmbare Übereinkunft anstrebt. Davon zeugen unter anderem die von ihm vorgeschlagenen Arbeitsmethoden sowie die wesentlichen Korrekturen zu den am meisten umstrittenen Artikeln seines ursprünglichen Entwurfs, die er kompromißbereit machte; und spricht etwa die Tatsache, daß beim kürzlichen Treffen in Genf zu mehreren Artikeln des Abkommens EG-Vorschläge angenommen wurden, nicht für die konstruktive Position des RGW?

In Brüssel verhält man sich leider zu den Verhandlungen ganz anders. Die EG-Kommission legte von vornherein einen für die andere Seite inakzeptablen Entwurf vor, den sie später nur unwesentlich änderte. Nach dieser rein kosmetischen Korrektur wird er nun als endgültiges Meisterwerk hingestellt, das große Anstrengungen gekostet haben soll. Es heißt, die EG könne keine weiteren Zugeständnisse machen.

Einen erfolgreichen Ablauf der Verhandlungen stört auch das voreingenommene Verhalten der EG-Vertreter zu den Partnern. Die Gemeinschaft will den Inhalt des Abkommens mit dem RGW auf einen Informationsaustausch auf zweitrangigen Gebieten reduzieren; sie ist aber zu keiner Erörterung wesentlicher Aspekte einer Zusammenarbeit in Wirtschaft und Handel bereit. Man schützt vor, die EG hätte es stets nur mit einzelnen Ländern, nicht aber mit Ländergruppen zu tun gehabt. Es gibt jedoch nicht wenig Beispiele dafür, wie der Gemeinsame Markt mit Ländergruppen über einen weiten Fragenkreis verhandelte. So ist Anfang März in Malaysia — in Kuala Lumpur — ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der EG und den ASEAN-Ländern unterzeichnet worden. Dieses Rahmenabkommen bestimmt die Formen und Bedingungen der multilateralen Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft, in Wissenschaft und Technik, in Energiewirtschaft, Verkehrs- und Fermeldewesen, im Umweltschutz usw. Zur Verwirklichung dieses Abkommens und seiner Ziele wurde ein gemischtes Komitee gebildet. Ein ähnliches Abkommen wird jetzt in Brüssel mit dem Andenpakt vorbereitet, dem Bolivien, Ekuador, Kolumbien, Peru und Venezuela angehören.

Warum verhält man sich denn in Brüssel hinsichtlich der Beziehungen zwischen dem RGW und seinen Mitgliedsländern einerseits und der EG und den ihr angehörenden Ländern anderseits so ganz anders als hinsichtlich der Beziehungen zu anderen Ländergruppen und ihren Wirtschaftsvereinigungen? Ist es vielleicht damit zu erklären, daß gewisse Exponenten von der EG mit ihren Beziehungen zur sozialistischen Ländergemeinschaft Ziele verfolgen, die mit dem Ausbau der Zusammenarbeit in Europa nichts zu tun haben? Der englische „Economist" schrieb, daß „die EG darauf aus war, mit dem RGW einen unnützen Papierfetzen zu unterzeichnen, um dann mit einzelnen Ländern Osteuropas bilaterale Abkommen zu schließen und für sich wirtschaftliche und politische Vorteile zu erzielen."

Es ist kaum wahrscheinlich, daß man in Brüssel darauf rechnet. In der EG-Kommission zweifelt man gewiß nicht daran, daß jegliche Versuche, der sozialistischen Gemeinschaft seinen Willen aufzuzwingen, scheitern werden, daß nur Verhandlungen zwischen gleichgestellten Partnern erfolgreich sein können.

Das Exekutivkomitee des RGW bekräftigte im April d. J. seine Bereitschaft zu einem konstruktiven Dialog mit der EG zwecks Abstimmung beiderseitig akzeptabler Lösungen. Es ist ferner bereit, ein Abkommen zu schließen, das die Entwicklung einer gleichberechtigten und gegenseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in Handel und Wirtschaft zwischen den RGW- und den EG-Ländern sowie zwischen den beiden genannten Organisationen fördern würde — ganz im Sinne der KSZE-Schlußakte. Dabei wurde hervorgehoben, daß von der EG auch konstruktive Schritte erwartet werden.

Der Sekretär des RGW richtete dieser Tage ein Telegramm an den Vizepräsidenten der EG-Kommission, in dem die Bereitschaft bekundet wird, auf beliebiger Ebene — auch auf der der Experten, wie Haferkamp vorschlägt —, an der Vorbereitung des gemeinsamen Entwurfs weiterzuarbeiten. Dabei geht man im RGW davon aus, daß auch Brüssel an konstruktiven Lösungen interessiert ist. Jetzt liegt es an der EG.

A. TSCHERTANOW

Der RGW hat ein Rahmenabkommen vorgeschlagen, auf dem sich die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des RGW und der EG wie zwischen den beiden Organisationen entwickeln kann. Es soll die Grundsätze für die gegenseitigen Beziehungen enthalten, Gebiete und Art der Zusammenarbeit in den Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, bei Umweltschutz, Standardisierung, Statistik, Wirtschaftsprognosen u. a. festlegen.

Die EG ist für ein Abkommen technischer Art, das auf Informationsaustausch zu einem begrenzten Kreis zweitrangiger Fragen hinausläuft. Probleme der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen werden aus der Zusammenarbeit RGW—EG völlig herausgehalten. Brüssel will Handelsprobleme ausschließlich in Abkommen zwischen der EG und einzelnen RGW-Ländern aufnehmen.

DAS ANTLITZ DER APRILREVOLUTION

Viktor SIDENKO

Es ist immer anders: streng, wenn sich die Revolution gegen Feinde verteidigen muß, aber von einer unendlichen Güte, wenn sie die Erniedrigten und Beleidigten unter ihren Schutz nimmt; hell wie ein Frühlingstag, wenn sie anderen Völkern das Wahrzeichen des Friedens, den Ölzweig, darbietet, und sinnend, wenn es um lebenswichtige Dinge und um die Zukunft geht.

Die Hersteller des Films „Afghanistan. Die Revolution geht weiter"* zeigen sie in verschiedenen Dimensionen, so daß sich ein plastisches Bild ergibt. Dadurch ist der Film nur um so authentischer. Er ist ergreifend, überzeugend und bis ins Detail ehrlich. Vor uns ersteht die Revolution ohne Schminke, als etwas Alltägliches, zuweilen Festliches, aber öfter Schwieriges.

Er beginnt etwas ungewöhnlich: Für einige Sekunden wird die Leinwand blendend weiß, und erst bei genauerem Hinsehen errät man mehr, als man erkennt, daß sie von Tausenden Tauben ausgefüllt ist. Das ist nicht etwa ein Kameratrick. Diese Tauben sind tatsächlich in großer Zahl auf einem Platz im Zentrum der Stadt Mazari-Sharif vorhanden. Man versteht sofort, was die Hersteller des Films mit diesem einleitenden Szenenbild sagen wollen: Die Revolution und der Frieden sind nicht voneinander zu trennen, ebensowenig wie die Revolution und der Fortschritt, die Revolution und die soziale Gerechtigkeit.

Die Kamera versetzt uns aus dem Kabul vom April 1978, aus seinen Straßen, in denen Menschenmengen jubeln, auf das Feld einer Bäuerin, der die Revolution in Gestalt der Demokratischen Volkspartei Afghanistans beschlagnahmtes Gutsland gegeben hat; in Schulen, die jetzt dank der Revolution die Kinder armer Leute besuchen können; in Häuser, in denen sie Werktätigen Wohnungen gegeben hat. Wir sehen junge Afghanen mit Lehrbüchern in der Hand, das Gesicht einer Frau, die den Schleier abgeworfen hat, und die froh dreinblickenden Augen eines Arbeiters, der jetzt nicht mehr für den Unternehmer, sondern für sich arbeitet.

Es folgen andere Szenenbilder: zerstörte Brücken und Chausseen, von der Volksmiliz festgenommene Dushmanen — gedungene Banditen —, die die Afghanen an der Gestaltung ihres neuen, friedlichen Lebens hindern. Man sieht eine Frau, deren ganze Familie ermordet worden ist, und hört sie mit tränenerstickter Stimme erzählen. Man sieht



Für freie Arbeit!

Sie schützen die revolutionären Errungenschaften

Szenenbilder aus dem Film „Afghanistan. Die Revolution geht weiter"



auch diejenigen, die die Banditen ausrüsten und bezahlen, diese Banditen, die in Afghanistan auf Mord ausgehen. Und auch ihre Hintermänner, die ihnen die Waffen in die Hand drücken. Da ist z. B. Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, an der afghanisch-pakistanischen Grenze, und dort der chinesische Außenminister Huang Hua in derselben Gegend.

Und hier der pakistanische Diktator Zia-ul-Haq, der nur ein Wort zu sagen brauchte, damit die Exzesse gegen das neue Afghanistan eingestellt werden. Er plaudert mit Brzezinski. Worüber? Bestimmt nicht über eine Einstellung des konterrevolutionären Kriegs gegen das Nachbarland und der Überfälle, die Banditen von Pakistan aus auf Afghanistan verüben. Mit Hilfe dieser Drachensaat wollen die konterrevolutionären Falken die neue Macht stürzen, den Gutsbesitzern ihren unrechtmäßigen Reichtum, der hohen Beamtenschaft die Privilegien und der Maklerbourgeoisie die Möglichkeit zu leichtem Gewinn wiedergeben. Darauf hoffen sie vergebens.

Auch auf Hafisullah Amin war kein Verlaß. Die Schilderung der Schwierigkeiten der afghanischen Revolution, ihres Kampfes gegen Feinde wäre gewiß unvollständig, wenn der Film nicht auch zeigen würde, welch unheilvolle Rolle Amin für sie gespielt hat. Dieser Mann, der durchaus keine Einzelerscheinung ist (solche sind bei jeder Revolution anzutreffen), verkörpert gleichsam die Elemente, die sich aus abenteuerlichen, egoistischen und ehrsüchtigen Gründen bei der Volksbewegung anzubiedern suchen. Amin sieht man auf einigen Szenen der afghanischen Wochenschau, die in den Film eingebaut sind: ein Held mit umgekehrten Vorzeichen. In einer bückt er sich tief und küßt Taraki die Hand. Dazu die Ansage: Ein paar Monate oder sogar Wochen später wurde der Führer der afghanischen Revolution auf Amins Befehl im eigenen Haus unter Kissen erstickt.

In einer anderen Szene tritt Amin in einem Film auf, der ihn als Helden und Kommandeur preisen soll. Es fand sich kein Schauspieler, der dieser Rolle würdig gewesen wäre, und so spielte er sich selbst. Der Film blieb unvollendet, warum, das ist klar: Die patriotischen Kräfte, die sich in der Nacht zum 28. Dezember 1979 erhoben, stürzten Amin.

Von äußeren und inneren Feinden bedrängt, hat sich die Revolution mit Hilfe von Freunden behauptet. Die eindrucksvollen Schlußszenen besagen: Die Revolution geht weiter.

Den Ausklang bildet dieselbe symbolische Szene, mit der der Film begann: Tausende Tauben füllen die Leinwand. Das Volk Afghanistans und seine revolutionäre Avantgarde sind mit dem Beistand ihrer Freunde ohne jeden Zweifel imstande, den Frieden wiederzugewinnen, um das Land in Frieden neuen Fortschritten entgegenführen zu können. ■

* Gemeinschaftsproduktion des usbekischen Studios für populärwissenschaftliche und Dokumentarfilme und Afghanfilm. Drehbuch: M. Kajumow und K. Raschidow; Regie: M. Kajumow, W. Latifi und Kh. Alil; Kommentar von A. Bowin, einem politischen Kommentator der „Iswestija".

Kairo und die Palästinenser

Jewgeni SAWELJEW

Schon fast ein Jahr verhandeln Ägypten und Israel unter der Ägide der USA über eine sogenannte Autonomie für die am westlichen Jordanufer und auf dem Ghasastreifen lebenden Palästinenser, und das ohne, ja gegen sie, die für einen eigenen Nationalstaat kämpfen. Mitte April zitierte Präsident Carter nacheinander den ägyptischen Präsidenten Sadat und den israelischen Ministerpräsidenten Begin nach Washington, um ihre Separatverhandlungen über den toten Punkt hinwegzubringen. Die ganze arabische Welt sah in Sadats Teilnahme an der Abmachung von Camp David eine ausgesprochene Kapitulation vor dem Imperialismus und dem Zionismus.

Wir bringen hier einen Dokumentarbericht über Kairos wirkliche Einstellung zu den Palästinensern und zum Palästinaproblem.

„Die Hauptsache sind nicht die Beziehungen zwischen Ägypten und Israel, die Hauptsache ist nicht die Halbinsel Sinai, die Hauptsache ist das Palästinaproblem."

Das sagte Präsident Sadat im Dezember 1977 in einem Interview für die amerikanische „Newsweek". Einen Monat vorher hatte Sadats sattsam bekannte „Friedensinitiative" mit seiner Reise nach dem von Israel okkupierten Jerusalem und seiner Knessetrede begonnen.

Also das Palästinaproblem. Ein 4-Millionen-Volk ohne Heimat. Flüchtlinge ohne ein Dach über dem Kopf — ihre Hütten in den Lagern dürfen keine festen Dächer haben. Die Bewohner des westlichen Jordanufers und des Ghasastreifens müssen Besatzungsverhältnisse und Terror ertragen. Hunderttausende Familien sind auseinandergerissen. Die Aggressoren haben die Moslemheiligtümer in Ostjerusalem an sich gebracht.

Auf eine Lösung des Palästinaproblems wirken schon seit über drei Jahrzehnten die internationalen Fortschrittskräfte hin. In zahlreichen UNO-Resolutionen wird zu seiner gerechten und allumfassenden Lösung aufgerufen. Israel aber setzt sich über jede hinweg. Nach der sowjetisch-amerikanischen Erklärung über den Nahen Osten vom 1. Oktober 1977 schien die Sache in Bewegung zu kommen. Da entschloß sich Sadat nicht ohne Dazutun Washingtons, alles Erreichte umzuwerfen und, entgegen der zwischen den arabischen Ländern vereinbarten Verhaltensweise, alles von vorn anzufangen.

Das liegt fast zweieinhalb Jahre zurück. Inzwischen hat sich im Nahen Osten Wichtiges zugetragen. Israel hat Ägypten einen Teil der besetzten Halbinsel Sinai zurückerstattet. Ihre Beziehungen sind normalisiert worden. In Kairo weht die Fahne Israels. Die Flugzeuge und Panzer, aus denen in Südlibanon Libanesen und Palästinenser niedergeschossen werden, tanken möglicherweise ägyptisches Öl. Zum erstenmal in seiner Geschichte hat Israel eine offene Landgrenze, und seine Schiffe dürfen ungehindert den Suezkanal passieren. Sadat und Begin loben einander.

Dabei bleibt ein Teil des ägyptischen Landesgebiets besetzt, und Israel befindet sich mit den anderen arabischen Ländern im Kriegszustand. Kairo nennt das, was logischerweise nichts anderes als Kriecherei und Demütigung ist, ein zivilisiertes Verhalten.

Er hat eine eigene, eine „revolutionäre" Methode zur Beilegung des Konflikts vorgeschlagen und sie dem Mechanismus der Genfer Friedenskonferenz entgegengesetzt, und das rechtfertigt er so, daß die Konferenz schon Jahre gedauert habe, während seine Methode zu einem schnellen Erfolg führen werde. Die Sache ist aber nicht vom Fleck gekommen, umgekehrt, sie ist merklich komplizierter geworden.

Außerstande, das zu leugnen, versucht Kairo, das „unnachgiebige" Israel, die „unflexiblen" Palästinenser, die „eigensinnigen" Araber und sogar „Ränke des Weltkommunismus" dafür verantwortlich zu machen. Zu diesem Zweck werden täglich Interviews gegeben, Pressekonferenzen gehalten und Erklärungen gemacht. Wahrscheinlich zum selben Zweck hat das ägyptische Außenministerium eine Broschüre herausgebracht, betitelt: „Ägypten und die Palästinafrage. Bericht über das Geleistete für 1945—1980".

An Hand dieser Broschüre wollen wir klären, was denn nun „geleistet" worden ist.

Seine Rede in der ägyptischen Volksversammlung vom 9. November 1977 begann Sadat wie gewöhnlich so: „Im Namen des gnadenreichen Allah..." Er sprach zwei Stunden und erntete Beifall, als er sagte: „Wir fürchten uns vor einem Zusammenstoß mit Israel nicht." Danach legte er den schriftlichen Wortlaut der Rede beiseite.

„Der Präsident will frei weitersprechen, wahrscheinlich wird gleich eine Bombe einschlagen", flüsterte der derzeitige Kriegsminister Gamassi dem derzeitigen Außenminister Fahmi zu.

„Eine Bombe? Nein, wir haben keine Munition mehr."

Sadat nahm einen Schluck Wasser und erklärte: „Ich bin bereit, ans Ende der Welt zu gehen, wenn bloß keiner meiner Söhne in einem Gefecht fällt oder verwundet wird." Dann ging er von der arabischen Hochsprache zum Ortsdialekt über und fügte hinzu: „Ich sage, ich bin bereit, ans Ende der Welt zu gehen. Die Israelis werden sich wundern, aber Ihnen will ich es sagen: Ich bin bereit, schnurstracks zu ihnen in die Knesset zu gehen und mit ihnen zu reden."

„Da haben wir die Bombe!" flüsterte Gamassi.

„Nein", versetzte Fahmi, „das ist eine olle Kamelle, die hat er längst aufgegeben."

Von Jerusalem bis Camp David

Die Idee war tatsächlich so absurd, daß sie anfangs niemand ernst nahm und jeder sie für eine der blumigen Übertreibungen hielt, mit denen er seine Reden auszuschmükken liebt. Sie war aber der logische Abschluß eines langen geheimen Spiels. Dieses ist ausführlich in einem Ende 1979 erschienenen Buch dreier Israelijournalisten „Das Jahr der Taube. Jerusalem 1977 — Camp David 1978" geschildert.

In der Broschüre des ägyptischen Außenministeriums steht: „Am 20. November 1977" (dem Tag, an dem Sadat in der Knesset sprach) „machte Präsident Sadat seinen historischen Durchbruch... Er stieß dem Staat Israel die Palästinafrage mitten ins Herz." Moshe Dayan, der damals Außenminister war, hörte, wie Reporter berichtet haben, genau zu und achtete darauf, ob Sadat seiner Empfehlung nachkomme und die PLO unerwähnt lasse. Dayan und Begin lag viel daran. Kurz vor Sadats Besuch in Jerusalem hatte ein Begin

beigeordneter Beamter folgendermaßen erläutert, warum das für Israel wichtig ist: „Man muß klären, ob das Palästinaproblem für Sadat ein notwendiges Feigenblatt oder ein ganzer Feigenbaum ist." Sadat erwähnte die PLO in der Knesset mit keinem Wort. Das hatten seine Gastgeber erwartet. Schon in der Nacht vor Sadats Ankunft hatte die Staatssicherheit Israels alle führenden Palästinenser in den besetzten Gebieten festgenommen und höflich erklärt, sie kämen frei, sobald Sadat abgereist sei. Dieser beschloß nach seinem Besuch in Jerusalem, in dem Luxushotel Mena House eine Pressekonferenz über seine Initiative zu veranstalten. Dazu lud er alle Konfliktparteien einschließlich der PLO sowie die UdSSR und die USA als Co-Vorsitzende der Genfer Konferenz ein. Es kamen nur die Israelis, die Amerikaner und ein rein symbolischer Vertreter der UNO. Etwas anderes war auch schwerlich zu erwarten gewesen. Sadat hatte zu diesem Schritt nicht die Zustimmung der UNO, weil ja bereits ein allgemein anerkannter Mechanismus zur Nahostregelung — die Genfer Konferenz — bestand.

„Hätte die PLO damals die Einladung Ägyptens angenommen, so wäre das ein Präzedenzfall für alle weiteren Verhandlungen über eine friedliche Regelung gewesen", heißt es in der Broschüre des ägyptischen Außenministeriums. Präzedenzfälle wurden im Mena House tatsächlich geschaffen, bloß andere. Als der israelische Chefdelegierte Ben-Elissar (der jetzige Botschafter Israels in Kairo) auf dem Tisch die Tafel mit der Aufschrift „PLO" erblickte, weigerte er sich einzutreten. Man redete ihm zu, sagte, man werde die Aufschrift gegen „Palästina" auswechseln, entfernte dann aber die Tafel. Zu einem zweiten Zwischenfall kam es wegen der Fahne. Als Ben-Elissar am Hotelportal etwas Ähnliches wie die Farben der PLO bemerkte, erklärte er: „Die Konferenz von Kairo fängt nicht an, solange die unbekannte Fahne nicht eingeholt ist." Um sicher zu gehen, holte man alle Fahnen ein.

„Es sei erwähnt", heißt es in der Broschüre „Ägypten und die Palästinafrage", „daß Sadat seine Schritte immer mit der PLO vereinbart hat." Wenn er das getan hat, so nur vor der „Friedensinitiative". Sadat war sich genau über die Situation im klaren, er habe gewußt — schreiben die israelischen Journalisten in dem Buch „Das Jahr der Taube" —, daß er nicht mehr imstande sein wird, Hand in Hand mit der PLO vorzugehen. Sie zitieren Sadat: „Ägypten erkennt die PLO nicht länger als die einzige Repräsentantin" (des palästinensischen Volkes) an."



Umarmungen in Camp David

Foto aus „Time" (USA)

Am 27. Dezember 1977 verlas Sadat vor hunderten Journalisten das Kommuniqué über seine Zusammenkunft mit Begin unter vier Augen in Ismailia und nannte die palästinensischen Gebiete zu ihrer Verwunderung wie die Israelis Judäa und Samaria. Im Frühjahr 1978 aber wurde in Ägypten im Zusammenhang mit dem Scheitern der Operation ägyptischer Kommandos auf Zypern eine antipalästinensische Hetze aufgezogen. Sadat nannte die PLO-Führer verächtlich „Tischbeobachter". Etwa zur selben Zeit hatten Sadat und der Verteidigungsminister Israels, Weizmann, folgendes Gespräch, das in dem Buch „Das Jahr der Taube" zitiert ist:

„Sadat: Ich habe die PLO aus meinem Wortschatz gestrichen.

Weizmann: Soll das heißen, daß Sie mit unserer Ablehnung einverstanden sind, daß ein unabhängiger palästinensischer Staat gebildet wird?

Sadat: Ja, aber sagen Sie bloß Begin nichts davon, denn er würde es sofort in alle Welt ausposaunen. Wir müssen aber einen guten Eindruck machen. Wir müssen vor der arabischen Welt gut dastehen."

Kein Kompromiß, eine Kapitulation

Die Notwendigkeit, „gut dazustehen", hinderte Kairo auch daran, gleich offen auf alle Forderungen Israels einzugehen. Sadat setzte manchmal eine bitterböse Miene auf und drohte abzudanken. Der amerikanische Partner, der sich offiziell im Mena House, insgeheim aber schon vor Unterzeichnung der sowjetisch-amerikanischen Erklärung in das Spiel eingeschaltet hatte, beschloß, einen Anstoß zu der winkenden Separatabmachung zu geben. Am 4. Januar 1978 traf Carter in Assuan mit Sadat zusammen.

Die ägyptische Propaganda machte viel davon her und schrieb ihrer Diplomatie das Verdienst zu, mit Druckmitteln „einen bemerkenswerten Stellungswechsel der USA zur Palästinafrage herbeigeführt" zu haben. Die Verfasser der Broschüre sehen diesen Wechsel darin, daß es in der „Assuanformel" als notwendig bezeichnet sei, die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen und ihm Gelegenheit zu bieten, über sein eigenes Geschick mitzubestimmen.

Liest man aber die sowjetisch-amerikanische Erklärung vom 1. Oktober 1977, die Carter praktisch ungültig gemacht hat, so sieht man, daß die „Assuanformel" sehr wenig Neues enthält, ja daß sie in gewissem Sinne ein Rückschritt ist. In der Erklärung heißt es z. B.: „Alle Regelungsprobleme müssen gelöst werden, darunter Schlüsselprobleme wie ... die palästinensische Frage einschließlich der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes." Sie sah vor: „Verhandlungen unter Teilnahme aller Konfliktparteien, auch des palästinensischen Volkes".

Verhandlungen, bei denen die Partner so verschiedene Standpunkte einnehmen, setzen immer die Eventualität eines Kompromisses voraus. Beim Treffen Carters, Begins und Sadats vom September 1978 in Camp David figurierten unter den ägyptischen Forderungen folgende:

— eine restlose Räumung Sinais, der Golanhöhen, des Ghasastreifens und des Westufers einschließlich Ostjerusalems durch Israel;

— Selbstbestimmung für das palästinensische Volk;

— Gründung einer palästinensi-

schen nationalen Heimstatt am Westufer und in Ghasa nach fünf Jahren;

— Auflassung der israelischen Siedlungen in den besetzten Gebieten;

— israelische Reparationszahlungen für den Schaden, den die Israelistreitkräfte Zivilinstitutionen zugefügt haben.

Wie wir sehen, ist an die Stelle eines unabhängigen palästinensischen Staates eine schleierhafte „nationale Heimstatt" getreten. Kein Wort über das Recht der Flüchtlinge heimzukehren. Was ist von diesen Forderungen Kairos, die im Laufe der Vorverhandlungen stark gekürzt wurden, im endgültigen Wortlaut des „Rahmenabkommens für die Herstellung des Friedens im Nahen Osten", wie es in Camp David geschlossen wurde, denn nun übriggeblieben?

Eine „Bestätigung, daß die Resolution Nr. 242 des UNO-Sicherheitsrates auf alle besetzten arabischen Gebiete anwendbar ist". Diese Resolution vom 22. November 1967 ist aber von der gesamten Weltgemeinschaft schon lange anerkannt. Bekannt sind auch ihre schwachen Stellen im Hinblick darauf, wie die Rechte des palästinensischen Volkes (da ist von den Palästinensern als Flüchtlingen die Rede) auszulegen sind. Vor allem aber ist bekannt, daß Israel die Resolution auf seine eigene Art und Weise auslegt und meint, sie verpflichte es nicht, die besetzten Gebiete zu räumen und sich an die Grenze von 1967 zurückzuziehen. Auch in Camp David hat es sich nicht dazu verpflichtet.

„Israel wird überall an die internationalen Grenzen zurückgehen" — so formulieren die Verfasser der Broschüre den nächsten Punkt. Irrtümlich oder vielleicht absichtlich haben sie, wenigstens im englischen Text, „auf Sinai" ausgelassen. Auf die beiden Worte kommt es aber sehr an, denn nirgends sonst hat Israel eine Räumung zugesagt, und höchstwahrscheinlich ist sie auch nicht beabsichtigt. Wer dächte da nicht an den Vorwurf Yasser Arafats an Sadat, er habe die Palästinenser „für eine Handvoll Sinaisand" verkauft!

Statt der Selbstbestimmung und der „nationalen Heimstatt" für die Palästinenser sieht das „Rahmenabkommen" von Camp David ein „palästinensisches Selbstverwaltungsorgan" für die fünfjährige Übergangszeit vor. Von Reparationen keine Silbe. Was die Siedlungen betrifft, so hat Israel es nicht nur abgelehnt, die bestehenden aufzulassen, sondern baute und baut auch jetzt mit Volldampf neue.

Das Treffen in Camp David war langwierig und ermüdend, die Partner blufften oder wurden rabiat. Präsident Carters Ansehen stand auf dem Spiel. Im „Jahr der Taube" steht, er habe den Assistenten Begins ausdrücklich gesagt: „Gehen Sie auf die Räumung der Sinai-Siedlungen ein, dann bekommen Sie einen Friedensvertrag." Grundsätzlich waren sie einverstanden, falls es die Knesset gutheißen würde. Dafür bekamen sie den Friedensvertrag. Sinai, und nicht einmal das ganze und mit Vorbehalten, war Kairo wichtiger als das Palästinaproblem.

Ein Kompromiß kam also in Camp David nicht zustande. Sadat gab in allen Kardinalfragen nach. Faktisch hatte er sich vom internationalen Zionismus gängeln lassen. Und so ging es dann auch weiter. Es wurde eine Rechtsgrundlage für die Höchstforderungen Tel Avivs geschaffen.

Einen Tag nach dem Zustandekommen der Vereinbarungen von Camp David unterhielt sich die Kommentatorin Barbara Walters von der ABC mit Sadat. Sie fragte ihn:

„Meinen Sie auch wie die PLO, daß sie die legitime Repräsentantin des palästinensischen Volkes ist?"

„Bei meinen Vorschlägen habe ich immer vom palästinensischen Volk als Ganzem, von allen Palästinensern gesprochen. Nach dem Vertrag und dem gestern von uns unterzeichneten Dokument werden wir, d. h. Ägypten, Jordanien und Israel, zusammenkommen", antwortete Sadat.

„Und die PLO?"

„Ägypten, Jordanien, Israel und Vertreter der Bewohner des Westufers und Ghasas, und sie werden entscheiden."

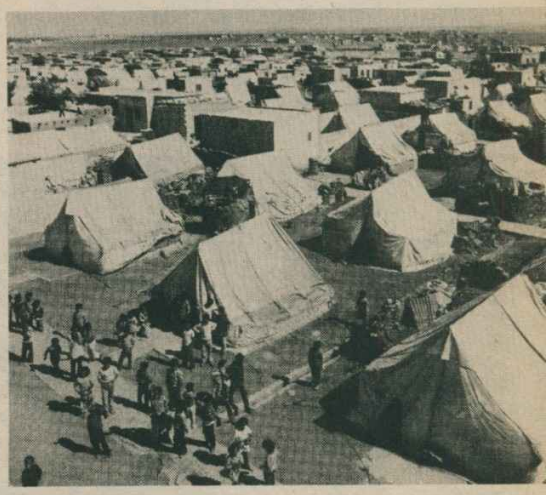
„Also adieu, PLO?"

„Wie bitte?"

„Na schön, lassen wir das."

„Wissen Sie, manchmal höre ich schlecht."

Am 26. März 1979 wurde in Washington der ägyptisch-israelische Friedensvertrag unterzeichnet. Kairo und Tel Aviv verpflichteten sich, gleich nach der Zurücknahme der Truppen Israels von Sinai, östlich der Linie Al Arisch—Ras Muhammed, Botschafter auszutauschen. Von irgendeiner Verbindung dieses Austauschs mit den Verhandlungen über das Palästinaproblem wollte Begin nichts wissen. Nachdem Sadat im März 1979 im Flughafen von Kairo zwei Stunden mit Carter gesprochen hatte, kapitulierte er zweifach: Er willigte ein, daß die Fahne Israels in Kairo noch vor der vollständigen Räumung der ägyptischen Gebiete gehißt wird, und daß Ägypten „eine Handvoll Sinaisand" bekommt, statt daß die Rechte der Palästinenser garantiert werden.



Ein Lager palästinensischer Flüchtlinge. Seit mehr als 30 Jahren haben die Insassen nur Zeltleinwand über den Köpfen
Foto aus „Time" (USA)



In einer südlibanesischen Siedlung nach einem barbarischen israelischen Bombenangriff
TASS-Foto

Palästinenser lehnen ab

Kurz nach der Unterzeichnung des Friedensvertrags war ich im Li-

banon, in Jordanien, Syrien und Kuweit, d. h. in den Ländern, wo sich die meisten palästinensischen Flüchtlinge aufhalten. Es ist schwer, die Erbitterung und Empörung besonders derjenigen in den libanesischen Lagern wiederzugeben, wo die Nachricht über die Abmachung von den Einschlägen israelischer Bomben begleitet war. In Amman gab man mir eine Erklärung von Mohammad Milhem, dem Bürgermeister des westjordanischen Städtchens Halhoul, zu lesen, in dem er in sechs Punkten darlegte, warum die Palästinenser das Abkommen von Camp David ablehnen. Ich bringe sie hier mit kurzen Kommentaren und mit Illustrationen.

1. Das Abkommen wendet sich nur an die Bewohner des Westufers und Ghasas, d. h. nur an ein Drittel des palästinensischen Volkes, an eine Minderheit, die natürlich nicht ermächtigt ist, für alle zu entscheiden. Tatsächlich leben nach der neuesten Statistik am besetzten Westufer und auf dem Ghasastreifen etwa 1,2 Millionen palästinensische Araber, in Israel selbst etwas über eine halbe Million, rund 900 000 in Jordanien, über 300 000 im Libanon, 250 000 in Kuweit und fast 200 000 in Syrien.

2. Allen Verhandlungsteilnehmern wird das Recht eingeräumt, Vertreter zu bestimmen, allen außer dem palästinensischen Volk. Die PLO ist von der Regelung ausgeschlossen. Der dritte Partner der Abmachung, die US-Regierung, versprach Israel schon lange, nicht mit der PLO in Kontakt zu treten, solange sie Israel nicht anerkannt hat.

3. Das Abkommen sieht Verwaltungsautonomie für die Palästinenser vor, ihre eventuelle Unabhängigkeit ist jedoch nicht erwähnt. Was das bedeutet, geht unmißverständlich aus einer Äußerung des ehemaligen israelischen Generalstabschefs Mordechai Gur in der „Jerusalem Post" vom 7. März 1980 hervor, die lautet: „Eine funktionelle Autonomie am Westufer und in Ghasa neben unserem umfangreichen Siedlungsbau wird dazu beitragen, Israels unumschränkte Souveränität zu erhärten."

4. Jerusalem ist der geschichtliche Stammsitz der Palästinenser. Sein östlicher Teil ist das Bindeglied zwischen dem nördlichen und dem südlichen Westufer. Ohne ihn ist eine Zukunft des palästinensischen Volkes nicht denkbar. Begin erklärte wiederholt: „Ich gehe auf keine Lösung ein, die Israels Hoheitsrecht über die vereinigte Stadt als Hauptstadt Israels nicht anerkennt."

5. Ein Abkommen ohne eine Klausel über die Auflassung der israelischen Siedlungen am Westufer und in Ghasa läuft den Interessen des palästinensischen Volkes zuwider, weil es seine Zukunft gefährdet. Ben-Elissar, der Botschafter Israels in der ARÄ, erklärt: „Niemand kann uns anweisen, wo Juden leben sollen. Die Siedlungen stehen einem Friedensschluß nicht im Wege, sie garantieren nur unsere Sicherheit."

6. Das Abkommen von Camp David ist im Vergleich zu den vorherigen internationalen Vereinbarungen über die palästinensischen Flüchtlinge ein Rückschritt. Darin ist sogar das von der Weltgemeinschaft anerkannte Recht der Flüchtlinge auf Heimkehr unerwähnt geblieben. Ihr Schicksal ist ungewiß. Wie wichtig diese Frage aber ist, zeigt folgende Zahl: Per 30. Juni 1977 waren 1 706 000 Flüchtlinge eingetragen.

Abschließend hat Mohammad Milhem erklärt: „Das palästinensische Volk ist zu einer Debatte darüber bereit, wie, wann, zu welchen Bedingungen und im Austausch wogegen es die Unabhängigkeit seiner Heimat erlangen wird. Nicht bereit aber ist es, und das kann auch niemand von ihm erwarten, darüber zu debattieren, wie man ihm die nationale Freiheit nehmen will."

Ich habe absichtlich den Standpunkt nicht der PLO-Führung, sondern eines Repräsentanten der Bevölkerung der besetzten Gebiete dargelegt, an die die Partner des Camp-David-Abkommens besonders appellieren. Dort herrsche Pessimismus, berichtet Amnon Kapeliouk, ein Korrespondent des „Monde diplomatique", aus Jerusalem und führt fort, daß die Palästinenser nichts von Sadats Ägypten erwarten, das „seine Brüder verraten hat". Sie glaubten auch an keinen guten Willen der Amerikaner und hätten nicht das geringste Zutrauen zur Politik Begins, der für ein „Großisrael" sei. Trotz des „Familienzwists" seien alle drei Kraftzentren gegen eine palästinensische Unabhängigkeit. Davon sind die Bewohner der besetzten Gebiete überzeugt.

Die Repressalien Tel Avivs gegen die Palästinenser werden in Kairo nur flau, nur rein formal verurteilt und haben keine Verschlechterung der Beziehungen zwischen Ägypten und Israel zur Folge. Das stellte ein France-Presse-Korrespondent im November v. J. fest und fuhr fort: „Dieses Verhalten Ägyptens kann als Zeichen seiner Ohnmacht gegenüber den Vorgängen am Westufer und beliebiger Aktionen Israels in den besetzten Gebieten angesehen werden."

Was die PLO betrifft, so kämpft sie weiter. In einem Schreiben des Vorsitzenden des PLO-Exekutivkomitees, Yasser Arafats, an Leonid Breshnew vom Dezember v. J. hieß es: „Unser Volk und unsere Revolution bleiben bei ihren Grundsätzen des Kampfes für den Sieg unserer gerechten Sache, für die Gewährleistung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes: des Rechts auf Heimkehr, Selbstbestimmung und auf die Gründung eines unabhängigen Staates in Palästina. Wir gehen diesen Weg, gewiß des Beistandes der uns freundschaftlich gesinnten UdSSR, der sozialistischen Länder und aller aufrechten Menschen der Welt, die für Freiheit, Demokratie und Fortschritt kämpfen."

Immer fester werden die weltpolitischen Positionen der PLO. Über 110 Staaten haben sie als Repräsentantin des arabischen Volks von Palästina anerkannt. Sie hat Vertretungen nicht nur in arabischen Ländern und bei den Mitgliedern der sozialistischen Ländergemeinschaft, sondern auch in anderen Ländern Europas, Asiens und Lateinamerikas sowie bei der UNO. Der neueste diplomatische Erfolg der PLO ist ihre offizielle Anerkennung durch Österreich und Indien.

Zur Klärung ihres Standpunkts sei hier ein Teil des Interviews zitiert, das Arafat dem französischen „Figaro" im März 1979 gab: „Wer sagt, daß wir gegen die Juden sind? Wir als Opfer haben als erste erklärt, daß wir einen demokratischen palästinensischen Staat wollen, in dem Juden, Moslems und Christen gleiche Rechte und Pflichten hätten. Nach Israels Ablehnung haben wir etwas anderes vorgeschlagen: unseren Nationalstaat in einem beliebigen Teil Palästinas zu gründen, der freigegeben oder evakuiert werden sollte."

Womit nach Washington?

„Bei einem erfolgreichen Ausgang der ägyptisch-israelischen Verhandlungen über die palästinensische Autonomie", heißt es in der Broschüre des ägyptischen Außenministeriums, „wird durch freie Wahlen unter internationaler Kontrolle ein palästinensisches Machtorgan gebildet. . ., und sollte Israel mit der Ausführung der Vereinbarungen von Camp David zögern oder sich ihr entziehen, dann wird Ägypten Alternativen vorschlagen, um die Rechte des palästinensischen Volkes sowie seine Aktionsfreiheit im Kampf für die Wiederherstellung seiner legitimen Rechte zu wahren".

Schöne Worte, aber leider nicht mehr. Am 21. März sagte Sadat in Kairo in einem Interview für die NBC auf die Frage, wie er zu der

Erklärung Präsident Giscard d'Estaings stehe, daß den Palästinensern das Selbstbestimmungsrecht eingeräumt werden müsse, anders als in Camp David könne die Sache nicht angesehen werden.

Erklärungen ägyptischer Staatsmänner lassen erkennen, daß sie über eine ernsthafte Alternative zu Camp David gar nicht sprechen können. Israel winkt mit dem Zaunpfahl, jedes Abgehen Kairos von den ihm aufgenötigten Vereinbarungen wäre eine Verletzung der übernommenen Verpflichtungen und würde Israel der Verpflichtung entheben, 1982 sämtliche Truppen aus Sinai zurückzunehmen.

Die ägyptisch-israelischen Verhandlungen über die „palästinensische Autonomie" sollen, wie beim Friedensvertragsschluß vereinbart wurde, spätestens am 26. Mai 1980 zum Abschluß kommen. Die zahlreichen Debatten und Zusammenkünfte haben zu nichts geführt.

Angesichts der Situation, aus der, wie die Presse in Kairo schreibt, nur durch ein Wunder ein Ausweg gefunden werden könnte, hat Carter Sadat und Begin nach Washington zitiert. Einen Tag, nachdem das in Kairo bekanntgegeben worden war, nannte Ministerpräsident Khalil vor Auslandskorrespondenten die Kardinalfragen, die einem Abschluß der Verhandlungen über die palästinensische Autonomie im Wege stehen:

1. Welche Befugnisse soll das gewählte Verwaltungsorgan bekommen? Ägypten bestand immer auf einer legislativen, juristischen und exekutiven Macht für dieses Organ. Israel lehnt die legislative ab und akzeptiert die anderen Befugnisse mit großen Vorbehalten.

2. Wie ist Israels Forderung nach Garantie für seine Sicherheit aufzufassen? Hierher gehört die Frage der Siedlungen, deren Zahl unter dem Deckmantel des Geredes von der „Sicherheit" weiter steigt. Israel will ferner bei der „palästinensischen Autonomie" in den besetzten Gebieten die Wasserversorgung, das Gesundheitswesen, den Rundfunk u. a. unter seiner Kontrolle behalten.

3. Das Problem des arabischen (östlichen) Jerusalems, das Israel jetzt mit Wohnvierteln jüdischer Ansiedler umgibt, wobei es beide Teile der Stadt zusammen zur Hauptstadt seines Staates erklärt. Ägypten besteht darauf, daß Ostjerusalem, Teil des palästinensischen Westufers, nicht unter israelischer Kontrolle bleibt.

Arafat erklärte einmal: „Ägypten haben wir nur vorübergehend verloren. Ich kenne dieses Land. Die Ägypter sind ein tapferes Volk, sie sind ruhig und ausgeglichen wie der Nil. Wenn er aber über seine Ufer tritt, überschwemmt er alles."

In der arabischen Welt glaubt man daran, daß Ägypten, das größte arabische Land, den schlüpfrigen Pfad der Kapitulationen schließlich verlassen und den ihm durch die Revolution von 1952 angewiesenen Platz im panarabischen Kampf für wahren Frieden und sozialen Fortschritt wieder einnehmen wird. ■

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 9

WÖRTER UND WORTVERBINDUNGEN

дань уважения (кому?) (чему?)	Tribut der Achtung (zollen)
провидец	ein Mensch mit Weitblick
ход истории	der Lauf der Geschichte
вглядываться (вглядеться)	blicken
предвидеть	voraussehen
предвидение	Voraussicht
один за другим	einer nach dem anderen
подниматься (против кого?) (подняться)	sich erheben
сметать (смести)	hinwegfegen
водораздел	die Wasserscheide
представать (предстать)	erscheinen
по одну сторону	auf der einen Seite
по другую сторону	auf der anderen Seite
обогащать (чем?) (обогатить)	bereichern
дар социального предвидения	die Gabe der sozialen Voraussicht
законы общественного развития	die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze
подводить итоги (чему?) (подвести)	ein Fazit ziehen
предостерегать (от чего?) (предостеречь)	warnen
роковое заблуждение	verhängnisvolle Irrtümer

Übung 1: Übersetzen Sie folgenden Text:

В Советской стране ежегодно отмечается ленинский юбилей. Это дань глубокого уважения и признательности гению В. И. Ленина. Владимир Ильич был не только глубоким философом-марксистом, ученым, мыслителем, но и великим провидцем общего хода истории. Вглядываясь в будущее, он предвидел, как народы мира один за другим будут подниматься против своих угнетателей, сметая режимы социальной несправедливости.

Когда историки будут обращаться к нашему времени, перед ними четко предстанет водораздел, по одну сторону которого будет история мира до Ленина, а по другую — история мира после Ленина и социалистической революции в России. С тех пор как К. Маркс и Ф. Энгельс превратили социализм из утопии в науку, а Ленин обогатил ее новыми открытиями, человек приобрел новый бесценный дар — дар социального предвидения. И теперь коммунисты всех стран, вооруженные марксистско-ленинским учением о законах общественного развития, имеют возможность подвести итоги прошлому, предостеречь человечество от роковых заблуждений и ошибок, указать ему надежный путь в будущее.

Übung 2: Finden Sie Synonyme für folgende Adverbien der Zeit, die auf die Frage **wie oft?** antworten:

Beispiel: jährlich — jedes Jahr

ежегодно — каждый год
ежемесячно —
еженедельно —
ежедневно —
ежеминутно —
ежесекундно —

Übung 3: Übersetzen Sie folgende Wortverbindungen:

а) видеть будущее человечества
предвидеть будущее человечества
б) знать сущность учения
познать сущность учения
осознать сущность учения
в) предостерегать от ошибок
предупреждать ошибки
предотвращать ошибки

DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie nennen sich eine Gesellschaft sozial aktiver Menschen. Aber auch in der westlichen Welt sind die meisten Menschen absolut nicht passiv. Wer bei uns etwas werden will, muß ebenfalls energisch, unternehmend und beharrlich sein. Dafür haben nach meiner Meinung die Menschen in unserem Lande z. B. mehr Möglichkeiten als bei Ihnen.

Michael BAUER
Chicago, USA



Es diskutiert
Mitglied des
Redaktionskollegiums
Albert PIN

Nach Ihrem Brief zu urteilen, verstehen Sie unter sozialer Aktivität das Bestreben, in der Gesellschaft etwas darzustellen, zu persönlichem Wohlstand und Erfolg zu kommen, Mr. Bauer. Die ideellen, moralischen Motive lassen Sie offenbar außer acht. Für uns sind sie aber sehr wesentlich, ja das Vorrangige.

Ich weiß nicht, ob Sie den Lebensweg russischer Bolschewiki, der großen Vorgänger der heutigen Kommunisten, kennen. Die meisten waren außergewöhnliche Menschen und hätten sogar im Staatsapparat und in der Geschäftswelt des zaristischen Rußland eine beachtliche Stellung einnehmen und Karriere machen können. Das wäre vielen nicht sehr schwergefallen. Aber Lenin und seine Mitstreiter hatten ihrem Leben ein anderes Ziel gegeben, bei den Leiden des Volkes konnten sie nicht an persönliches Wohlergehen denken. Sie haßten jede Ungerechtigkeit und glaubten fest an eine neue Welt, in der das Leben reicher und schöner wird und hohe Ideale sich durchsetzen. Nur so dachten sie sich auch ihr persönliches Glück. Wenn wir von uns als einer Gesellschaft sozial aktiver Menschen sprechen, dann meinen wir die Aktivität im öffentlichen Leben, die wir von den Begründern unseres Staates übernommen haben.

Wer aus dem Westen unser Land besucht, wundert sich oft, wie einsatzfreudig die sowjetischen Menschen sind. Warum verläßt jemand, den weder Not noch Furcht um den Arbeitsplatz treiben, das behagliche Heim und fährt Neuland erschließen, neue Städte oder in Sibirien die längste Eisenbahnlinie bauen, fragen sie.

Ich war in Tjumen, wo in sumpfiger Taiga Erdöl und Erdgas gewonnen werden. Ich glaube, ich kann mir über die Gedanken und Interessen der Menschen dort ein Urteil erlauben. Die meisten jungen Leute hat die romantische Vorstellung von großen Taten in die Abgeschiedenheit geführt. Sie wollen ihre Kräfte erproben und Selbstbestätigung finden. Wer die harten Prüfungen bestanden hat, kann mit berechtigtem Stolz sagen, als erster hier gewesen zu sein und eine Spur hinterlassen zu haben.

Auch Fachleute kommen nach Sibirien. Wer tüchtig und zielstrebig ist, kann hier immer auf interessante, oft selbständigere, verantwortungsvollere und natürlich besser bezahlte Arbeit rechnen. Die materiellen Vorteile werden gewöhnlich nicht ausgeschlagen, aber für die meisten war das nur eine und oft nicht die wichtigste Erwägung. Davon konnte ich mich überzeugen. Die Sümpfe von Tjumen sind ja nicht Klondike, wo damals viele Ihrer Landsleute schnell reich zu werden hofften.

Kurz und gut, in Sibirien arbeiten alltägliche Menschen. Sie kennen und lieben das Leben. Bei den besten von ihnen sind Gefühl und Verstand, Träumen und sachliches Kalkulieren so ausgewogen, wie es bei einer harmonischen Persönlichkeit sein muß. Ein weiterer Charakterzug ist ihr Verantwortungsbewußtsein, genau das, das unsere Soldaten besaßen, die im Großen Vaterländischen Krieg gegen die Faschisten kämpften und um des Lebens auf der Erde willen den schwersten aller militärischen Siege errangen.

Bitte, verstehen Sie mich recht, Mr. Bauer: Wenn wir uns eine Gesellschaft pflichtbewußter Staatsbürger nennen, dann heißt das nicht, daß schon alle so sind. Da gibt es auch ganz andere — Egoisten, Raffer und Rücksichtslose oder einfach Gleichgültige und solche, die ihre Arbeit machen und Schluß. Mancher ist für Geld zu diesem und jenem bereit, aber wenn einem Kollegen oder dem Kollektiv selbstlos geholfen werden muß, weiß er sich zu drücken.

Was Wunder, wir bauen seit wenig mehr als 60 Jahren die neue Gesellschaft auf und das unter komplizierten Bedingungen, wie Sie hoffentlich wissen. Wir haben noch längst nicht alle Unzulänglichkeiten beseitigen können. Noch längst nicht alle haben bei uns den Egoismus abgelegt, der sich in Jahrhunderten in Psyche und Moral eingenistet hat.

Und noch ein letztes. Sie glauben, in der kapitalistischen Gesellschaft habe der Mensch mehr Möglichkeiten, sein Ziel zu erreichen, als in der sozialistischen. Ich bin vom Gegenteil überzeugt und könnte Ihnen dafür viele Beweisgründe nennen. Hier nur einer. Wieviel Millionen Amerikanern verweigert Ihre Gesellschaft das elementare Recht auf Arbeit! Diese Überflüssigen (unter ihnen nach meiner Überzeugung Energische und Fähige), können selbst mit Arbeitslosenunterstützung kaum weitreichende Pläne machen. Und es wird sie wohl kaum trösten, daß es neuerdings bei Ihnen noch mehr Millionäre gibt, die Reichen noch reicher geworden sind.



Sagen Sie bitte etwas über das Energieverbundsystem „Frieden".

K. SACHAROW
Odessa, Ukrainische SSR

„Frieden" ist das Energieverbundsystem der europäischen RGW-Länder. Es sorgt mit Hochspannungsleitungen für paralleles Arbeiten der Energiesysteme. Der Energieaustauch läßt die Energiesysteme der einzelnen Länder ökonomischer arbeiten und versorgt die Abnehmer zuverlässig mit Strom.

Mit dem Bau der Kuppelleitungen wurde 1959 auf Beschluß der RGW-Tagung begonnen. Heute sind es mehr als 20. Die leistungsstärkste, von Winniza (UdSSR) nach Albertirsa (Ungarn), wurde 1978 in Betrieb genommen. Sie mißt 842 km und hat 750 kV Spannung.

Verbundsysteme gibt es seit 1963. Gesteuert werden sie von Prag aus.

Ende 1977 hatten die angeschlossenen Kraftwerke eine Gesamtleistung von 83,6 Mio kW. In diesem Jahr erzeugten sie über 400 Md. kWh. Die Gesamtleistung der Kraftwerke im Verbundsystem „Frieden" soll 1980 auf 160 Mio kW gebracht werden.

PS

Ehrlichkeit ist eine Zier...



Wieder sind in den USA, dieses Mal in Massachusetts, korrupte Beamte entlarvt worden: drei bisherige Gouverneure und drei Mitglieder der Legislative. Sie schanzten Bauunternehmen einträgliche Kontrakte zu, wie sie beteuern, ganz uneigennützig. Der Leiter einer Baufirma, ein gewisser Maziello sagte vor dem Untersuchungsrichter aus, daß in dem Staat „ohne entsprechende Bezahlung kein Kontrakt zu bekommen" sei. Die Staatskasse soll schon um 20 Millionen Dollar geschädigt worden sein. Wie aber der „Christian Science Monitor" bemerkt, „wird der ganze Umfang der Korruption wahrscheinlich nie festzustellen sein".

Um es allen recht zu machen

Zu den Sehenswürdigkeiten von Singapur gehört ein Denkmal der hiesigen Kapitulation der Japaner vor den britischen Truppen von 1945. Wie aber errechnet worden ist, wird die ehemalige britische Kolonie von dreimal so viel japanischen Touristen wie von englischen besucht. Die Japaner sind über die Erinnerung an die Niederlage der japanischen Garnison verstimmt und haben verlangt, daß das Denkmal abgetragen wird. Das hätte aber Ärgernis bei den Engländern erregt. Nach dem salomonischen Urteil der Stadtbehörde ist nun noch ein Denkmal gesetzt worden. Es erinnert an die Kapitulation der britischen Garnison Singapurs von 1942 vor den Japanern. Man hat es sich 100 000 Pfund Sterling kosten lassen.

...und kein Ende

Das italienische Finanzministerium kämpft verzweifelt gegen die systematischen Steuerhinterziehungen an. Nach 66 000 Untersuchungen hatte es eine Liste von 33 000 Steuersündern beisammen. Den Rekord haben die Erdölfirmen inne, sie verhehlen in ihren Steuererklärungen 95% ihrer Einkünfte. An zweiter Stelle kommen die Besitzer von Tabakfabriken, an dritter die Finanzunternehmen mit „nur" 80%. Das Ministerium hat die Liste mit dem Vermerk veröffentlicht, daß sie noch lange nicht vollständig ist und daß die Untersuchungen fortgesetzt werden.

Gottes Mühlen mahlen langsam



Der Landwirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Hans-Otto Bäumer, hat für den alten Brauch des Ostereiersuchens eine Neuerung erdacht. Vor Ostern forderte er die Bevölkerung auf, in Wäldern, Wiesen und Feldern nichtlosgegangene Bomben, alte Munitionsmagazine und Abladeplätze mit Abfällen chemischer und anderer Betriebe zu suchen. Die Regierung will eine Art Atlas herausbringen, in den solche Verstecke eingezeichnet sein sollen, damit diese Dinge endlich unschädlich gemacht werden können.

Halali!



Der 55jährige italienische Pater Luigi Casanova macht seinem Namen als Schürzenjäger alle Ehre. Einmal aber wurde er von einer der Damen unrühmlich hinausgeworfen, worauf er das Haus belagerte. Die herbeigerufene Polizei nahm ihn fest und fand in den Taschen seiner Soutane nicht Gebetbuch und Rosenkranz, sondern eine Pistole und bei der Haussuchung ein ganzes Waffenarsenal. Mit den Waffen will er sich gegen die gehörnten Ehemänner geschützt haben.

Vielleicht auf dem Mond?

Als der ägyptische Ministerpräsident den Bauern eines nubischen Dorfes die Urkunde über ihr Eigentumsrecht auf den Grund und Boden überreicht hatte, wollten die Bauern die Parzellen bestellen, konnten sie aber nicht finden. Wie die Zeitschrift „Sabah al-Kheir" (Kairo) berichtet, suchen sie sie schon vier Jahre. Mehrmals haben sie Abordnungen nach Kairo geschickt, aber vergebens. Inzwischen ist jener Ministerpräsident längst zurückgetreten, und niemand kann ihnen sagen, wo der Grund und Boden ist, über den er so freigebig Besitzurkunden erteilt hat.

Mit eingezogenem Schwanz

Der besondere Stolz des rhodesischen Ex-Ministerpräsidenten Ian Smith waren die Selous Scouts oder Pfadfinder, 700 ausgesuchte Banditen, die ihren Sadismus an Partisanen und an friedlichen Einwohnern Simbabwes ausließen, die diesen geholfen hatten. Auch unternahmen sie „Strafexpeditionen" nach Sambia und Moçambique. Als in Simbabwe die Patriotische Front an die Spitze der Regierung trat, bekamen die Scouts Angst vor Strafe für ihre Bestialitäten und setzten sich schleunigst nach der RSA ab. Pretoria nahm sie mit offenen Armen auf.

An die Zaunlöcher verwiesen



Wie die englische „Financial Times" berichtet, hat der Präsident von Pakistan, Zia ul-Haq, verfügt, daß von jetzt an Männer bei Sportkämpfen von Frauenriegen nicht zugelassen werden dürfen. Sie werden sich aber wohl zu helfen wissen.

Vielsagendes Verschweigen

Nach einem britischen Jahrbuch, auf das sich der „Daily Telegraph" beruft, leisten sich die Briten jetzt manches mehr als früher. Die Geburtenzahl ist (erstmalig seit 14 Jahren) gestiegen, man trinkt mehr (1978 doppelt soviel wie 1968) und läßt sich mehr scheiden (1978 3mal soviel Scheidungen wie 1968). Unerwähnt läßt das Blatt das unaufhaltsame Steigen der Preise und Steuern und das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Drogensucht.

Zeichnungen: V. Rosanzew

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ
„Aeroflot" bringt die „Neue Zeit" prompt in jedes Land
АЭРОФЛОТ



Lenins klare, wahre Worte... Sie dringen selbst in den entferntesten Winkel. Dieser Globus im Zentralen Leninmuseum in Moskau zeigt die Verbreitung von Lenins Werken in aller Welt. Die Arbeiten des Begründers der KPdSU und des Sowjetstaates sind in mehr als 70 Sprachen übersetzt und erscheinen in Millionenauflagen... Sie werden von Menschen verschiedener Nationen und unterschiedlicher gesellschaftlicher Stellung studiert. Lenins reiches theoretisches Erbe läßt die Leser den Lauf der Geschichte verstehen und weist der Menschheit eine glückliche Zukunft.

Foto: A. Motschalin

14159-16 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308 BELS-13-14

HIER LEBTE UND ARBEITETE LENIN

„Meine neue Adresse..." Wie oft kamen diese Worte in Lenins Briefen aus der Schweiz, aus Deutschland, Frankreich, England, Schweden und anderen Ländern Europas vor. Um den polizeilichen Verfolgungen zu entgehen, mußte er jahrelang in der Fremde leben. Mit seinem Denken und Fühlen aber war er stets in Rußland. Vom Ausland her leitete er das ZK der SDAPR und stand in einem regen Briefwechsel mit

**Paris,
rue Marie Rose 4.
Hier wohnte Lenin
fast drei Jahre**

Paris, Bern, Zürich, Krakau und London lernte er zur Genüge „die Schwere des gequälten, verabscheuten, krankhaft nervösen Lebens im Exil" kennen. Wie Nadeshda Krupskaja aber schreibt, stählten ihn diese Jahre zu einem Kämpfer, wie ihn die Massen brauchten, um sie zum Sieg zu führen.

Jede Stadt, in der Lenin lebte, war unlösbar mit der Geschichte der russischen und der internationalen revolutionären Bewegung verbunden. Ihre Einwohner halten das Andenken an den Gründer der KPdSU und des Sowjetstaates hoch in Ehren.

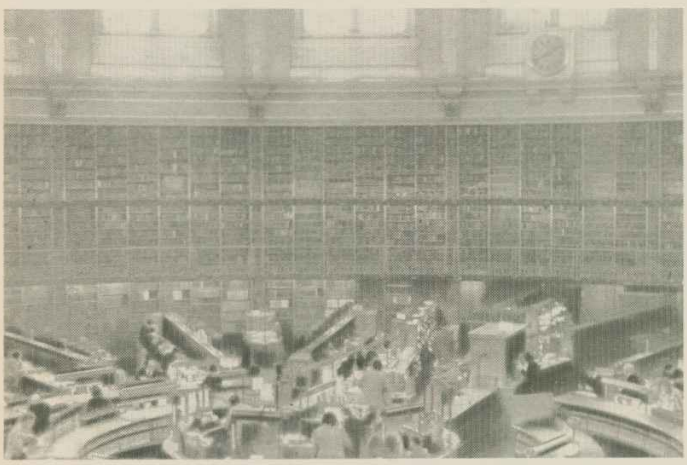






**Prag.
Hier tagte die VI. (als Prager bekannte) Gesamtrussische Konferenz der SDAPR**

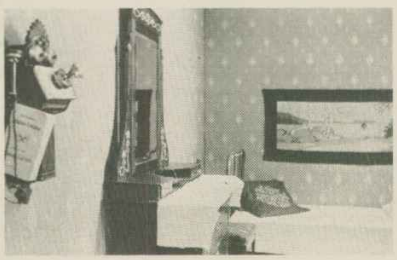
**Das
Lenin-Denkmal
auf Capri**



**London.
Der Lesesaal der Bibliothek
im Britischen Museum,
in dem Lenin arbeitete**

namhaften Persönlichkeiten der internationalen Arbeiterbewegung.

In den Fragebogen für Delegierte der XI. Gesamtrussischen Konferenz der KPR(B) trug Lenin neben der Frage nach den Jahren in der Emigration kurz ein: „1900—1905 und 1908—1917". Zweimal war er im Exil. Fast 15 Jahre eines unsteten Lebens voller Entbehrungen. In München,



**Helsinki.
Dieses Zimmer bewohnte
Lenin bei
dem Sozialdemokraten
Gustav Rovio**



**Poronino (Polen).
Hier fand die Beratung des ZK der SDAPR vom August 1913 mit Parteifunktionären statt**

Fotos: TASS